

N^o 14.**Verhandlungen der Nationalversammlung**

Sitzung vom 27. Juni 1919.

Es fehlten entschuldigt:

Adam, Karl
Brauns, August
Karkmeyer, CarstenKarrenberg, Carl
Madrian, Georg
Mieschkat, HermannMömler, Bruno
Meier, Hermann
Sattler, MetaStögen, Friedrich
Legtmeier, Wilhelm
Binnen, Adolf

Es fehlten unentschuldigt:

Böse, Hermann
Both, Georg
Chrapkowski, Max
Cordeß, B.
Eizen, HermannGeiger, Anton
Hagedorn, Berta
Herz, Wilhelm
Kesselbeck, Elise
Klima, JohannMüller, Josef
Niebuhr, Heinrich
Otto, Heinrich
Ruckstuhl, Johann
Schad, HeinrichSommer, Emil
Stampe, August
Stockinger, Alfred
Thiele, Minna
Wahl, Hugo**Gegenstände der Tagesordnung:**

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Anfrage, betr. die antisemitische Pege in Bremen . . .	439	12. der Deputation für das Gesundheitswesen (1 Mitglied),	
II. Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1919:		13. der Deputation für die Stadterweiterung (3 Mitglieder),	
2. Haushaltsplan des Armenamts Bremen für das Rechnungsjahr 1919	461	14. der Schuldeputation (2 Mitglieder),	
4. Jahresbericht des Tonnen- und Hafenamts	466	15. der Deputation wegen der städtischen Löschanstalten (1 Mitglied),	
III. Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1919:		16. der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke (1 Mitglied),	
2. Kenderung der Notariatsordnung	466	17. der Balldeputation (1 Mitglied),	
IV. Mitteilung des Senats vom 17. Juni 1919:		18. der Deputation für die Friedhöfe (1 Mitglied),	
3. Gewerbegericht	466	19. der Quartierdeputation (1 Mitglied),	
V. Ergänzungen nach dem Gesetz vom 13. Mai 1919		20. der Deputation für den Schlachthof (1 Mitglied),	
1. der Finanzdeputation (3 Mitglieder),		21. der Deputation für d. Stadtbibliothek (1 Mitglied),	
2. der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke (1 Mitglied),		22. der Deputation für das Städtische Orchester und das Stadttheater (2 Mitglieder),	
3. der Deputation für den Ratskeller (1 Mitglied),		23. der Kriegsdeputation (4 Mitglieder),	
4. der Zentralquartierdeputation (3 Mitglieder),		24. der Verfassungsdeputation (3 Mitglieder),	
5. der Baudeputation (3 Mitglieder),		25. der Behörde für das Versicherungswesen (1 Mitglied),	
6. der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (3 Mitglieder),		26. der Behörde für das Landschulwesen (1 Mitglied),	
7. der Deputation für die Unterweserkorrektion (3 Mitglieder),		27. der Behörde für das Städtische Museum (1 Mitglied),	
8. der Deputation für die Gefängnisse (1 Mitglied),		28. der Behörde für die Technischen Staatslehranstalten (1 Mitglied). (N. z. Verh. gef.)	
9. der Steuerdeputation (3 Mitglieder),			
10. der Deputation für Statistik (1 Mitglied),			
11. der Wahldeputation (4 Mitglieder),			

VI. Ergänzungen von Kommissionen:

1. der Kommission zur Ausarbeitung der Geschäftsordnung (2 Mitglieder),
2. der Kommission wegen des Gesetzes, betr. Zwangsversicherung gegen Viehdiebstähle (3 Mitglieder),
3. der Kommission wegen der Einkittschule (3 Mitglieder),
4. der Kommission wegen Beamtengehälter, Teuerungszulagen, Amtsbezeichnungen usw. (3 Mitglieder),
5. des Haushaltsausschusses (3 Mitglieder),
6. der Juristischen Kommission (1 Mitglied),
7. der Kommission wegen Neuordnung der bremischen Verwaltung (3 Mitglieder),
8. der Kommission wegen Anlage von Sport- und Spielplätzen sowie Beihilfen für Turnvereine (2 Mitglieder),
9. der Baukommission (1 Mitglied),
10. der Kommission wegen Zuschläge zu den Gerichtskosten (1 Mitglied),
11. der Sozialisierungskommission (3 Mitglieder),
12. der Kommission wegen Regelung des Submissionswesens (3 Mitglieder),
13. der Kommission wegen Honorar des Gerichtsarztes (1 Mitglied). (N. z. Verh. gef.)

VII. Antrag, betr. Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes. 466

VIII. Antrag, betr. einen Flughafen und eine Flugzeugstation in Bremen. (N. z. Verh. gef.)

IX. Antrag, betr. einmalige Teuerungszulage für Kriegsbeschädigte. (N. z. Verh. gef.)

X. Antrag, betr. die Bezüge der bremischen Beamten und Angestellten. 441

XI. Antrag, betr. die Beteiligung der Lehrerschaft an der Schulverwaltung. (N. z. Verh. gef.)

XII. Antrag, betr. die Verkaufszeit in den Lebensmittelgeschäften. (N. z. Verh. gef.)

XIII. Antrag, betr. die Zustände in den bremischen Gefängnissen. (N. z. Verh. gef.)

XIV. Antrag, betr. eine Beschlagsnahme verfügbarer Wohnräume (N. z. Verh. gef.)

XV. Antrag, betr. eine Unterstützung der Kriegervitwen usw. (N. z. Verh. gef.)

XVI. Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919:
Budget für das Rechnungsjahr 1919.

Dazu a) Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919:

2. Nachtragsbericht zum Budget des Amtes Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69.

b) Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1919:

Nachtrag zum Budget der Staatsanwaltschaft.

c) Mitteilung des Senats vom 6. Juni 1919:

Nachtragsbericht der Polizeidirektion zum Budget für das Rechnungsjahr 1919, Spezialbudget für 1919 Nr. 124, Seite 189 B 11.

d) Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1919:

3. Nachtragsbericht zum Haushaltsplan des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1919.

e) Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1919:

3. Ruhegehalts- bzw. Jahrgeldsberechtigung der Fürsorgerinnen und der Laborantin bei der Polizeidirektion.

f) Mitteilung des Senats vom 17. Juni 1919:

2. Nachtrag zum Budget des Amtes Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69. (N. z. Verh. gef.)

Außerdem wurde über folgenden, nicht auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand verhandelt:

Anfrage, betreffend Fleischkonserven 440

Herr R. Dunkel präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

Präsident: Zunächst begrüße ich das neue Mitglied der Nationalversammlung, Herrn Ludwig Christians, Begeleit.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen allen bekannt sein, daß heute bereits der erste Gefangenentransport in Bremen eintrifft, und hoffentlich werden recht bald weitere Transporte folgen. Es sind an die vom Geschäftsvorstand zum Empfangskomitee gewählten Herren Einladungen ergangen. Ich bemerke aber dabei, daß auch sämtliche Mitglieder der Nationalversammlung dem Empfang beizuhelfen können. Als Legitimation dient die Ausweiskarte als Mitglied der Na-

tionalversammlung. Die Regierungsschutztruppen usw. sind angewiesen, den Ausweis als Legitimationskarte zu betrachten.

Für die Verhandlung der Nationalversammlung über die Anfrage, betreffend Judenhege in Schulen und in der Stadtwehr, ist Herr Bürgermeister Hilbrand zum Senatskommissar bestellt.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 20. Juni:

Durchführung des Osterdeichs bis zur Bremerstraße in Hemelingen,

ferner eine Mitteilung vom 24. Juni:

1. Nachtrag zum Budget des Untersuchungsgefängnisses.

2. Rahrwegs Asyl für arme Sieche

und eine Mitteilung vom 25. Juni:

Neuwahlen der Stadtverordneten der Stadt Bremerhaven, der Gemeindeausschüsse der bremischen Landgemeinden und der Mitglieder des Kreistages und des Kreis Ausschusses des bremischen Landkreises.

I. Gesetz, betreffend die Neuwahl der Stadtverordneten der Stadt Bremerhaven:

Der Senat hat die Bekanntmachung des Gesetzes in der von der Nationalversammlung beschlossenen Fassung verfügt.

II. Gesetz, betreffend die Neuwahl der Gemeindeausschüsse der bremischen Landgemeinden.

Ich muß diese Mitteilung vorlesen:

Der Senat hat gegen die von der Nationalversammlung beschlossenen Änderungen im übrigen keine Bedenken, beantragt jedoch, im § 3 Absatz 1 am Schlusse die Worte zu streichen:

„und dort im Einwohnermelderegister eingetragen sind.“

Während in dem Gesetz, betreffend die Neuwahl der Stadtverordneten der Stadt Bremerhaven, die entsprechenden Worte unbedenklich stehen bleiben können, da dort alle Einwohner in dem Einwohnermelderegister stehen müssen, ist im Landgebiet eine solche Voraussetzung für das Wahlrecht nicht angängig, weil die Melderegister im Landgebiet nach anderen Vorschriften geführt werden. Im Landgebiet wird beim Zuzuge von Familien nur der Haushaltsvorstand in das Melderegister eingetragen, nicht dagegen die Ehefrau und die Söhne und Töchter. Ferner sind alle in der Gemeinde geborenen Einwohner, also gerade diejenigen, die am längsten in der Gemeinde wohnen, nicht in das Melderegister eingetragen. Bei Aufrechterhaltung der fraglichen Bestimmung würde also ein sehr großer Teil der Gemeindeangehörigen vom Wahlrecht ausgeschlossen sein, was offenbar dem Willen der Nationalversammlung nicht entspricht.

Meine Damen und Herren! Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß die Worte

„und dort im Einwohnermelderegister eingetragen sind“ gestrichen werden. Widerspruch erfolgt nicht. Ich werde dem Senat eine entsprechende Mitteilung machen.

III. Gesetz, betreffend die Neuwahl der Mitglieder des Kreistages und des Kreis Ausschusses des bremischen Landkreises:

Der Senat wird das Gesetz in der von der Nationalversammlung beschlossenen Fassung bekannt machen.

Dann ist eine kleine Anfrage von Herrn Faust eingelaufen:

Ist dem Senat bekannt, ob in Hamburg hergestellte Fleischkonserven nach Bremen importiert wurden, und ist der Senat in der Lage, zu erklären, daß die Kontrollinstanzen des Bremer Staates instande sind, Nahrungsmittelfälschungen, wie sie in Hamburg vorgekommen sind, völlig auszuschließen?

Ich habe dem Senat von dieser Anfrage Mitteilung gemacht, und infolgedessen hat der Senat zur Beantwortung der Frage die Herren Senator Bömers und Bürgermeister Deichmann sowie Herrn Schmidt zu seinen Kommissaren bestellt. Die Herren werden heute erscheinen. Wir erledigen die Anfrage nach Punkt I der Tagesordnung.

Zu Punkt X der Tagesordnung: „Antrag, betreffend die Bezüge der bremischen Beamten und Angestellten“, sind die Herren Senator Dr. Donandt, Senator Dr. Spitta und Bürgermeister Deichmann zu Senatskommissaren bestellt. Ich habe die Herren gebeten, 4 Uhr 20 Minuten hier zu sein. Ich nehme an, daß die Nationalversammlung damit einverstanden ist, daß wir Punkt X als Nr. III der Tagesordnung behandeln.

Eingegangen ist ein Schreiben der Vereinigung der Kriegshinterbliebenen, Sektion des Reichsbundes, in Bremen. Es wird gebeten, für die Kriegerwitwen eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 100 M und für jedes Kind 50 M zu bewilligen.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben der Vereinigung der Kriegshinterbliebenen Bremen e. V., Vorsitzende Frau Lina Bachof, die bittet, die Nationalversammlung wolle beschließen, allen im bremischen Gebiet wohnenden Kriegshinterbliebenen eine monatliche Teuerungszulage zu gewähren in Höhe von 10 M für unterstützungsberechtigte Kriegseltern, von 20 M für die Witwen und von 8 M für jedes Kind.

Endlich ist eingegangen ein Schreiben des Predigers G. Rauch-Bremen über Antisemitismus.

I. Gegenstand der Tagesordnung:

Anfrage, betreffend die antisemitische Hege in Bremen.

Die Anfrage, die von den Herren Peine und Benhold gestellt ist, lautet:

Ist es dem Senat bekannt, daß die in den letzten Wochen in Bremen betriebene antisemitische Hege teilweise in den höheren Schulen stattgefunden hat, sowie auf einer Wache der Stadtwehr geduldet sein soll, und welche Maßnahmen gedenkt der Senat zur Verhinderung solcher Vorkommnisse zu ergreifen?

Senatskommissar Herr Bürgermeister Hildebrand.

Bürgermeister Hildebrand: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann die gestellte Anfrage in folgender Weise beantworten. Was die höheren Schulen betrifft, so ist festgestellt worden, daß sich in einer Schule zwei Schüler an der Verbreitung von Flug-

blättern beteiligt und gelegentlich auch solche Flugblätter mit in die Schule gebracht haben. Sobald dies bemerkt wurde, ist es den Schülern auf das strengste untersagt, Flugblätter politischen Inhalts mit in die Schule zu bringen, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß seitdem nichts derartiges geschehen ist. Um übrigens nach dieser Richtung alles, was möglich ist, zu tun, ist von der Unterrichtskommission folgendes Schreiben an die Direktoren der höheren Schulen und die Vorsteher der Volksschulen gerichtet worden:

Es wird in letzter Zeit mehrfach Klage darüber geführt, daß Schüler seitens der Lehrer in politischer Hinsicht beeinflusst und auch zu Hilfsdiensten für politische Parteien (Flugblätterverteilung und dergleichen) herangezogen werden. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß jede Beeinflussung der Schüler durch die Lehrer im Sinne einer politischen Partei unbedingt zu unterbleiben hat. Selbstverständlich wird die politische Ueberzeugung der Lehrer durchaus frei sein müssen, aber eine Betätigung derselben im Unterricht muß unterbleiben. Diese Weisung gilt für die Angehörigen aller Parteien gleichmäßig. Sie wollen das Lehrerkollegium an Ihrer Anstalt darauf nachdrücklich hinweisen und darauf achten, daß dieser Weisung entsprochen wird.

Was sodann die Beteiligung der Stadtwehr anbelangt, so ist dazu zu bemerken, daß in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni die telephonische Nachricht bei einer Wache einging, daß antisemitische Flugblätter angeklebt werden sollten. Infolge davon wurde eine Patrouille ausgesandt, und es haben Reibereien und Zusammenstöße zwischen den Anklebern dieser und gegenteiliger Flugblätter stattgefunden. Der Führer der Stadtwehr hat Veranlassung genommen, seine Leute dahin zu instruieren, daß politische Agitationen irgend welcher Art von Stadtwehrgliedern auf den Wachen unterbleiben müßten. Es ist weiter folgender schriftlicher Befehl erlassen worden:

Durch Vorkommnisse der letzten Zeit veranlaßt, wird hiermit ausdrücklich betont, daß Agitationen politischer oder konfessioneller Art auf den Wachen der Stadtwehr unbedingt unterbleiben müssen. Insbesondere wird das Verteilen und Ankleben von Flugblättern von Mitgliedern der Stadtwehr während der Ausübung ihres 24stündigen Wachdienstes verboten.

Dies ist alles, was zu berichten ist. Es geht daraus hervor, daß weitere Maßnahmen nicht erforderlich sind.

Präsident: Herr Peine und Herr Benhold, haben Sie noch eine Rückfrage zu stellen? (Beide Herren verneinen.) Ich danke verbindlichst.

Es ist soeben noch folgende kleine Anfrage von Herrn Hagedorn eingegangen:

Wann ist der Senat in der Lage, Bericht zu erstatten über den am 16. 5. 19 in der Nationalver-

sammlung angenommenen Antrag, betreffend Verbesserung der Bezüge an Kranken-, Invaliden- und Unfallgeld, und was gedenkt er zu tun, um auch in der Zwischenzeit die Notlage der von uns vertretenen Kreise zu verbessern?

Ich werde die Anfrage dem Senat zur Beantwortung in der nächsten Sitzung unterbreiten.

Kleine Anfrage von Herrn Faust:

Ist dem Senat bekannt, ob in Hamburg hergestellte Fleischkonserven nach Bremen importiert wurden, und ist der Senat in der Lage, zu erklären, daß die Kontrollinstanzen des Bremer Staates imstande sind, Nahrungsmittelfälschungen, wie sie in Hamburg vorgekommen sind, völlig auszuschließen?

Senatskommissare Herr Senator Bömers, Herr Bürgermeister Deichmann und Herr Schmidt.

Bürgermeister Deichmann: Ich möchte an die Nationalversammlung die Bitte richten, dem Senat zu gestatten, die Antwort auf die gestellte Frage in der nächsten Sitzung zu geben. Die Fragesteller selbst sind, soweit ich unterrichtet bin, auch damit einverstanden. Nur das möchte ich bereits heute zu der Angelegenheit sagen: Seitens des Senats und damit auch der Polizeidirektion sind bereits Maßnahmen getroffen, dahingehend, daß von heute an Revisionen der in Frage kommenden Betriebe und Geschäfte eingeleitet sind. Es ist das notwendig, und zwar im Interesse der gesamten Bevölkerung nach allen Seiten hin. Diese Revisionen finden unter Leitung des Medizinalamtes statt unter Zuhilfenahme der Kriminalabteilung und unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der in Frage kommenden Fraktionen dieses Hauses. Alle Parteien sind daran beteiligt. Wir entsprechen hier einem ausgesprochenen Wunsche. Wir hoffen, daß diese Revisionen glatt und gut durchgeführt werden. Ich hoffe, daß die Revisionen so ausfallen, daß derartige Dinge, wie sie sich in Hamburg ereignet haben, oder, wie ich mich vorsichtiger ausdrücken will, ereignet haben sollen, (Zurufe: Sehr gut! Lachen links.) bei uns in Bremen nicht festgestellt werden. Sollte es dennoch der Fall sein, dann allerdings ist es notwendig, rücksichtslos dagegen einzuschreiten. (Beifall.)

Senator Bömers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann für die Lebensmittellkommission Bremen folgende Erklärung abgeben: Die bremische Lebensmittellkommission hat niemals auch nur das geringste Quantum von Hamburg an Fleisch- oder Wurstwaren bezogen, weder von einem Hamburger Fabrikanten, noch einem Hamburger Verkäufer. Alle Fleisch- und Wurstkonserven, die für die bremische Lebensmittellkommission in Bremen zum Verkaufe kommen, sind geliefert worden von der Reichsfleischstelle. Die Reichsfleischstelle hat ihrerseits mit der Herstellung dieser Waren eine Anzahl von Fabriken beauftragt, die

unter der schärfsten Kontrolle dauernd stehen. Außerdem läßt die Lebensmittelkommission jede Partie von Fleisch- und Wurstkonserven, die sie von der Reichsfleischstelle angeordnet erhält, hier, bevor sie diese Waren zum Verkauf oder zur Verteilung bringt, von einer Sachverständigenkommission auf das eingehendste nachprüfen. Es dürfte somit volle Gewähr dafür gegeben sein, daß, was Herstellung, Zusammensetzung und Zustand der durch die Lebensmittelkommission in Bremen zum Verkauf gestellten Fleisch- und Wurstkonserven anbetrifft, nicht die geringste Beunruhigung am Plage ist und vollste Sicherheit für deren Zusammensetzung und deren Zustand gegeben ist. Was die in Bremen selber hergestellten und im freien Verkehr zum Verkauf kommenden Fleisch- und Wurstkonserven betrifft, so unterstehen diese bekanntlich der Kontrolle der Bremer Polizeidirektion und des Medizinalamts. Beide haben umfassende Kontrollvorschriften in Bremen seit langem erlassen und durchgeführt. Außerdem ist, wie Herr Bürgermeister Deichmann soeben erwähnt hat, heute eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt. Diese wird der Nationalversammlung schleunigst über den Befund in den einzelnen Geschäften und in den einzelnen Fabriken berichten. Ich konstatiere also, daß zur Zeit nicht der geringste Grund zur Beunruhigung für die bremische Bevölkerung vorliegen kann. (Bravo!)

Präsident: Herr Faust, haben Sie noch eine Rückfrage zu stellen? (**Faust:** Nein!) Dann darf ich also erklären, daß der Senat in der angegebenen Weise verfährt und uns eine Mitteilung zugehen läßt, ohne daß in der nächsten Sitzung eine Verhandlung notwendig ist. Ich danke den Herren Senatskommissaren.

X. Antrag, betr. die Bezüge der bremischen Beamten und Angestellten.

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

In Anbetracht der andauernden außerordentlichen Steigerung der Preise für Lebensmittel und für sonstige wirtschaftliche Bedürfnisse hält die Nationalversammlung es für dringend erforderlich, daß die Bezüge der bremischen Beamten und Angestellten durch Gewährung einer einmaligen Entschuldungssumme und Erhöhung der laufenden Teuerungszulage alsbald mit den wirtschaftlichen Anforderungen in Übereinstimmung gebracht werden.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, das Erforderliche umgehend zu veranlassen und die zu treffenden Maßnahmen so zu beschleunigen, daß die Erhöhung der Bezüge spätestens am 1. Juli d. J. in Kraft treten kann.

Senatskommissare Bürgermeister Deichmann, Senator Dr. Donandt und Senator Dr. Spitta.

Präsident: Zu diesem Antrage der Herren Bahnschaffe und Karrenberg haben die Herren noch folgenden Ergänzungsantrag eingebracht:

In der vorletzten Zeile des ersten Absatzes ist hinter dem Worte „Teuerungszulage“ einzufügen:

Unter Zugrundelegung der in Hamburg für gleiche Zwecke bestehenden Sätze“.

In der letzten Zeile des zweiten Absatzes ist als Termin statt des 1. der 15. Juli zu setzen.

Wahnschaffe (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Begründung des Ihnen vorliegenden Antrages ist es angebracht, die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich unter der Beamtenschaft Bremens herausgebildet haben, darzulegen. Die Beamtenschaft ist nicht nur infolge der augenblicklichen außerordentlichen Teuerung im Wirtschaftsleben, sondern auch schon dadurch in eine ziemlich schiefe Lage und in andauernde Not geraten, daß die Art der früheren Beamtenbesoldung und der bisherigen Gehaltsregulierungen nicht oder zum wenigsten meist nicht den Anforderungen Rechnung trugen, die die Beamten an das Wirtschaftsleben stellen konnten. Wir haben stets beobachten können, daß sämtliche Gehaltsregulierungen, soweit sie durchgeführt sind, stets erst auf dringliches Verlangen der Beamtenschaft eingeleitet wurden, und daß sie dann immer erst durchgeführt waren, wenn die jeweilige Regulierung bereits durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse überholt war. Es hatten sich dann inzwischen die Teuerungsverhältnisse stets so gesteigert, daß die bewilligten Mittel bei weitem nicht ausreichten, um den laufenden Bedarf zu decken. Das hatte zur Folge, daß die Beamten wirtschaftlich stets im Rückstand waren und zwar dermaßen, daß sie teilweise sogar einer Verschuldung anheim gefallen sind. Ich will das nicht generalisieren, ich will das nicht für alle Beamten behaupten, aber jedenfalls haben die minder Besoldeten, insonderheit die Unterbeamten zum großen Teil unter diesen Maßnahmen der früheren Regierung sehr leiden müssen, und es ist tatsächlich bei ihnen eine Verschuldung eingetreten, denn sie haben Verpflichtungen eingehen müssen, die sie immer tiefer in die Schuldenwirtschaft hineingeführt haben. Nun kann man mir ja entgegenhalten, daß das Kontrahieren von Schulden den Beamten an und für sich nicht gestattet ist, es ist ihnen sogar verboten, es ist sogar strafbar. Wir haben in unserm Beamtengefeß den famosen Kautschutparagrafen 25, wonach die Beamten sich innerhalb und außerhalb des Dienstes der Würde ihres Amtes entsprechend zu verhalten haben. Der Würde des Amtes entspricht es aber nicht, wenn sie Schulden machen. Ich habe bei Behandlung dieses Themas bei anderer Gelegenheit einen Vergleich gezogen und gesagt: die Androhung der Strafen für Schuldenmachen und gegebenenfalls die Bestrafung selbst haben auf mich immer den Eindruck gemacht, als wenn man einen Menschen, der in einem brennenden Hause sitzt, in dem die Treppe brennt, und der nun in seiner Not aus dem Fenster springt, dieserhalb wegen groben Unfugs bestrafen würde. Das ist daselbe, als wenn man einen Menschen vor die Alternative stellt, zu

hungern oder Schulden zu machen und ihn dann, wenn er letzteres vorzieht, bestraft. Es ist meines Erachtens eine ganz selbstverständliche Pflicht der Regierung, die Beamten, die ja ihre ganze Kraft in den Dienst des Staates zu stellen haben, hinsichtlich ihrer Besoldung unbedingt so zu stellen, daß sie stets in der Lage sind, den wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht werden zu können. Versäumt die Regierung diese Pflicht, so ladet sie damit die Schuld auf sich dafür, daß der Beamte in Not gerät und dann gegen die Gesetze verstößt. Damit trägt der Staat aber auch die Verantwortung dafür, daß eine Aufregung in die Beamenschaft hineingetragen wird, die dem Staate, wie auch den Beamten selbst, nicht zuträglich sein kann. Deshalb ist es nötig, nunmehr so schnell wie möglich die Beamten in die Lage zu setzen, für sich und ihre Angehörigen den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das ist ihnen bei den jetzigen Bezügen auch einschließlich der Teuerungszulagen nicht möglich. Die Teuerung der Lebensmittel ist so sprunghaft in die Höhe gegangen, daß ihr aus den laufenden Einkünften Rechnung nicht getragen werden kann, auch wenn nur der allereinfachste Lebensunterhalt bestritten werden soll. Ich will nur erinnern an die kolossale Preissteigerung für Kohle, für Licht und Heizung, für alle Lebensmittel, für Kleidung und Schuhwerk, sowie an die Erhöhung der Mieten und der Steuern. Um aus dieser Notlage herauszukommen, gibt es nur ein Mittel, und das ist eine durchgreifende Erhöhung der augenblicklichen Bezüge, und zwar in zweierlei Form: einmal durch Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage, um dadurch die Beamten in die Lage zu versetzen, den Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, gerecht werden zu können, also ihre alten Schulden zu decken und bisher zurückgestellte notwendige Anschaffungen machen zu können, des weiteren durch wesentliche Erhöhung der laufenden Teuerungszulage. Wenn nun der Einwand gemacht worden ist, daß nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Aussicht besteht, daß die Preise für Lebensmittel bald fallende Tendenz zeigen werden, so glaube ich doch, daß das vorläufig noch nicht der Fall sein wird. Ich stütze mich dabei auf die Äußerung des Unterstaatssekretärs Göhre in der preussischen Landesversammlung, die dahin ging, daß die Herabsetzung der Preise für öffentlich bewirtschaftete Lebensmittel zurzeit nicht durchführbar sei. Des weiteren sagte Göhre: Bis zur Hebung der Produktion werden sich die Preise vielleicht sogar noch steigern. Da nun aber die Hebung der Produktion noch in weiter Ferne liegt, da jegliche Rohstoffe fehlen, so müssen wir annehmen, daß diese Voraussetzungen des Staatssekretärs unbedingt das richtige treffen. Wir müssen daher damit rechnen, daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Herabsetzung der Preise für alle Lebensbedürfnisse nicht eintreten wird, dafür eben die erforderliche Voraussetzung fehlt. In Hamburg hat der Senat Mittel und Wege gefunden, den Beamten zu helfen. Mit Wirkung ab 1. April ist dort eine wesentliche weitere Erhöhung der bis dahin gezahl-

ten fortlaufenden Teuerungszulagen eingetreten. Der Senat hat diese Erhöhung aus sich selbst heraus beantragt, obwohl erst am 31. März eine vorher beschlossene Erhöhung der Zulagen in Kraft getreten war. Der Hamburger Senat hatte eben die Ueberzeugung, daß die eben erst in Kraft getretene Erhöhung nicht genügen würde, die Beamten vor Not zu schützen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Hamburg und in Bremen sind ungefähr dieselben; die Unterschiede sind tatsächlich nur sehr gering. Wenn die Wohnungsverhältnisse in Hamburg vielleicht etwas schlechter liegen wie hier, so sind andererseits die bremischen Verhältnisse in anderer Beziehung wieder ungünstiger. Das ist seit Jahren schon so, und es ist statistisch nachweisbar. Jedenfalls sind die Unterschiede zwischen Hamburg und Bremen durchaus nicht wesentlich. Es ist daher die Forderung berechtigt, daß auch die Beamtenbezüge in Bremen dieselben wie in Hamburg sein müßten, was wir in unserem Zusatzantrage denn auch zum Ausdruck gebracht haben. Ich hatte mit meinem am 20. d. M. eingebrachten Dringlichkeitsantrage bezweckt, den außerordentlich mißlichen Zuständen Rechnung zu tragen und baldmöglichst eine Steigerung in den laufenden Teuerungszulagen herbeizuführen. Leider — ich muß sagen leider — ist diesem Bedürfnis durch die Nationalversammlung nicht Rechnung getragen. Die Versammlung hat sich nicht entschließen können, derzeit die Dringlichkeit anzuerkennen. Wäre das der Fall gewesen, dann hätte der Senat gewiß Mittel und Wege gefunden, schon zum 1. Juli eine Erhöhung der Zulagen durchzuführen, wie ich sie vertreten habe und wie sie ein großer Teil der Beamenschaft wünscht. Eile tut dringend not, besonders für die unteren und mittleren Beamten. Deshalb, Herr Präsident, meine Damen und Herren, ist es erwünscht, die Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen, wie es aus unserem Zusatzantrag ersichtlich ist, schon am 15. Juli in Kraft treten zu lassen.

Die U. S. stellen ja weitergehende Anträge. Meine Damen und Herren! Das ist eine Sache für sich. Die Notlage der Beamten ausnützend, macht sich ein Wettlauf zwischen den Parteien bemerkbar. (Sehr richtig!) Die eine Partei will immer noch schneller und besser den Beamten helfen als die andere. Wir Antragsteller haben den aufrichtigen und dringenden Wunsch, hier so ausgiebig und schnell wie möglich zu helfen. Es ist unsere Pflicht, und nicht nur unsere Pflicht, sondern auch die Pflicht der Regierung, schnell einzugreifen. Wir müssen bedenken, daß die Beamten im Dienst der Allgemeinheit stehen, und die Allgemeinheit hat darum die Pflicht, für die Beamten so zu sorgen, daß sie den Bedürfnissen entsprechend leben können. Der erwähnte Wettlauf hat zu eigenartigen und unerwünschten Zuständen geführt: er hat die Sache auf das politische Gebiet hinübergezogen. Es hat am letzten Sonntag im Casino eine Versammlung stattgefunden, bei welcher Gelegenheit ich die Beamten gewarnt habe, sich vor den Wagen einer politischen Partei spannen zu lassen. Diese Absicht ist offenbar dort verfolgt. Keine Regierung, auch die freieste

nicht, auch wenn sie ganz links steht, kann es gutheißen, wenn sich die Beamtenschaft als Ganzes ihren Maßnahmen hemmend in den Weg stellt, ihr die Regierungsgeschäfte erschwert oder deren Durchführung ganz unmöglich macht. Keine Regierung kann den Wunsch haben, daß sich die Beamtenschaft zu ihr in Gegensatz stellt. Jede Regierung ist auf die Mitarbeit, auf die vorbehaltlose Mithilfe der Beamten angewiesen. Die Beamten dienen dem Staat und dienen damit der Regierung, die zur Zeit die Regierungsgeschäfte führt. Es liegt im Interesse der Beamten selbst, sich nicht von Leuten irreführen zu lassen, die sie zu politischen Zwecken ausnützen wollen. Daß die Sache auf das politische Gebiet hinübergezogen ist, bezeugt ein Schriftsatz in der Arbeiterzeitung von vorgestern, in welchem mein Auftreten in der beregten Versammlung behandelt und mir der Vorwurf gemacht wird, daß ich den Beamten nicht das zubilligen wolle, was man ihnen zugestehen müsse. Das ist durchaus falsch. Das liegt auch gar nicht in meiner Natur. Die Stellung meines Antrages beweist das Gegenteil. Ich trete auch jetzt, wie bisher schon, in diesem hohen Hause dafür ein, daß den Beamten in dieser außerordentlich schweren Zeit geholfen werde. Man hat auch versucht, mein Auftreten in jener Versammlung meiner Partei als mangelndes Interesse für die Beamten an die Rockschöße zu hängen, (Hört, hört!) und es in dem betreffenden Artikel so hingestellt, als ob meine Partei die Interessen der Beamtenschaft mißachte. Das ist nicht wahr. Meine Partei ist stets, auch in der früheren Bürgerschaft schon, für die Beamten, und insbesondere für die Interessen der unteren und mittleren Beamten eingetreten. (Widerspruch bei den U. S.) Das können auch die U. S. nicht leugnen, die ja früher selbst in unserer Partei gesessen haben. Jeder Beamte weiß, daß gerade die sozialdemokratische Partei immer für eine Besserung der schwierigen Lage der Beamten eingetreten ist. Ich brauche in dieser Beziehung unsere Partei nicht in Schutz zu nehmen, muß solchen Vorwurf aber doch zurückweisen, weil er in der Öffentlichkeit ausgesprochen ist. Wohin das Ziel der U. S. geht, zeigt sich nur zu deutlich am Schluß des erwähnten Artikels, in dem es heißt: „Darum, ihr Beamten, ihr kennt nun die Halbsheit der Mehrheitssozialisten. (Hört, hört!) Werdet Mitglieder der U. S.! (Hört, hört! in der Mitte, Sehr richtig! links.) Eine solche Proselytenmacherei sollte man doch Beamten gegenüber nicht betreiben; sie illustriert aber das Verhalten der U. S. zur Genüge. Die Beamten können für sich einer politischen Partei angehören, welcher sie wollen, damit haben sie sich selbst abzufinden; aber die Beamtenschaft als solche irrezuführen, sie wenn möglich in einen politischen Streik zu hegen, ist beamtenfeindlich und keinem Staate zuträglich. Keine Regierung, aus welchen Schichten sie sich auch zusammensetzt, kann es gutheißen, daß die Beamtenschaft sich so in Gegensatz zu ihr stellt. Das kann und darf sie nicht dulden. Auch in Berlin hat man es ja kürzlich fertig gebracht, die Eisenbahner durch

unverantwortliche Heher in einen Streik hineinzuzwingen und hat zu diesem Zweck auch wirtschaftliche Forderungen, die nicht erfüllbar waren, vorgeschoben. Herr Lüdeking sagt den Beamten auch hier: Wir wollen euch helfen, fordert nur was ihr wollt, seid nur einig mit uns, dann ist es zu erreichen! Und erfüllt die Regierung eure Forderungen nicht, dann zieht daraus die Konsequenz. Durch Einigkeit in der Forderung läßt sich deren Erfüllung jedoch nicht erreichen, wenn für die Deckung die Mittel nicht vorhanden sind. Auch wir von der mehrheitssozialistischen Partei wollen den Beamten helfen, wir stellen uns aber mit unseren Forderungen stets auf den Boden des Erreichbaren. Das ist der große Unterschied, ob jemand große Versprechungen macht, von denen er von vornherein weiß, daß sie nicht zu erfüllen sind, (Sehr gut!) oder ob er Forderungen stellt, die erfüllt werden können. In letzterem Sinne betätigen wir uns in unserer Fürsorge für die Beamten. Diese Ausführungen habe ich machen müssen, obwohl ich sie lieber unterlassen hätte. Ich habe sie aber im Interesse der Beamtenschaft selbst machen müssen.

Im Namen der Beamtenschaft möchte ich Sie bitten: Helfen Sie den Beamten in ihrer Not! Stimmen Sie unserem Antrage, wie er vorliegt, zu. (Beifall.)

H. S. Meyer (D.): Im Auftrage meiner Fraktion habe ich hier unsere Stellungnahme zu dem Antrage Wahnschaffe-Karrenberg darzulegen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die große Notlage, die in ganz Deutschland infolge des verlorenen Krieges herrscht, in hohem Maße auch auf der bremischen Beamtenschaft lastet. Wir können es daher wohl verstehen, wenn aus diesen Kreisen heraus die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Nationalversammlung nach besten Kräften hier Abhilfe schafft. Wenn wir daher lediglich gefühlsmäßig handeln dürften, so würden wir ohne weiteres dem Antrage in der vorliegenden Form unsere Zustimmung geben. Aber als verantwortliche Vertreter des Bremischen Staats haben wir die Pflicht, nicht nur das Gefühl, sondern auch den Verstand sprechen zu lassen, und der zwingt uns, in einem Falle von solch weittragender Bedeutung zu fragen: Welche Verpflichtungen erwachsen aus unseren Bewilligungen dem Staate, und wie kann Deckung für die eingegangenen Verpflichtungen geschaffen werden? Erst wenn diese Fragen geprüft und zur Zufriedenheit erledigt sind, kann über die zu ergreifenden Maßnahmen gesprochen werden.

Darüber werden sich alle Staatsbeamten klar sein müssen: so einfach wie bei einem Privatunternehmen liegen die Dinge beim Staate nicht. Denn der Staat hat weder Kriegsgewinne noch Reserven, aus denen die erheblichen Mehraufwendungen bestritten werden können, die aus einer allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter resultieren würden. Im Gegenteil: der Staat hat leider meistens und insbesondere in Zeiten der Not ohnedies schon ganz erhebliche Fehlbeträge.

Ich möchte auch hier nochmals daran erinnern, daß unser bremisches Budget in diesem Jahre einen Fehlbetrag von zirka 30 Millionen aufweisen wird. (Zuruf von links: Durch Ihre Schuld!) Schon zur Tilgung dieser Verpflichtungen muß die Steuerichraube erheblich gegenüber den Vorjahren angezogen werden. Aber leider ist die Steuerichraube keine Schraube ohne Ende, sondern die Grenze liegt bei dem Erträglichen. Gehen wir darüber hinaus, vor allem im Gegensatz zu anderen Nachbargebieten, so werden die Steuerpflichtigen abwandern, und das Gegenteil von dem wird erreicht, was die Staatsnotwendigkeit erfordert. Bewilligen wir aber Beträge, für die eine Deckung nicht zu erzielen ist, so ist der Staatsbankrott die notwendige Folge. Was der Staatsbankrott für die Staatsbeamten bedeutet, brauche ich nicht besonders zu betonen. Auch hier wieder liegen die Dinge wesentlich ungünstiger für die Staatsbeamten als für die Privatbeamten. Wenn bei letzteren durch übermäßige Gehaltsforderungen das Unternehmen, bei dem sie in Stellung sind, zugrunde geht, so können sie gemäß der ihnen zustehenden Freizügigkeit ohne weiteres bei einem anderen Unternehmen Stellung suchen, während die Staatsbeamten, die auf Lebenszeit angestellt sind, in Gefahr geraten, den Hauptvorteil ihrer Stellung, nämlich die Altersversorgung, zu verlieren. Diese Gesichtspunkte sollten die Staatsbeamten bei der Beurteilung ihrer Lage sich stets vergegenwärtigen.

Was nun das Materielle des Antrages Bahnschaffe-Karrenberg betrifft, so erkennt meine Fraktion, wie ich schon eingangs betont habe, ohne weiteres an, daß für diejenigen Beamten, bei denen eine wirkliche Not zutage tritt, baldmöglichst etwas geschehen muß. Da wir uns jedoch im Hinblick auf die finanzielle Lage des Staates nicht dazu verstehen können, unterschiedslos hier große Summen zu bewilligen, sind wir für eine

Überweisung des Antrages an die Kommission wegen der Beamtengehälter mit dem Auftrage, im besonderen nachzuprüfen, wie solchen Beamtengruppen, deren Existenzminimum nicht gesichert erscheint, sofort zu helfen ist. Innerhalb 14 Tagen ist hierüber der Nationalversammlung zu berichten.

Einen diesbezüglichen Zusatzantrag, der an Stelle des zweiten Absatzes des Antrages Bahnschaffe-Karrenberg zu setzen wäre, werde ich dem Herrn Präsidenten überreichen.

Die Kommission hätte also zu prüfen, welche Summen erforderlich sind, um in erster Linie den verheirateten Beamten mit einer großen Kinderzahl, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht, einen Ausgleich zu verschaffen.

Anderes vorzugehen, etwa so, wie es die Resolution der Beamtenversammlung, die am letzten Sonntag im Casino getagt hat, verlangt, wäre nicht nur unverantwortlich, sondern auch unsozial. Denn wie können wir es verantworten, bei einem Fehlbetrage von zirka

30 Millionen noch weitere 24 Millionen ohne nähere Prüfung auf einem Brett zu bewilligen mit der bestimmten Aussicht, hierfür keine Deckung finden zu können? Und mit welchem Rechte verlangen die jungen unverheirateten Beamten die gleichen Entschuldigsummen, wie die Familienväter mit vielen Kindern? Solche Forderungen können und dürfen nicht bewilligt werden. (Schmidt (U. S.): Herr Direktor, haben Sie auch schon mal Not gelitten?)

Bei den zahlreichen und dringenden Anforderungen, die an die Mittel des Staates in jetziger Zeit gestellt werden — auf der vorliegenden Tagesordnung stehen allein fünf derartige Anträge — müssen wir uns nach der Decke strecken und dürfen uns nicht von parteipolitischen Rücksichten leiten lassen, mögen dabei auch einige Stimmen den Herren von der äußersten Linken zufallen. Auf die Dauer wird auch bei den Staatsbeamten die Einsicht durchdringen, daß ein Staatswesen nicht lebensfähig erhalten werden kann, ohne daß man die einzelnen Forderungen, die derartig große Verpflichtungen für den Staat nach sich ziehen, aufs eingehendste prüft und die Staatsausgaben in Einklang bringt mit den Deckungsmöglichkeiten. Gelingt es den Mehrheitsparteien, die Staatsfinanzen über diese schwierige Zeit trotz der notorischen Bewilligungsfreudigkeit der äußersten Linken hinweg zu bringen, so wird zweifellos zur rechten Zeit erkannt werden, wo die wahren Freunde der auf die Existenz des Staates angewiesenen Beamten zu finden sind.

Zum Schluß noch einige allgemeine Ausführungen über die wirtschaftspolitische Seite dieser Forderungen. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich hier noch einmal nachzuweisen suchen, daß in der jetzigen Zeit der ungeheuren Knappheit aller Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens der in dem Antrage gewünschte Endzweck auf die Dauer überhaupt nicht erreicht werden kann. Denn wenn in einem begrenzten Versorgungsgebiet die Kaufkraft von zirka 10 000 Menschen erhöht wird, dann ist nach dem grundlegenden Gesetz über Angebot und Nachfrage mit Sicherheit zu erwarten, daß die Preise der Bedarfsgegenstände in gleichem Maße steigen werden. Nur durch die Einfuhr größerer Mengen Ware kann hier Abhilfe geschaffen werden und da muß die Staatshilfe einsetzen.

Es ist ja mit aller Bestimmtheit zu erwarten, daß schon in nächster Zeit durch Aufhebung der Blockade eine wesentliche Verbilligung sowohl der Lebensmittel wie der Kleidung und sonstigen Verbrauchsgegenstände eintreten wird. (Zuruf links: Und Sie wollten nicht unterzeichnen?) Ich befinde mich hier in einem scharfen Gegensatz zu Herrn Bahnschaffe. Dieser hat einen Ausspruch des Unterstaatssekretärs Göhre zitiert. Der bezog sich jedoch lediglich auf die im Inlande erzeugte Warenmengen. Wir sind aber für die nächste Zeit doch unbedingt angewiesen auf Ware, die nicht in Deutschland erzeugt wird, in erster Linie auf Schuhe und Klei-

der. Wer in den letzten Tagen die Kölnische Zeitung oder andere Blätter des besetzten Gebietes gelesen hat, der wird darin gefunden haben, daß die Preise in dem besetzten Gebiet bereits ganz erheblich gefallen sind, und wie das Ausland darauf wartet, uns mit dem Nötigen zu versehen. Ich will hier einige Beispiele anführen von Angeboten, die ich dort gefunden habe: Tee das Pfund 10 bis 11 M., Kaffee 8 bis 9 M., Kakao 9 M., Haferflocken 2,25 M. (Zuruf: Wo denn?) In Köln. Diese Waren gibt es in jeder beliebigen Menge. Schweinefleisch mit Bohnen in Büchsen das Pfund 3,75 M., amerikanisches Schmalz das Pfund 8,75 M. und vieles andere mehr. Diese Preise sind natürlich Großhandelspreise ab Kölner Hafen. Wenn Sie nicht wissen, welche Verbilligung das ist, dann brauchen Sie diese Preise bloß zu vergleichen mit den Preisen, die hier gefordert werden. Es geht doch klar daraus hervor, daß in kurzer Zeit sich auch bei uns eine Wendung zum Bessern fühlbar machen muß, und umso eher, je schneller die unhaltbaren Devisenzwangsverordnungen erleichtert oder besser noch ganz fallen gelassen werden. Die Preise für Schuhe und Kleider sind im besetzten Gebiet auf die Hälfte gefallen, die Zölle schon eingerechnet, so daß auch hier der Höhepunkt überschritten sein dürfte. Noch zu bemerken ist, was aus den Zeitungen hervorgeht, daß in den letzten Tagen auch die Valuta im Auslande stark gestiegen ist, was zweifellos für den Anlauf von Lebensmitteln von Bedeutung ist. Alles dieses in Verbindung mit der sicheren Aussicht, daß damit der übelsten Erscheinung unserer Zeit, nämlich dem Schleichhandel, das Wasser abgegraben wird, berechtigt zu der Hoffnung, daß das schlimmste überstanden ist und daß wir uns schon in einigen Wochen auf dem absteigenden Ast der Kurve der allgemeinen Teuerung befinden werden. (Sehr richtig!) Ich zweifle nicht daran, daß die bremische Lebensmittelkommission die Sachlage mit Aufmerksamkeit verfolgen wird, um so zeitig wie möglich den bremischen Markt mit ausländischen Waren zu versorgen, denn bei der starken Nachfrage wird der Satz „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!“ von großer Bedeutung sein.

Wenn ich hier der Hoffnung Ausdruck verliehen habe, daß schon in der nächsten Zeit eine Hauptursache, die zu dem Antrage Wahnschaffe-Karrenberg geführt hat, wegfällt, so muß ich auf der andern Seite auf das nachdrücklichste darauf hinweisen, daß wir sehr schweren Zeiten entgegen gehen, daß wir uns klar machen müssen, daß der verlorene Krieg von jedem erhebliche Opfer fordern wird. Ein Wiederaufbau ist nicht möglich, wenn jeder nur auf seine erhöhten Rechte pocht, und nicht auch gewillt ist, größere Pflichten zu übernehmen. (Sehr richtig!) Das gilt in erster Linie für die Staatsbeamten, bei denen, wie bei allen Berufen, einer erhöhten Entlohnung auch eine größere Arbeitsleistung gegenüberstehen muß, wenn unser bremisches Staatswesen lebensfähig bleiben soll.

Im übrigen bitte ich, dem Antrage Wahnschaffe-Karrenberg mit unserem Zusatz zustimmen zu wollen. (Bravo!)

Präsident: Unter Streichung des letzten Absatzes des Antrages Wahnschaffe-Karrenberg beantragt Herr Meyer:

In Erwägung unserer schwierigen Finanzlage überreicht die Nationalversammlung den Antrag Wahnschaffe-Karrenberg der Kommission wegen der Beamtengehälter mit dem Auftrage, im besonderen nachzuprüfen, wie solchen Beamtengruppen, deren Existenzminimum nicht gesichert erscheint, sofort zu helfen ist, und innerhalb 14 Tagen zu berichten.

Hagedorn (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die mit Ausbruch des Krieges verbundene Teuerung und der damit in Zusammenhang stehende Wucher haben zur Folge gehabt, daß neben der Arbeiterschaft auch die Beamenschaft stark zu leiden hat. Der Wucher ist ein Krebschaden, und würde der gesamte Handel in unserem Staate freigegeben, so würde auch dieser sich zum Krebschaden auswachsen. (Gelächter und Zwischenrufe.) Man glaubt heute dem Volke mit Flugblättern nachweisen zu können, daß durch Freigabe des Handels dieser Krebschaden ausgemerzt werden könne, daß durch die Zwangswirtschaft, die mehr und mehr notwendig geworden ist, nur der Wucher erzeugt werde. Die jetzige Regierung hat es nicht verstanden, dem elenden Wucher das Handwerk zu legen. (Zuruf: Aber der Rat der Volksbeauftragten!) Und ehe nicht unsere Wirtschaftsordnung in eine andere umgestaltet ist, eher wird es der Arbeiterschaft und auch der Beamenschaft nicht möglich sein, in angemessener Weise ihr Leben zu fristen. Bis zum Beginn der Revolution hat man den Beamten auf ihre Bittgänge nur sehr niedrige Sätze gezahlt. Erst nach Ausbruch der Revolution erkannte die Beamenschaft, daß auch sie einen Machtfaktor innerhalb des Staates darstelle. Sie verstand es, ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, einen Teil ihrer Forderungen zur Geltung zu bringen. Dies will der Antrag Wahnschaffe hintertreiben. Der Antrag Wahnschaffe wollte die im Casino angelegte Versammlung illusorisch machen. Das ist die alte Unternehmerpraxis, daß, wenn die Arbeiter — insbesondere die Privatangestellten, oder in diesem Falle die Beamten — Forderungen geltend machen, man ihnen durch kleine Zulagen entgegenkommt, um ihnen so zu zeigen, daß sie eine Organisation nicht brauchen. Dasselbe Mittel wird jetzt auch hier angewandt. Herr Wahnschaffe hat gemeint, es wäre ein Wettlauf entstanden, ein Wettlaufen unter den Parteien. Er aber hat es bei dem Wettlaufen verstanden, der erste Wettläufer zu sein. Der Antrag Wahnschaffe will — mit den Demokraten zusammen — die Beamten fördern, er will, daß sich die Beamten der Regierung unterordnen, er will sie ihr gefügig machen. Wir sind der An-

sicht und vertreten sie ganz energisch, daß die Beamten-schaft nicht der Sklave der jeweiligen Regierung sein darf. Aber dies wird Aufgabe der Beamten selbst sein, daß sie innerhalb des Staates es verstehen, freie Beamte zu werden, denn nur so wird es möglich sein, daß sie für den Staat etwas ersprießliches leisten. Es kann nicht angehen, daß von oben herab alles diktiert wird, was in den einzelnen Betrieben gemacht werden soll (Gelächter und Zurufe), sondern es muß aus der Beamten-schaft selbst herauskommen. Sie muß die Möglichkeit haben, Fortschritte innerhalb des Staates zu erreichen. Wir wollen den alten Herrschaftsstaat beseitigen, und wenn wir auch auf der Rechten keine Unterstützung finden, so finden wir sie doch bei der Beamten-schaft. Die Aufgabe der Beamten-schaft ist es, ihre Organisation auszubauen und die Solidarität mit der Arbeiter-schaft herzustellen. Unser Antrag fordert, in dem Antrage Wahnschaffe hinter das Wort „Senat“ „im Benehmen mit der Vertretung der Beamten-schaft“ zu setzen, so daß der Senat verpflichtet wird, mit der Beamten-schaft zu verhandeln. Wenn er es bisher auch nicht offen abgelehnt hat, so hat er es doch verstanden, die angebahnten Verhandlungen zu hintertreiben. Der Schriftführer des Hauptverbandes der bremischen Beamten-schaft ist an die Regierung des öfteren herangetreten wegen Verhandlungen, aber ohne Erfolg. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß besonders von der demokratischen Seite aus bei der Gewinnung von Mitgliedern darauf hingewiesen wird, daß wir beabsichtigten, den Beamten die Pensionen zu nehmen, anstelle der jetzigen Beamten unsere eigenen Leute zu setzen. Man ist mit dieser Behauptung, obgleich vollständig erfunden, freßsen gegangen und hat so verstanden, eine ganze Reihe von Mitgliedern zu gewinnen, die sich Ihrer Werbetrommel angeschlossen haben. Wenn man bedenkt, daß es noch heute Beamten-gruppen gibt, die 120 M monatlich Gehalt zuzüglich Teuerungszulage von 180 M, insgesamt 300 M monatlich, erhalten, und zwar für Verheiratete, so muß man staunen, wie diese Beamten mit diesem Gelde ausgekommen sind. Die Unverheirateten stehen sich im Verhältnis noch schlechter. Sie erhalten nämlich 120 M Gehalt zuzüglich 144 M Teuerungszulage, insgesamt nur 264 M monatlich. Es gibt eine Reihe von Schreibern, die noch weit hinter diesen Sätzen zurückbleiben. Die Notwendigkeit der Aufbesserung der Gehälter für die Beamten wird wohl mit Ausnahme der Rechten dieses Hauses anerkannt werden. Sie werden zwar öffentlich behaupten, daß sie für die Aufbesserung sind, aber in der Praxis haben sie — wir wissen es genau, mit welchen Mitteln sie arbeiten — eine solche zu hintertreiben gesucht. Um die Kriecherei, die durch die Beamten-lassen hervorgerufen wird, abzuschaffen — durch das Klassensystem wird die Kriecherei gefördert, weil die Beamten ihren nächsten Vorgesetzten gegenüber sich sehr freundlich, gefügig zeigen müssen, um in eine höhere Gruppe hineinzukommen — um diesem System

ein Ende zu machen, fanden Verhandlungen mit dem Rat der Volksbeauftragten statt. Diese Verhandlungen waren soweit gediehen, daß sie dem Hauptausschuß des Verbandes bremischer Beamtenvereine vorgelegt waren, und der Hauptausschuß gegen wenige Stimmen seine Zustimmung gegeben hatte. Es war damals bestimmt worden: die erste Klasse, in die hineinkommen sollten die Beamten, die eine einfache Schulbildung genossen hatten, mit einem Gehalt von 4800 bis 6000 M. Die zweite Klasse sollte bestimmt sein für Beamte mit Mittelschulbildung ein Gehalt von 5400 bis 7500 Mark. In die zweite Klasse sollten außer den Lehrern die Techniker usw. und ein Teil der Bureaubeamten eingereiht werden. Zur dritten Klasse gehörten die Beamten mit Hochschulbildung, Gehaltsjah 6000 bis 9000 Mark. Die Noslegarde hat dem ganzen Plan ein Ende gemacht, hat es verhindert, daß die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind. Die Beamten-schaft wird auch daraus ersehen, daß sie nicht auf jener Seite besondere Vorteile erringen kann, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, der Stadtwehr beizutreten, um ihren Klassengenossen in den Rücken zu fallen, sondern erkennen, um was es sich bei dem Einzug der Noslegarde in Bremen für sie gehandelt hat. Der Beamtenrat ist an die provisorische Regierung herangetreten mit der Forderung, ab 1. Januar 1919 den verheirateten Beamten eine Teuerungszulage von 250 M und 50 M für jedes Kind monatlich zu gewähren, für Ledige über 18 Jahre 175 M monatlich. Bewilligt sind aber nur 120 M monatlich für Verheiratete und 40 M für jedes Kind; für Unverheiratete über 18 Jahre 96 M. Die Beamten-schaft stellte dann der Regierung ein Ultimatum. In diesem wurde als Teuerungszulage gefordert 200 M für Verheiratete und 50 M für jedes Kind, Ledige unter 18 Jahren 160 M. Diese Sätze entsprachen den damaligen Hamburger Sätzen. Es war dann seitens des Hauptausschusses mit der Regierung vereinbart, wenn die Reichssätze bekannt gegeben seien, daß die Regierung wieder an die Beamten-schaft herantreten solle. Dies hat die Regierung nicht getan, sondern die Regierung ist einfach dazu übergegangen, mit dem 1. April die Sätze für die Beamten-schaft herabzusetzen und zwar bei einem Gehalt bis 1800 M auf 180 M monatlich und 40 M für jedes Kind, für Gehälter bis 4800 M auf 170 M und 40 M für jedes Kind und über 4800 M auf 160 M monatlich und 40 M für jedes Kind. Die Ledigen erhalten 80 Prozent. Die Herabsetzung ist erfolgt, ohne daß die Beamten-schaft gehört wurde. Der Hamburger Senat hat, wie Herr Wahnschaffe schon ausführte, vom 1. April ab die Sätze erhöht. Diese Sätze werden auch von der bremischen Beamten-schaft gefordert. Wir glauben auch, daß die Sätze entsprechend den ganz enorm hohen Aufwendungen für die Lebenshaltung nicht zu hoch erscheinen. Die Beamten fordern auch eine einmalige Teuerungszulage. Wir sind im allgemeinen Gegner von einmaligen Teuerungszulagen, weil wir uns sagen, die Beamten müssen ihre notwen-

digen Ausgaben aus den laufenden Einnahmen decken können. Aber weil das nicht der Fall ist, weil die Regierung, trotzdem sie die Pflicht hat, für die Beamten anständig zu sorgen, ohne daß die Beamten untertänig sie darum zu bitten nötig haben — die Beamten müssen als freie Männer gelten, dann werden sie auch gern arbeiten — weil also die Regierung die Beamten nicht so besoldet, wie es notwendig ist, muß ihnen eine Teuerungszulage gegeben werden.

Wir können für den Antrag Wahnschaffe nicht stimmen, der sämtlichen Beamten eine Teuerungszulage gewährt wissen will. Wir stellen daher den Antrag, daß nur denjenigen Beamten die Teuerungszulagen gewährt werden, deren Gehalt einschließlich Teuerungszulage den Betrag von 8000 M nicht übersteigt. Wir haben diese Frage genau erwogen und sind zu dem Entschluß gekommen, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, auch dort zu geben, wo ein Bedürfnis nicht vorhanden ist. Die Mittel, die für die Teuerungszulagen aufgewendet werden, müssen zum Teil wieder aufgebracht werden von der Arbeiterschaft und der Angestelltenschaft selbst. Wir dürfen deshalb für die oberen Schichten nicht mehr an Mitteln aufwenden, weil die Arbeiterschaft dadurch geschädigt würde.

Wir sind der Ansicht, daß die höheren Bezüge mit dem 1. Juli in Kraft treten müssen. Wenn sich auch die Verhandlungen etwas hinauszögern, kann trotzdem die Teuerungszulage ab 1. Juli 1919 gezahlt werden.

Herr Wahnschaffe hat ja ziemlich warme Worte gefunden, aber die Taten fehlen. Der Antrag ist gewissermaßen nur ein Gimpelsang . . .

Präsident: Ich kann einen derartigen Ausdruck wie „Gimpelsang“ nicht gestatten. (Zuruf aus der Mitte: Er schließt von sich auf andere!)

Hagedorn: Ich glaubte im deutschen Parlament auch mal deutsch reden zu können! Herr Wahnschaffe hat weiter gemeint, daß die Beamtschaft nicht im Gegensatz zur Regierung stehen müsse, daß die Beamten Diener des Staates sind. Nein, die Beamten müssen innerhalb des Staates frei sein. Sie haben sich freiwillig unterzuordnen, und alle Zwangswirtschaft innerhalb des Staates hat aufzuhören. (Waigand: Aber nicht in der Arbeiter-Zeitung!)

Herr Meyer hat geglaubt, sagen zu müssen, daß, wenn man sich nur von dem Gefühl leiten lasse, man dem Antrage zustimmen würde, daß man aber dafür sorgen müsse, in Anbetracht der schwierigen Finanzlage nicht eher solche Ausgaben zu bewilligen, als Einnahmen vorhanden sind. Wer ist denn aber Schuld daran, daß wir in eine so schwierige Finanzlage gekommen sind? Wer ist dafür gewesen, daß dieser Krieg bis ins Unendliche hinaus verlängert ist und noch verlängert werden sollte? Wenn Sie zugeben, daß die Not, die durch den Krieg entstanden ist, eine enorme ist und daß besonders den unteren und mittleren Beamten geholfen werden

muß, warum sind Sie dann trotzdem für eine Verlängerung des Krieges gewesen und jetzt dafür, daß der Krieg wieder aufgenommen werden sollte? Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, schon längst einmal zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! (Zuruf von links: Waigand, was sagst du nun?)

Herr Meyer hat weiter gesagt, daß durch den Handel dafür gesorgt werden würde, daß die Nahrungsmittel wieder billiger werden. Demgegenüber aber muß ich darauf hinweisen, daß der Reichsernährungsminister Schmidt erst ganz kürzlich auf dem Verbandstage der Holzarbeiter erklärt hat, in absehbarer Zeit sei an ein Sinken der Preise für die wichtigsten Lebensmittel nicht zu denken, sondern daß sogar mit einer weiteren Steigerung zu rechnen sei. Der Reichsernährungsminister widerlegt hiermit treffend, daß vorläufig mit einer Herabsetzung der Preise nicht gerechnet werden kann und daß die Forderung der Beamtschaft auf erhöhte Zulagen deshalb als berechtigt anerkannt werden muß. (Beifall links.)

Präsident: Darf ich um den Antrag bitten?

Herr Hagedorn beantragt:

In Reihe 4 hinter „Angestellten“ ist einzufügen: „soweit ihr Gehalt unter Einrechnung der Teuerungszulage, auch der gegenwärtig beantragten, den Betrag von 8000 M jährlich nicht übersteigt.“

In Absatz 2 Reihe 1 hinter „Senat“ ist einzufügen: „in Benehmen mit der Vertretung der Beamtschaft.“

Außerdem beantragen Sie „1. Juli“ anstatt „15. Juli“ zu sagen?

Hagedorn: Jawohl!

Heinzler (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als Vertreter der unteren Beamten zu dem Antrage ein paar Worte zu sagen. Wenn die bremischen Beamten auch für den Antrag sind, damit ihre Lage gebessert werde, so sind sich doch auch die Unterbeamten der Tragweite dieses Schrittes voll bewußt. Sie wissen, daß die Finanzlage des Staates, sowie die übrigen wirtschaftlichen Verhältnisse augenblicklich einer solchen Forderung nicht günstig gegenübersteht. Die Beamtschaft weiß aber auch, daß ihre Forderungen von jeher auf gewisse Kreise der Bevölkerung wie das bekannte rote Tuch gewirkt haben. (Sehr richtig!) Das Verleihen von den unerfättlichen Beamten, die auf Kosten der Steuerzahler leben wollten, ist heute fast sprichwörtlich geworden. Ich will nun das Bild nicht weiter aufrollen, wie auch in diesem hohen Hause in der Vergangenheit die Angelegenheiten der Beamten in geradezu abfälliger Weise behandelt worden sind. (Hagedorn: Niemals!) Bedauerlicherweise gibt es auch in Bremen noch eine ganze Masse Menschen, die der Auffassung huldigen, die Beamten seien Schmarozger am Staatskörper, sie würden

von den Groschen der Steuerzahler unterhalten. Andere Kreise dagegen haben wohl eingesehen, daß ein gesundes Staatswesen ohne eine treue und zuverlässige Beamten-schaft schlechthin unmöglich ist. Sie können aber trotzdem nicht begreifen, daß die Beamten, zumal die Unter-beamten, das Bedürfnis haben, mit ihren Familien auch ein menschenwürdiges Dasein zu führen. In der Ver-gangenheit hat man die unteren Beamten herzlich schlecht bezahlt und ebenso behandelt. (Sehr gut!) Ueberdies hat man sie als politische Eumuchen in der Welt herumlaufen lassen. (Sehr richtig!) Um die Debatte nicht zu verlängern, will ich darauf verzichten, Ihnen mit weiterem Material Beweise dafür zu er-bringen, daß hauptsächlich für den Kreis der unteren Beamten so schnell und so gründlich wie möglich etwas getan werden muß, soll die Arbeitsfreudigkeit dieses Kreises nicht auf einen Nullpunkt herabsinken. Auch der untere Beamte ist fest entschlossen, in Zukunft wei-ter seine Pflicht zu tun im Interesse des Allgemein-wohls. Er muß aber unbedingt daran festhalten, daß seine ideellen und materiellen Bedürfnisse in unserm neuen Staate von der Regierung mit etwas mehr Ver-ständnis behandelt werden müssen als in der Vergan-genheit. (Sehr gut!) Es ist bedauerlich und für unser Wirtschaftsleben nicht von Nutzen, wenn sich die maß-gebenden Körperschaften der Not der Beamten und be-sonders der unteren Beamten verschließen sollten und dadurch vielleicht bewirkten, daß die Beamtenorgani-sationen gezwungen würden, von dem letzten folgen-schwersten Schritte Gebrauch zu machen. (Bravo!)

Schmidt (U. S.): Herr Präsident, meine Da-men und Herren! Ich habe den Ausführungen meines Fraktionsfreundes Hagedorn nur ein paar Worte hin-zuzufügen. Es betrifft das, was Herr Wahnschaffe hier ange schnitten hat in Bezug auf das Herüberziehen der Beamtenorganisationen in eine bestimmte politische Richtung. Ich muß feststellen, daß von unserer Seite niemals angestrebt worden ist, die Beamtenorganisatio-nen in eine politische Richtung hinein zu zwingen. Wir haben immer unsere Taten sprechen lassen, und die haben besonders Herrn Wahnschaffe es angetan. Daß wir jeden einzelnen Beamten von der Richtigkeit unse-rer Anschauungen überzeugen wollen, das muß ich wohl zugeben, das ist aber auch unser gutes Recht. Wenn Herr Wahnschaffe meint, daß die Beamten sich eine regierungsfeindliche Meinung nicht bilden dürfen, dann, meine ich, ist Herr Wahnschaffe im Irrtum. Ueber diese Zeit sollten wir endgültig hinaus sein. Jeder Bürger, auch jeder Beamte muß sich seine Meinung bil-den können, wie er es für richtig hält.

Lüdeling (U. S.): Herr Präsident, meine Da-men und Herren! Auch ich muß mich kurz mit dieser Meinung des Herrn Wahnschaffe beschäftigen, die nach der Richtung geht, man sollte sich ja hüten, die Beam-ten-schaft in das Fahrwasser einer bestimmten politischen Partei zu zwingen. Ich habe seine Ausführungen in

zwei Punkten nicht ganz klar verstanden. Aber es schien mir so, als wenn er der Versammlung vom letzten Sonntag den Vorwurf machen wollte, es sei das dort geschehen. Ich stelle demgegenüber fest, daß in unserer Versammlung Herr Wahnschaffe der einzige gewesen ist, der von Parteipolitik gesprochen hat. (Hört, hört!) Sonst hat kein Redner weder das Wort in den Mund genommen noch auch im Sinne irgend einer Partei ge-sprochen. (Hört, hört! Gelächter.) Meine Damen und Herren! Ich mache diese Feststellung als Vorsitzen-der jener Versammlung in dem Bewußtsein der Bedeu-tung dessen, was ich sage. Wenn Herr Wahnschaffe ge-weint hat, daß vielleicht die Höhe dieser Forderung von 1000 M an sich von einem gewissen parteipoliti-schen Standpunkt eingegeben sei, so muß ich demgegen-über feststellen, daß diese geforderten Sätze von dem Beamtenrat beraten und beschlossen worden sind. Und in diesem Beamtenrat sitzen bremische Beamte, preußi-sche Beamte, Reichsbeamte, Angehörige aller möglichen politischen Parteien. Ich weiß nun augenblicklich nicht, von welcher Parteistelle der Vorschlag selbst ausgegan-gen ist; von der U. S. P. jedenfalls nicht. Kann sein, von einem Demokraten. Außerdem hat man in der Versammlung — ich glaube, einstimmig oder wenigstens bis auf ganz wenige Stimmen — diesen Forderungen zugestimmt, so daß ich nicht wüßte, wie man nun aus der Höhe dieser Forderung irgend wie ableiten könnte, daß sie von einem gewissen parteipolitischen Standpunkt ge-stellt sei. Außerdem nehme ich für die Leitung der hie-sigen Beamtenorganisationen in Anspruch, daß sie selbstverständlich bestrebt ist, in bezug auf die Partei-politik sich neutral und objektiv zu verhalten. (Oho!) Ich muß durchaus bitten, sich mit solchen Behauptungen zurückzuhalten, wenn man nicht in der Lage ist, irgend welche Beweise dafür anzubringen. Auf diese Beweise warte ich. Meine Damen und Herren! Es wird die Höhe von 1000 M für eine einmalige Teuerungszulage — wir möchten dieser Summe nicht den Namen Ent-schuldungssumme geben — bemängelt. Wir sind von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Bezahlung der-selben dem Staate eine gewaltige Last auferlegen würde. Wir haben das auch bei der Bemessung dieser Summe wohl in Rücksicht gezogen. 1000 M stellen noch nicht das notwendige dar. Hätten wir fordern wollen, was wirklich nötig ist, wir hätten mit gutem Gewissen das zwei- und das dreifache fordern können; auch das wäre noch durchaus nicht zuviel. (Zuruf von rechts: Wer soll das bezahlen?) Denn was sagen heute 1000 M? Es sind doch nach unserm heutigen Kurse oder nach den heutigen Preisen der notwendigen Lebensmittel nicht mehr als 100 M vor dem Kriege. Und die Verhältnisse liegen für uns Beamte doch so, daß wir jetzt diese 4½ Jahre lang weiter nichts haben tun können, als die uns zur Verfügung stehenden Summen für Essen und Trinken auszugeben. Wir haben keine Anschaffungen machen können. (Zuruf: Wir auch nicht!) Davon kann keine Rede sein, daß wir die einzigen dieser Art sind, das ist

nicht gesagt. Ich weiß wohl, daß es Berufsstände gibt, denen es noch schlechter gegangen ist; das kann uns aber nicht hindern, zu versuchen, daß wir aus dieser Lage heraus kommen. Ich verdanke es niemandem, wenn er für sich ebenfalls solche Maßnahmen ergreift. (Zuruf: Die andern müssen es bezahlen!) Meine Damen und Herren! Man sollte es ja eigentlich nicht für möglich halten, daß eine derartige Unterstellung noch gewagt wird, als ob die Beamten in bezug auf die Pflichten gegenüber dem Staate irgendwie anders dastünden als die übrigen Staatsangehörigen. Ist das nun Dummheit, oder was ist es? Demgegenüber will ich noch einmal ausdrücklich feststellen, daß die Beamten genau so viel für die allgemeinen Kosten aufbringen wie jeder andere; genau so viel. Und es kommt noch hinzu, daß kein einziger Berufsstand in bezug auf seine Einkünfte so zu kontrollieren ist wie der Beamte. Meine Damen und Herren! Ich sagte also: wir waren uns wohl bewußt, daß die Aufbringung dieser Summe für den Staat eine erhebliche Last bedeutet. Und wenn ich als Mitglied der Nationalversammlung eine solche Forderung unterstütze, dann habe ich natürlich auch die Pflicht, mich darüber zu besinnen, woher das Geld zu nehmen ist. Und ich weiß wohl, woher es zu nehmen ist. Wenn wir nur einmal wirklich energische Maßnahmen treffen wollten, die Gewinne, die während des Krieges erzielt worden sind, entweder ganz weg zu steuern oder doch zum erheblichen Teil, dann hätten wir noch viel mehr Geld, als hierzu nötig ist. Die Kriegsgewinnsteuer hat in den Jahren 1915, 1916 und 1917 70 Millionen eingebracht, im Jahre 1918 30 Millionen. (Wenhold: Reichsfrage!) — Zurufe: Wo? Hier in Bremen?) Es steht nicht ausdrücklich in den Angaben, (Stürmische Heiterkeit) die mir soeben übergeben sind. Wenn das ein Irrtum sein sollte, dann kann er schon berichtigt werden. Ich komme schon mit anderen Zahlen. Das war ein sehr geringer Steuersatz, der dem zugrunde lag, und es waren auch noch namhafte Summen freigelassen. Und was für ungeheure Gewinne müssen heute noch unerfaßt sein, wo die Steuern allein in die vielen Millionen hinein gehen. Aber schon, lassen wir das weg, wenn es falsch ist, das schadet nichts. Lassen Sie uns nur die Einkommensteuer nehmen. Wir haben hier die Steuersätze gestaffelt bis 200 000 M., dann hört es auf. Was darüber ist, auch wenn es in die Millionen geht, wird zu demselben Satz besteuert wie 200 000 M. Da könnten wir also doch bis zu einer gewissen Höhe die Einkommen überhaupt wegsteuern, und ich sehe nicht ein, warum man nicht alles, was über eine Einkommensgrenze von einer Viertelmillion hinausgeht — mit einer Viertelmillion sollte man in Bremen doch wirklich sein Auskommen haben — wegsteuert. (Professor Diez: Dann gehen die Leute nach Oldenburg!) Wir können eine solche Maßnahme natürlich hier nicht allein durchführen, sie muß allgemein getroffen werden. Ich bin fest überzeugt: die Verhältnisse werden auch die übrigen

Staaten zwingen, derartige Maßnahmen in Bälde zu treffen, wenn sie nicht noch weiter gehen. Meine Damen und Herren! Machen wir das doch einmal auch, dann haben wir mehr Geld, als für den vorliegenden Zweck nötig ist. (Peine: Aber wir haben es doch noch nicht!) Dann lassen Sie uns doch derartige Beschlüsse fassen.

Präsident: Es ist nicht angängig, daß hier eine Unterhaltung zwischen dem Redner und den übrigen Herren der Nationalversammlung stattfindet. Ich möchte um Ruhe bitten.

Lüdeling (fortfahrend): Ich meine, es wäre nicht unmöglich, auch aus anderen Steuern mehr herauszuholen. Ich denke da beispielsweise auch an die Erbschaftsteuer. Und dann möchte ich noch bezüglich der Einkommensteuer sagen: Stellen Sie 20 Steuerbeamte mehr an, damit die Arbeiten recht gründlich erledigt, damit die Untersuchungen recht gründlich geführt werden können! Das macht sich fünfzigfach bezahlt. Es sind doch noch mehr Quellen da, aus denen die Summen zu bekommen wären, deren Bewilligung ganz notwendig ist. Die Notwendigkeit werden selbst die Herren von der Rechten zugeben. Darum sollten wir dafür sorgen, daß die vorhandenen Quellen auch rechtzeitig geöffnet werden. In den letzten Jahren sind Milliarden über Milliarden bewilligt für die Vernichtung. Hier handelt es sich nicht um eine Bewilligung zur Vernichtung, sondern um eine Bewilligung dafür, den Aufbau des Staates in der Zukunft wieder zu ermöglichen. Da sollten die Bedenken doch nicht so groß sein. Entschiedenste Verwahrung muß ich dagegen einlegen, daß die Höhe dieser Summe eine unbescheidene genannt werden könnte, und ebenso entschieden Verwahrung dagegen, daß die Festsetzung dieser Summe von parteipolitischen Rücksichten beeinflusst gewesen wäre. (Beifall links.)

Senator Dr. Donandt: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag Wahnschaffe-Karrenberg enthält ein Blankett. Er macht keine näheren Angaben über die einmalige und die Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen. Deshalb ist es sehr schwer, zu sagen, welche finanziellen Wirkungen sich daraus ergeben werden. Der Antrag will den Senat ersuchen, dieses Blankett auszufüllen. Von anderer Seite ist der Antrag gestellt, die Angelegenheit an die bestehende Kommission zu verweisen. Die Nationalversammlung wird zu beschließen haben, welcher Weg gegangen werden soll. Ich meinerseits würde den Weg der Prüfung in einer Kommission für zweckmäßiger halten. (Zuruf: 14 Tage Bericht!) Herr Lüdeling hat in seinen Ausführungen gestreift, was neulich in einer Versammlung der Beamten beschlossen worden ist. Er hat das aber nicht vollständig wiedergegeben. Er hat nur von einer einmaligen Entschuldungszulage, oder wie es heute heißt, einer einmaligen Teuerungszulage von 1000 M.

gesprochen. Es ist in jener Versammlung auch beschloffen worden, daß laufende Teuerungszulagen in Höhe der Hamburger Sätze gewährt werden sollen. Das gibt ja eine Grundlage zur Beurteilung der finanziellen Folgen, die ich im Weiteren benutzen will.

Präsident: Herr Senatskommissar! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß der Ergänzungsantrag Wahnschaffe-Karrenberg auch von Teuerungszulagen unter Zugrundelegung der Hamburger Sätze spricht.

Senator Dr. Donandt: Danke schön! Meine Damen und Herren! Nach dem Budgetvoranschlag, wie er Ihnen mitgeteilt worden ist, haben wir mit einem Fehlbetrage von 26 600 000 M. zu rechnen. Bei den Verhandlungen der Budgetkommission hat sich das Merkwürdige ergeben, daß nach meiner Erfahrung noch nie vorgekommen ist, daß dieser Fehlbetrag, statt herabgemindert zu werden, wesentlich angewachsen ist. Es sind nach Einreichung des Budgets neue Ausgaben hinzugekommen und es sind Einnahmen weggefallen, die mit in das Budget eingestellt waren. Hinzugekommen sind in der Hauptsache folgende Ausgaben: Das Budget des Bürgeramts ist infolge der Aufwandserschädigung an die Mitglieder der Nationalversammlung für drei Viertel Jahr um 260 000 M. erhöht worden. Dann beantragt die Schuldeputation — die Mitteilung ist Ihnen, glaube ich, noch nicht zugegangen, steht aber in unmittelbarer Aussicht — das Schulgeld an den entgeltlichen Volksschulen aufzuheben und die Lieferung unentgeltlicher Lehrmittel einzuführen. Das macht einen Ausfall von 450 000 M. Bei der näheren Prüfung des Budgets für Häfen und Eisenbahnen hat sich ergeben, daß die Einnahmen um eine Million 800 000 M. zu hoch, die Ausgaben um 1 100 000 M. zu niedrig veranschlagt worden sind. Daraus ergibt sich, daß der Fehlbetrag um 3 610 000 M. zunehmen, also auf über 30 000 000 M. angewachsen wird. Die Deckung dieses Fehlbetrages bereitet große Schwierigkeiten. Wir sind dabei auf die Einkommen- und die Vermögenssteuer angewiesen. Die Einkommensteuer, das möchte ich Herrn Lüdeking gegenüber bemerken, ist schon seit Beginn des Krieges nicht bei der Progression bis 200 000 M. stehen geblieben, sondern es sind während des Krieges progressiv gestaffelte Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben worden, die unbegrenzt weiter steigen. Also dieses Hilfsmittel, das uns Herr Lüdeking zur Verfügung stellen will, haben wir schon ausgenutzt. Die progressiv gestaffelten Zuschläge werden in diesem Jahre einen Ertrag von 20 Millionen ergeben. Das reicht aber nicht zur Deckung des Fehlbetrages. Es werden hinzukommen progressiv gestaffelte Zuschläge zur Vermögenssteuer, die einen Ertrag von 5—6 000 000 ergeben werden. Damit werden wir den Fehlbetrag decken, denn nach den bisherigen Erfahrungen ist zu erwarten, daß das endgültige Ergebnis des Staatshaushalts am Schlusse des Jahres um einige

Millionen günstiger sein wird, als nach dem Anschlage anzunehmen ist.

Wenn nun eine einmalige Teuerungszulage an jeden Beamten und an jeden Angestellten in Höhe von 1000 M. beschloffen werden sollte, und wenn ferner beschloffen werden sollte, die laufenden Teuerungszulagen auf die Hamburger Sätze zu erhöhen, so würde sich daraus folgendes ergeben: Wir haben in Bremen nach Schätzung der Generalkasse etwa 4200 Beamte und 2200 jahrgeldberechtigte Angestellte. Dazu kommen die auf Privatvertrag Angestellten mit etwa 3—4000. Wir können also damit rechnen, daß für rund 10 000 Beamte und Angestellte eine Zulage von 1000 M. bewilligt werden müßte. Das wären 10 000 000 M. Die Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen auf die Hamburger Sätze bedeutet einen Mehraufwand von etwa 9 000 000 M. Dazu kommt die Rückwirkung dieser Bestimmung auf die Pensionäre und die Rentempfänger, die bekanntlich nach den bisherigen Bestimmungen bis zu 50 Prozent der Teuerungszulagen der Beamten und Angestellten erhalten. Wir kommen auf diese Weise zu einem Mehrbedarf von 24 000 000 Mark. Damit wird natürlich nicht Halt zu machen sein, sondern, wenn den Beamten eine derartige außerordentliche Steigerung der Zulage bewilligt wird, dann werden auch die Staatsarbeiter kommen. (Auf links: Selbstverständlich!) Die letzte Lohnerhöhung, die im Dezember vorigen Jahres eingetreten ist, hat den Staat belastet mit über 8 000 000 M. (Hört, hört!) Wenn also den Staatsarbeitern neben der Lohnerhöhung eine entsprechende Teuerungszulage bewilligt würde, so würden wir insgesamt auf einen Betrag kommen, der dem ganzen Fehlbetrag, den wir zu decken haben, gleichkommt. Diesen Mehrbedarf auf laufende Mittel zu nehmen, ist vollkommen ausgeschlossen und zwar aus steuerpolitischen Gründen. Wir dürfen in unserm engbegrenzten Staatsgebiet mit unseren Steuern nicht weit über das hinausgehen, was in unseren Nachbarstaaten, namentlich in den für uns in Betracht kommenden Staaten Preußen, Oldenburg und Hamburg erhoben wird. Eine Kriegsgewinnsteuer dürfen wir für Bremen nicht erheben, das ist eine Domäne des Reiches. Die Erbschaftsteuer können wir nicht steigern, weil wir sie erst vor kurzem mit Rücksicht auf die Besitzsteuer haben ermäßigen müssen und an die jetzigen Sätze gebunden sind. Außerdem wird die Erbschaftsteuer als bremische Steuer nur noch ein kurzes Leben haben.

Nun könnte man sagen, wenn ihr diese Ausgaben nicht aus laufenden Mitteln decken könnt, dann nehmt sie doch auf Anleihe. Leider ist dieser Weg unmöglich. Das hieße einen Wechsel auf die Zukunft ziehen, den die Zukunft wahrscheinlich nicht mehr einlösen kann. Unsere Staatsschuld belief sich am 1. Mai 1919 auf 501 906 500 M. gegen 319 954 300 M. am 1. August 1914. Sie ist also in dieser Zeit um 181 952 200 M. gestiegen. Von dieser enormen Steigerung entfallen auf

Vorschüsse an das Reich für Familienunterstützung, an die Stadtgemeinden Bremerhaven und Begelesd usw. etwa 40 000 000 M. Für werbende Anlagen — Häfen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk — sind 28 572 000 Mark ausgegeben, so daß für unproduktive Ausgaben, die wir während des Krieges haben machen müssen, ein Mehraufwand von 112 668 200 M. übrig bleibt. Das ist eine sehr bedenkliche Verschlechterung unserer Finanzlage. Die bremische Finanzwirtschaft hat von jeher den Grundsatz befolgt, daß Anleihen nur aufgenommen werden dürfen für werbende Anlagen. Diesen Grundsatz hat die bremische Finanzverwaltung im Frieden mit derartigem Erfolge durchgeführt, daß im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, unsere ganze Zinsenlast gedeckt worden ist aus den Zinseinnahmen des Staates, und aus den Reinerträgen der werbenden Anlagen, wie Häfen und Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerken, Ratskeller, Schiffsabgaben usw. Die Zinsenlast betrug im Jahre 1913 10 545 000 M., der Ertrag aus den werbenden Anlagen belief sich auf 10 555 000 M., ging also über die Zinsenlast noch etwas hinaus. Wie sehen die Dinge nun im Jahre 1919 aus? Der Ertrag aus den werbenden Anlagen ist zurückgegangen von 10 555 000 M. auf 2 807 000 M. (Hört, hört!) die Zinsenlast dagegen gewachsen von 10 569 000 auf 19 465 000 M. Ungedeckt bleiben also 16 657 000 M., die nun dem allgemeinen Haushalt zur Last fallen. Nun, meine Damen und Herren, ist ja zu hoffen, daß die ungünstige Gestaltung der Einnahmen aus den werbenden Anlagen mit der Zeit, wenn erst Schifffahrt und Handel wieder in Gang sind, sich bessern wird. Ich hoffe auch, daß durch Ermäßigung der Lebensmittelpreise und der Teuerung der allgemeinen Lebenshaltung sich mit der Zeit auch ein Abbau der Teuerungszulagen und der Löhne ermöglichen lassen wird. (Oho!) Wenn diese Hoffnung nicht wäre, würde ich unsere Lage als nahezu verzweifelt ansehen. (Zuruf links: Der Bankrott ist nahe! — Garves: Daran sind Sie auf der Linken schuld!) Den Ausdruck würde ich nicht gebrauchen, denn ich hoffe immer noch, daß Bremen, das alte, ehrenhafte Bremen (Bravo! Gelächter links.) vor diesem schrecklichen Ende bewahrt bleiben wird. (Zurufe. — Präsident: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.) Nun ist aber auf der andern Seite doch nicht zu vergessen, daß die Anleihen im Jahre 1919 noch zunehmen werden. Die Zunahme der Anleihe-schuld im Jahre 1919 ist auf 80 bis 100 Millionen zu veranschlagen. (Hört, hört!) Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Steuerkraft der bremischen Bevölkerung durch das Reich in einem ganz enormen Maße in Anspruch genommen werden wird. Ich erwähnte schon, daß die Erbschaftsteuer als bremische Steuer nicht mehr lange bestehen bleiben wird. Ein Entwurf, der die Erbschaftsteuer dem Reiche zuweist, liegt bereits vor. Das würde für Bremen nach dem Ertrage der Erbschaftsteuer im letzten Jahre einen Ausfall von 3 Millionen Mark bedeuten. Dabei wird das Reich aber nicht halt

machen, sondern es wird auch sonst scharf in unsere Finanzquellen eingreifen, nämlich in die Einkommen- und in die Vermögenssteuer. Wir werden die äußerste Mühe haben, unser Budget in Zukunft auch nur einigermaßen in Ordnung zu halten. Ich meine, die Beamten hätten allen Anlaß, diese unzweifelhafte Entwicklung der Dinge genau zu verfolgen. Die Beamten sind mit dem Staate auf Gedeih und Verderb verbunden. (Sehr gut!) Wenn der Staat durch zu hohe Ausgaben erdrotselt wird, dann werden die Beamten zumeist darunter zu leiden haben.

Ich habe ein sehr trübes Bild unserer Finanzlage entrollen müssen. Die Lage ist geeignet, uns mit schwerer Sorge in die Zukunft sehen zu lassen. Einigkeit und Pflichttreue in harter Arbeit, das ist das einzige, was uns noch retten kann. (Sehr richtig!) Wenn diese Erkenntnis nicht bald in allen Köpfen dämmert und zur Tat wird, dann kann nichts mehr den bergab rasenden Wagen aufhalten, dann ist das Chaos da und die Vernichtung; die Vernichtung nicht nur für Bremen, sondern für das ganze Reich, und die Vernichtung nicht nur für die, die sich mit aller Kraft bemühen, das Staatswesen in Ordnung zu halten, sondern auch für die, die am liebsten alles in Trümmer schlagen möchten (Huhu!), in der eiteln Hoffnung, daß auf den Ruinen ihr Weizen blühen werde. (Lachen links.) Wenn das Dach, unter dem wir wohnen, zusammenbricht, dann sind wir alle unter ihm begraben! (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Zur Aufklärung des Tatsächlichen

Lüdekking (M. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zahl von 70 Millionen, die ich vorhin nannte und die ich als Kriegsgewinnsteuer für die Jahre 1915, 1916 und 1917 bezeichnete, und die 30 Millionen für das Jahr 1918 stellen das dar, was in Bremen an solchen Kriegsgewinnsteuern in diesen Jahren aufgebracht worden ist. Die Summen sind ja allerdings zum Teil an das Reich gegangen, aber sie sind in Bremen aufgebracht. Diese ungeheuren Gewinne sind also in Bremen gemacht worden.

Bürgermeister Deichmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Laufe der Aussprache sind Anklagen erhoben worden gegen die Regierung, die meines Erachtens durchaus nicht berechtigt sind. An einer Stelle ist gesagt worden, die Regierung lehne es ab, mit den Beamten zu verhandeln. Ich weiß nicht, woher man die Courage nimmt, eine solche Behauptung aufzustellen. Solange es eine provisorische Regierung gab und solange es eine vorläufige Regierung gibt, ist jeder in der Regierung bereit gewesen, in eine solche Besprechung mit den Beamten, im besondern aber auch mit den Beamtenausschüssen einzutreten. Dieser Vorwurf ist also durchaus nicht gerechtfertigt. (Bußmann: Darin liegt Methode!) Im Zusammenhang hiermit ist dann gesagt worden, daß mit den Vertretern des Beamtenrats oder des Beamtenausschusses vereinbart worden

sei, mit ihnen in Verhandlungen zu treten, wenn vom 1. April d. J. an neugeordnete Teuerungszulagen bewilligt werden sollten. Diese Darstellung ist auch nicht richtig. Ausgemacht worden ist in diesen Verhandlungen, als es sich darum drehte, erhöhte Teuerungszulagen für die Monate Februar und März zu bewilligen, daß vom 1. April an, wenn die Angelegenheit der Teuerungszulagen im Reiche geregelt sei, diese Teuerungszulagen dann entsprechend auch für die bremischen Beamten und Angestellten in Geltung zu bringen. Diese Abmachungen sind getroffen, und daher bedürfte es eigentlich einer längeren Auseinandersetzung darüber durchaus nicht mehr. Also auch selbst wenn man auf diese Vorgänge hinweist, muß ich sagen, daß die erhobenen Anklagen durchaus nicht zu Recht bestehen. An einer andern Stelle ist dann gesagt worden, daß die Regierung in der Behandlung der Beamten bezüglich ihrer Einkünfte manches versäumt habe. Auch das ist nicht richtig. Man kann nicht davon reden, daß die Regierung auf diesem Gebiet irgend wie etwas verabsäumt hätte. Wie lagen denn eigentlich die Dinge? Diesen Anklagen gegenüber stelle ich die Behauptung auf, daß angesichts der Finanzlage die Regierung oder die Regierungen — provisorische Regierung und vorläufige Regierung — alles getan haben, was sie auf diesem Gebiet tun konnten. (Zuruf: Erst für sich gesorgt!) Auf den Zwischenruf gehe ich nicht ein, jetzt nicht; vielleicht bei einer andern Gelegenheit, wo man sich dann ausgiebiger auch auf diesem Gebiet eine Auseinandersetzung leisten kann. Wie lagen die Dinge? Abgesehen von den früheren einmaligen Teuerungszulagen galt im Januar d. J. unter der Regierung des Rates der Volksbeauftragten eine Teuerungszulage im Höchstfalle von 65 M für Verheiratete und eine Kinderzulage von 25 M im Monat. Die Verhandlungen, die ich geführt habe, haben denn dazu geführt, daß für Februar und März die Teuerungszulagen erhöht worden sind für diese Gruppe auf 215 M, und außerdem wurde gezahlt die alte Kinderzulage in Höhe von 25 M, dazu noch eine Kinderzulage von 30 M im Monat. Vom 1. April an galten dann andere Teuerungszulagenätze, entsprechend denen im Reiche. Und zwar sind die Teuerungszulagen festgelegt in Höhe von 180 M, 170 M und 160 M und eine Kinderzulage von 40 M pro Monat. Man kann also durchaus nicht sagen, daß in der Zeit vom Februar bis heute die Regierung nichts getan hätte, noch etwas versäumt hätte auf diesem Gebiete. Ich betone ausdrücklich, es ist alles getan, was in den Kräften der Regierung lag angesichts der finanziellen Lage. Im übrigen erkläre ich, daß ich die Lage vieler Beamten gar nicht als rosig betrachte. Angesichts der Preise für den Lebensbedarf brauchen auch sie eine höhere Einnahme. Dasselbe gilt aber auch für diejenigen anderen Gruppen der Bevölkerung, die, wenn solche Zulagen, wie gefordert, gezahlt werden sollen, das aus ihrem kargen Einkommen mit aufbringen müssen. Das müssen wir in Rechnung stellen, daß viele, viele, die durchaus gar

nicht besser leben, als die kleinen und mittleren Beamten, dann in irgend einer Weise bis zu einer gewissen Grenze herangezogen werden müssen, will man den gestellten Wünschen einigermaßen Rechnung tragen. Bei dieser neuen Forderung vertrete ich die Anschauung, daß geholfen werden sollte, sofern die Möglichkeit dafür vorliegt, denn ein solches Entgegenkommen liegt im politischen Interesse. Aber die Antragsteller selbst müssen mit der Regierung die Anschauung vertreten, daß erst die finanzielle Frage gelöst werden muß, will man den Wünschen entgegenkommen. Es müssen der Regierung erst die nötigen Mittel an die Hand gegeben werden. Ich möchte Sie bitten, diese Angelegenheit in der bezeichneten Kommission eingehend zu besprechen und den Versuch zu machen, wenn irgendwie die Möglichkeit geschaffen werden kann, den allgemeinen Wünschen Rechnung zu tragen. Ventiliert muß auch die Frage werden, ob es richtig ist, wie der Antrag es will, die Frage generell behandelt werden kann, oder ob es nicht besser ist, Staffellungen zu schaffen oder Gruppen herauszuheben, die besonders zu leiden haben, um so einigermaßen etwas Brauchbares für die gesamte Beamenschaft zustande zu bringen. (Lebhaftes Bravo!)

F a u t h (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren: Ich glaube nicht nötig zu haben, noch lange Ausführungen zu machen; mein Parteifreund Wahnschaffe hat das schon in genügender Weise getan. (Zuruf: Auch Heinzler und Deichmann!) Ebenso Heinzler. Wir haben in früherer Zeit Anträge gestellt in bezug darauf, daß die Beamtengehälter erhöht werden sollten, schon zu der Zeit, als es noch keine U. S. gab. Das war zu einer Zeit, wo die Beamten noch nicht in der Weise, wie zu erwarten gewesen wäre, sich der Sozialdemokratie angeschlossen hatten. Aber trotzdem haben wir uns schon damals für verpflichtet gehalten, im Interesse der Beamten und der Gesamtheit für eine bessere Bezahlung der Beamten zu sorgen. Wenn weiter von Seiten der U. S. der jetzigen Regierung der Vorwurf gemacht wird, sie hätte nicht verstanden, den Wucher einzudämmen, so möchte ich daran erinnern, daß auch der Rat der Volksbeauftragten (Zuruf: Sie machen es sich sehr leicht!) es nicht verstanden hat, den Wucher einzudämmen, im Gegenteil, mit der Wucherei ist es damals schlimmer gewesen, als jetzt, und es könnte vielleicht der Beweis erbracht werden, daß auch einige von den U. S. mit gewuchert haben. (Lachen links.) Beweise? (Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Meine Damen und Herren! Wenn von den U. S. heute für die Beamten so sehr das warme Herz gezeigt wird, so ist das ja erfreulich, wir wünschten aber, daß sie in anderen Fällen auch ein so warmes Herz für Beamte gehabt hätten. Ich möchte aber feststellen, daß die U. S. und die Kommunisten die Bitten der Gewerkschaftsbeamten auf Gehaltserhöhung abgelehnt haben, trotzdem sich diese Beamten in einer Gehaltsstufe befunden haben, die denen der untersten Beamten ähnlich sieht. Trotzdem

haben sie das abgelehnt. (Zuruf von links: Beweisen Sie es doch!) Der Beweis dafür ist leicht zu erbringen, da meine eigene Person davon betroffen worden ist, (Lachen links) aber auch verschiedene andere Kollegen. Die Gehaltsverhältnisse dieser Beamten waren derart, daß sie unbedingt eine Zulage haben mußten. Trotzdem wurde das Gesuch abgelehnt von Ihrer Seite. Die bremischen Beamten können daraus den Schluß ziehen, was die U. S. und die Kommunisten mit ihnen anfangen, wenn sie am Ruder sind, wenn die Beamten ihnen nicht zu Willen sind. Sie würden dann auch nicht vor Maßregelungen zurückschrecken. (Bußmann (M.-S.): Sehr richtig! Vogel-sfriß-oder-stirb-Politik!) Wenn Hagedorn behauptet hat, daß die Regierung mit den Beamten nicht habe verhandeln wollen, so ist das ja schon vom Regierungstisch in gebührender Weise zurückgewiesen worden. Ich möchte nur noch hinzufügen, daß Herr Hagedorn diesmal auch recht spät aufgestanden ist. Er hat ja schon manches verschlafen, wie auch andere seiner Parteifreunde. Wenn weiter darauf verwiesen ist, daß die Kommission wegen Prüfung der Beamtengehälter nicht in der richtigen Weise vorgehe, nicht das tue, was im Interesse der Beamten notwendig ist, so bedauern wir, wenn das so wäre, aber vielleicht liegt das daran, daß die Herren von der U. S. in der Kommission nicht mitarbeiten. (Sehr gut!)

Weiter ist von Herrn Hagedorn gesagt worden, daß die laufenden Teuerungszulagen an Beamte, die Gehälter von über 8000 M beziehen, nicht gezahlt werden sollten. Dieser Standpunkt könnte ja annehmbar erscheinen. Aber es gibt auch Leute, die über 8000 M beziehen, wo es trotzdem die Gerechtigkeit erfordert, daß auch sie eine Teuerungszulage erhalten. Ich will nicht sagen, daß sie die Teuerungszulage in derselben Höhe erhalten müssen, wie die niedrig bezahlten Beamten. So etwas kann nicht so ohne weiteres vom grünen Tisch bestimmt, sondern das muß in einer Kommission gründlich besehen werden. Und darum sind wir dafür, daß die ganze Materie der Kommission wegen der Beamtengehälter überwiesen wird. Von Herrn Hagedorn oder einem andern der U. S. ist diese Kommission eine Beerdigungskommission genannt. (Zuruf links: Sehr gut!) Wenn man aber noch von einer Beerdigungskommission sprechen kann, trotzdem beantragt ist, daß diese Kommission innerhalb 14 Tagen berichten soll, so ist das einfach Demagogie. (Sehr richtig!)

Dann noch etwas anderes. Unserem Freunde Wahnschaffe ist zum Vorwurf gemacht, daß er gesagt habe, in der Beamtenversammlung am Sonntag wäre Politik getrieben, von Politik wäre dort aber garnicht die Rede gewesen. Ach, meine Damen und Herren, es braucht in einer Versammlung gar nicht besonders über Politik gesprochen zu werden, und trotzdem kann da Politik getrieben werden. (Sehr richtig!) Das ist der Fall, wenn von einigen Leuten Forderungen gestellt werden, die nicht erfüllt werden können. Ganz deut-

lich geht das aber aus einer Einwendung hervor, die in der Arbeiter-Zeitung über jene Versammlung erschienen ist, wo ein Herr W., jedenfalls ein Beamter, der in der Bewegung ziemlich im Vordergrund steht, gegen die M.-S. Vorwürfe erhebt und sagt, daß die Beamten allein ihr Heil zu suchen hätten bei den U. S. Das ist doch nichts anderes, als in demagogischer Weise Politik treiben. In solcher Weise sollte man nicht Politik treiben, weil man selbst nicht dafür sorgen kann, daß der Blankowechsel eingelöst wird, die Forderungen, die eine Partei stellt, erfüllt werden. Denn das wissen die Herren ganz genau, daß das nicht eingelöst werden kann. (Lüdekking: Das ist in der Versammlung nicht gesagt worden!) Nein, es ist aber in der Zeitung geschrieben von einem Beamten. Und wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dünnen werden? (Weiterkeit.)

Herr Lüdekking sagte, daß die Anregung zu den Teuerungszulagen nicht von den U. S. ausgegangen sei. Gut, wir wollen das glauben. Die Beamten wissen also jetzt, daß die U. S. das nicht gewollt haben, daß sie den Beamten nicht haben helfen wollen. Das wollen wir festnageln. (Ruf: Das ist Demagogie!)

Wir sind selbstverständlich nicht dafür, daß jedem Beamten unbezogen 1000 M als Teuerungszulage ausbezahlt werden, weil wir einsehen, daß diejenigen, die ein hohes Gehalt beziehen, nicht in Schulden geraten sind, sie brauchen also keine Entschuldungssumme. Darum sind wir gerade dafür, daß eine gewisse Spezialisierung vorgenommen werde, daß untersucht werde, welche Beamten eine Entschuldungssumme und in welcher Höhe erhalten müssen, und das geht nicht anders, kann nicht anders gemacht werden als in einer Kommission.

Meine Damen und Herren! Die Zahlen, die hier vom Regierungstisch aus gegeben sind, sprechen eine deutliche Sprache, und sie werden schwer zu widerlegen sein. Es geht daraus hervor, daß unsere Finanzlage eine sehr mißliche ist und wir darauf Rücksicht nehmen müssen. Darum erkläre ich, daß meine Partei den Beamten entgegenkommen will, soweit es nur irgend möglich ist, soweit es sich mit den Staatsfinanzen verträgt, aber darüber hinaus können wir selbstverständlich nicht gehen. Darüber hinaus könnten auch die U. S. nicht gehen, wenn sie selbst die Regierungsgeschäfte führten. Wir können nicht sagen, wie Herr Winkler, der vermutlich der Artikelschreiber in der Arbeiter-Zeitung ist: Was kümmert uns die Deckungsfrage? Das geht nicht. Wir halten es für richtig, daß für Deckung gesorgt werden muß. Wir wollen den Beamten so weit wie möglich entgegenkommen. Die Zahlen, die uns vorgelegt worden sind, zeigen deutlich, daß es nicht anders geht, als daß wir uns wirtschaftlich wieder hoch bringen müssen. Sie sehen daraus, was es auf sich hat, wenn ganz unerfüllbare Forderungen gestellt und gutgeheißen werden. (Zuruf.) Wie man solchen Zwischenruf machen

kann, so ist das — nun, ich will den Ausdruck nicht gebrauchen, aber einen so gewöhnlichen Ausdruck wie diesen habe ich noch nicht gehört. Auf die Staatsfinanzen muß Rücksicht genommen werden. Die Staatsfinanzen dürfen nicht zugrunde gerichtet werden, der Handel und das gesamte Erwerbsleben muß wieder in Fluß gebracht werden. Wird alles zugrunde gerichtet, dann kann aus den Ruinen kein neues Leben erblühen. (Beifall.)

Achelis (L.-V.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Fall der 75 Millionen Kriegssteuern hat sich ja aufgeklärt. Ich muß allerdings meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß eine derartige Summe in die Versammlung hinein geworfen wird, nachdem vorher von Herrn Lüdeking erklärt worden ist, daß die Sache sorgfältig geprüft worden sei, wie die Deckung für die verlangte Summe beschafft werden könne. Diese Prüfung ist also ohne Zweifel nicht so gründlich gewesen, wie es notwendig gewesen wäre. Meine Damen und Herren! Auf diese 70 Millionen ist schon mehrfach hingewiesen worden, und ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ohne Zweifel hiervon und zwar nicht nur durch die letzten Jahre, außerordentlich viel wieder abgegangen ist durch natürliche Verluste anstelle von Gewinnen, so daß von dieser Summe der Kriegsgewinne wohl sehr viel abgezogen werden kann, auch infolge der bereits erhobenen und der noch kommenden Steuern, so daß deshalb wenig nennenswertes davon übrig bleiben wird. Diese Summen können jedenfalls nicht herangezogen werden, um augenblickliche Außenstände noch damit zu decken. Es ist angeführt worden von der linken Seite des Hauses, daß der Antrag auf Berücksichtigung der Beamten usw. angenommen werden würde mit Ausnahme der Rechte, und daß die bisherige Praxis ergeben habe, daß die Rechte es immer hintertrieben habe, wenn den Beamten eine Aufbesserung hätte möglich gemacht werden sollen. Diese Behauptung weise ich als durchaus unrichtig zurück, sie entbehrt jeglicher Begründung sowohl in bezug auf die augenblicklichen Verhältnisse, wie sie in der früheren Bürgerschaft bestanden. Es ist auch in der Bürgerschaft behauptet worden, daß die frühere Bürgerschaft die Angelegenheiten der Beamten gewissermaßen verächtlich oder als minderwertig behandelt habe. (Schmidt: Kennen Sie Wuppesahl?) Aus meinen besonderen Erfahrungen muß ich jedenfalls für die zweite Klasse der früheren Bürgerschaft sagen, daß die zweite Klasse der Bürgerschaft ein ebenso warmes Herz für die Beamten gehabt hat wie Sie, daß sie besonders in vertraulichen Sitzungen der Bürgerschaft für die Beamten durchaus warm eingetreten ist. (Schmidt: Sie kennen Wuppesahl nicht!) Allerdings haben wir nicht außer Acht gelassen, daß bei allen Bewilligungen die Frage der Deckung berücksichtigt werden muß, und da können wir nur voll beistimmen dem, was vom Regierungstisch mitgeteilt worden ist. Meine Damen und

Herren! Wenn wir die Forderungen bewilligen wollen, wie sie in der Sonntagsversammlung der Beamten gestellt worden sind, so würde sich nach meiner Rechnung das Budget der Beamtengehälter des bremischen Staates auf etwa 50 Millionen Mark stellen gegenüber einer Summe von 12 Millionen in Friedensjahren. Die Ausführungen des Herrn Senators Donandt haben den Herren schon gezeigt, in einer welch außerordentlich betrübenden Lage sich Bremens Verhältnisse befinden. Und aus meiner eigenen Kenntnis — die Sie ja gering einschätzen mögen — kann ich Ihnen sagen, daß die Hoffnung, die von Herrn Senator Donandt ausgesprochen ist, daß bei Wiederaufnahme von Handel und Verkehr dann eine wesentliche Besserung in Bremen eintreten würde, leider nur in sehr geringem Maße von mir geteilt wird, um so mehr, wenn das Wahrheit werden sollte, was jetzt von der Reichsregierung geplant wird, nämlich die berückichtigte Planwirtschaft des Herrn v. Möllendorff. (Sehr richtig!) Dann wird es mit unserm Handel hier in Bremen wohl so ziemlich vorbei sein. Wenn Sie derartig große Summen bewilligen wollen, dann ist es notwendig, daß Deckung geschaffen wird, und die kann nur durch Belastung des Handels, der Schifffahrt, des ganzen Gewerbes, des Verkehrswezens eintreten, denn der übermäßigen Belastung des Einkommens sind bestimmte Grenzen gezogen. Wenn wir die Einnahmen nun durch Besteuerung unserer Verkehrsanlagen zu erreichen suchen, z. B. durch höhere Tarifierung der Hafenabgaben, so würde die Folge sein, daß wir nicht mehr eine Mehreinnahme, sondern eine Mindereinnahme haben, denn dann würden die Schiffe gar nicht mehr nach Bremen kommen. Und wenn die Herren sehen, welche Anstrengungen gemacht werden von feindlicher und neutraler Seite, wie Belgien und Holland sich bemühen, die ganze Schifffahrt Europas an sich zu ziehen, wie Belgien bestrebt ist, durch einen großen Kanal von Antwerpen zum Rhein sich die deutsche Ausfuhr tributpflichtig zu machen, dann werden Sie sehen, daß es dann in sehr kurzer Zeit dahin kommen kann, daß Bremen zu einer toten Stadt wird. Und dann ist auch das Budget, wie es vor uns liegt, hier in Bremen nicht mehr zu halten, und wenn dann noch derart stärkere Belastungen kommen sollten, so wird jeder, der überhaupt noch in der Lage ist, Handel und Schifffahrt zu treiben, aus reinem Selbsterhaltungstrieb sich genötigt sehen, seine Hütten hier abzubauen und dahin zu gehen, wo bessere Verhältnisse sind. Die findet er heute schon im Westen, im Rheinlande, wo im besetzten Gebiet heute ein außerordentlich lebhafter Handel und Verkehr blüht. Und das wird weiter zunehmen. Dem Handel ist es bis zu einem gewissen Grade ziemlich gleichgültig, wo er sein Geschäft macht, ob hier an der Weser oder an der Elbe oder am Rhein. Die Rheinplätze werden in Zukunft sehr viel geeigneter sein als unsere Plätze hier. Die Nähe Hollands, die Nähe Englands und Belgiens bringt große Vorzüge für den Handel mit sich, und die Möglichkeit, dorthin abzuwan-

dern, liegt so nahe, daß man sie nicht von der Hand weisen sollte. Meine Damen und Herren! Auf diese Schwierigkeiten unserer Lage habe ich mich verpflichtet gefühlt, Sie hinzuweisen. Meine Fraktion wird dem Antrage zustimmen, wie er von Herrn Meyer gestellt worden ist, daß diese ganze Angelegenheit der Kommission zur weiteren Verhandlung überwiesen werde.

Professor Dr. Dieß (L.-B.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Ausführungen meines Parteifreundes Achelis in zwei Richtungen etwas ergänzen. Erstens möchte ich ein Wort einlegen für die Oberbeamten. Wenn von der linken Seite des Hauses beantragt wird, von den Teuerungszulagen, die eintreten sollen, die Beamten mit einem Gehalt von über 8000 M auszuschließen, so ist das nach meinem Urteil nicht gerecht und nicht billig. Denn einmal ist das Gehalt der Oberbeamten schon im Frieden nicht so bemessen gewesen, daß sie mit einer einigermaßen zahlreichen Familie ohne Sorgen hätten auskommen können, geschweige denn jetzt im Kriege. (Zuruf: 14 000 Mark!) Ich weiß jedenfalls von Fällen, wo auch Oberbeamte infolge der Teuerung in Schulden geraten sind, und es wird für diese Herren in den nächsten Jahren sehr schwer werden, so zu leben, daß sie einigermaßen wieder das zurücklegen, was sie im Kriege haben zusehen müssen. Wenn man also in dieser Weise vorgehen würde, wie es von der äußersten Linken beantragt worden ist, so wäre es ungerecht, aber auch undankbar, denn gerade die Oberbeamten haben im Kriege ein Maß von Arbeit leisten müssen, wie fast keine andere Beamtenkategorie. (Zurufe.) Meine Damen und Herren! Ob Sie mir das glauben oder nicht, das muß mich kalt lassen. Ich berufe mich auf die vorgesetzten Behörden, die genau zu beurteilen in der Lage sind, welches Maß von Arbeit die Oberbeamten im Kriege geleistet haben. (Zurufe links.) Ich glaube, Sie da drüben sind zum größten Teil nicht in der Lage, das zu beurteilen. (Zuruf links: 14 000 M!) Nun zum zweiten Punkt: Ich bin schon in der früheren Bürgerschaft dafür eingetreten, zu prüfen, ob nicht bei der Gewährung von Teuerungszulagen den Ruhegehaltsempfängern und den Witwen- und Waisengeldempfängern gegenüber eine etwas weitherzigere Auslegung des Begriffs Bedürftigkeit am Platze ist, als es bisher der Fall war. Ich möchte daher, ohne weiter auf diesen Gegenstand hier einzugehen — damals habe ich diesen Wunsch schon näher begründet —, nur den Antrag stellen, daß die Nationalversammlung beschließen möge:

Die Nationalversammlung beauftragt die Kommission wegen der Beamtengehälter, zu prüfen, ob im Falle einer Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten im Dienste auch eine Erhöhung der Bezüge der Empfänger von Ruhegehalt und Witwen- und Waisengeld einzutreten hat. Sie erwartet beschleunigte Berichterstattung.

Meine Damen und Herren! Im übrigen möchte ich zum Ausdruck bringen, daß auch viele Beamte sich den Mahnungen des Herrn Senator Donandt durchaus nicht verschließen. Wir erkennen durchaus an, daß die Finanzlage des Staates sehr schwierig ist. Und wenn sich herausstellen sollte, daß eben über ein bestimmtes Maß hinaus für die Beamten jetzt nicht gesorgt werden kann, so werden wenigstens wir uns darein zu schicken wissen. (Lachen links.)

Walسمann (L.-B.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Senatskommissars kann ich mich kurz fassen. Mein Zuruf war darauf gemünzt, daß Herr Lüdekings meinte: „Dann werden wir Beamte uns das verschaffen!“ Ja, meine Damen und Herren, wenn solche Worte fallen, dann dürfen Sie wohl versichert sein, daß sie sehr hart klingen. Denn nicht nur die Beamten sind Leidtragende, auch andere Stände sind Leidtragende. Meine Damen und Herren auf der äußersten Linken! Kennen Sie nicht die Lage der kleinen Geschäftsinhaber, die Lage der Handwerksmeister, der Händler, überhaupt des Mittelstandes? Wir dürfen ruhig sagen, daß unter den Verhältnissen, wie sie sich in der Kriegszeit entwickelt haben, sogar die Beamten sich noch wesentlich besser gestanden haben als der Mittelstand. Der Beamte hat doch wenigstens sein Geld immer pünktlich empfangen, der Mittelstand aber nicht. (Zuruf links: Da müssen Sie nicht rechts bleiben, sondern zu uns kommen!) Das sind Auffassungen, die wirtschaftlicher Natur sind, die politischen Auffassungen sind andere. Wenn Sie nicht unterscheiden können zwischen wirtschaftlicher Lage und politischen Verhältnissen, dann sind Sie noch nicht reif, hier das Wort zu nehmen. (Sehr gut!) Meine Damen und Herren! Die Beamten können nicht leugnen, daß auch auf dieser Seite ein warmes Herz für diejenigen schlägt, die materiell bedürftig sind. Diese Bedürftigkeit kann man nun aber nicht ohne weiteres ausdehnen auch auf alle Teile der Beamtenschaft, auch wenn sie über 8000 M verdienen. Für die Beamtenschaft wissen wir, was nötig ist, wir wissen aber auch, was für andere Stände nötig ist. Und wenn Sie so nach der Schilderung der Verhältnisse, wie sie der Herr Senatskommissar hier vorgetragen hat, recht und vorurteilsfrei handeln wollen, dann können Sie dem Antrage, der hier von Herrn Meyer gestellt ist, Ihre Stimme nicht versagen. Und aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, diesem Antrage zuzustimmen. Ich habe des weiteren bei dieser Gelegenheit die Bitte einzuflechten, daß nun, wo die Beamten sich des Vorteils der achtstündigen Arbeitszeit erfreuen, sie durch vermehrte und intensivere Arbeit bemüht sein werden, dem Staate wieder auf die Beine zu helfen, genau so wie die sogenannten freien Berufe darauf angewiesen sind, in der achtstündigen Arbeitszeit, die sie jetzt haben, durch intensivere Arbeit die Ausfälle dieser verkürzten Arbeitszeit wieder auszugleichen. Ich kann aus innerstem

Herzen sagen für alle, die wir auf der Rechten sitzen, daß wir ein volles Verständnis für die Not der Beamten haben. Ich möchte Sie aber bitten, daß wir alle miteinander zusammengehen, damit wir die traurige Zeit, die wir vor uns haben, überwinden.

Präsident: Der Zusatzantrag Dieß lautet:

Die Nationalversammlung beauftragt die Kommission wegen der Beamtengehälter, zu prüfen, ob im Falle einer Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten im Dienste auch eine Erhöhung der Bezüge der Empfänger von Ruhegehalt und Witwen- und Waisengeld einzutreten hat. Sie erwartet beschleunigte Berichterstattung.

Wenhold (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was zunächst den Antrag Dieß anlangt, so kann ich für meine Fraktion erklären, daß wir dem Antrage zustimmen werden.

Im übrigen hat die heutige Verhandlung den offensichtlichen Zweck, einmal alle diejenigen Fragen klarzulegen, die für die Beurteilung der Beamtengehälter von Bedeutung sind. Auf einige Gesichtspunkte möchte ich daher noch eingehen.

Als ich am Montag in der Presse die Ausführungen in der Beamtenversammlung am Sonntag las, habe ich mich gefragt, ob nicht einer der sogenannten Führer der Beamten es für notwendig gehalten und den Mut gehabt hat, aufzustehen und die Beamten auf die Konsequenzen hinzuweisen, die aus einer solchen Entschliebung entstehen können. (Sehr richtig!) Ferner möchte ich darauf hinweisen, was für einen außerordentlich schlechten Eindruck es auf die gesamte Bevölkerung machen mußte, daß ausgerechnet an demselben Tage, an dem die Nationalversammlung in Weimar den schmählichen Frieden zu schließen gezwungen wurde, der uns auch wirtschaftlich völlig erledigt, die bremischen Beamten Forderungen anmelden, die unser Budget mit 24 Millionen neu belasten würden. Ich möchte dabei ausdrücklich betonen, daß ich genau weiß, daß bei weitem nicht alle Kreise der Beamtschaft hinter dieser Entschliebung stehen, viele mit uns dafür eintreten, daß ihnen nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeit geholfen werde. Aber ich muß mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß die verantwortlichen Führer der Beamten in dieser Weise ihre Forderungen gestellt haben. (Sehr richtig!) Wenn Herr Lüdeking erklärt, daß er sich selbstverständlich über die Konsequenzen der Entschliebung Gedanken gemacht habe, daß er auch über die Deckung dieser Ausgaben nachgedacht habe, so muß ich nach seinen heutigen Ausführungen doch sagen, daß diese Gedanken wohl nur recht kurz und wenig tiefgründig gewesen sind: er hat uns gesagt, daß ihm eben ein Zettel überreicht worden sei, den er vorgelesen hat, der einen Vorschlag zur Deckung macht und Zahlen anführt, die für die bremischen Steuermaßnahmen nicht greifbar sind. Von einem Führer der Beamtschaft hätte man

erwarten sollen, daß er die Sache eingehend und genau prüft, daß er nicht nur ein Sprachrohr der Beamten sein will, sondern ein wirklicher Führer der Beamten, der ihnen auch sagt, wohin der Weg führt, den sie mit solchen Entschliebungen gehen, (Sehr gut! — Unruhe links.) der ihnen zugerufen hätte: Mit einer solchen Entschliebung geht ihr zu weit. (Lebhafte Zurufe von links.) Wenn die berufenen Führer der Beamten den Mut und das Pflichtgefühl nicht haben, so müssen die Vertreter des Volkes diesen Mut und dieses Pflichtgefühl zeigen. Es muß den Beamten klar gemacht werden: Nicht diejenigen sind die Freunde der Beamten, die mit solchen Forderungen hausieren gehen, deren Erfüllung eine Unmöglichkeit ist, sondern diejenigen sind die wahren Freunde der Beamten, die ihnen sagen, daß ihre Forderungen im Interesse der Gesamtheit und mit Rücksicht auf die Staatsnotwendigkeiten nicht erfüllt werden können, daß sie in ihrer finanziellen Belastung abgeschwächt werden müssen. Darum ist die Verweisung des Antrages an eine Kommission der richtige Weg. Diese Verweisung bedeutet nicht, wie ein Redner sagte, ein Begräbnis des Antrages. In dem Antrage wird ja ausdrücklich gesagt, daß die Kommission innerhalb 14 Tagen zu berichten hat. Die Kommission hätte schon jetzt viel Arbeit für die Beamten leisten können, wenn nicht ihr Führer Lüdeking, der Vorsitzende der Kommission, aus Parteirücksichten ausgeschieden und die Kommission dadurch kopflos geworden wäre. Die Beamten können schon daraus ersehen, wo ihre wahren Freunde sind und wie es mit dem Pflichtgefühl der „Führer“ bestellt ist. (Unruhe links.)

Wir haben den Antrag auf Kommissionsberatung gestellt, damit in der Kommission genau abgemägt werde, in welcher Weise bei der Gewährung der Zulagen in Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse der Beamtschaft eine Abstufung zu erfolgen hat. Gleichzeitig sind wir als Regierungsparteien verpflichtet, dem Hause keine Ausgaben vorzuschlagen, ohne zugleich für ihre Deckung zu sorgen. Deshalb ist es Aufgabe der Kommission, nicht nur die Höhe der Ausgaben festzustellen, sondern gleichzeitig darüber zu beraten, wie die Ausgaben gedeckt werden sollen. Von allen Seiten wird Geld verlangt. Dabei muß bedacht werden, daß ein großer Teil unserer Finanzquellen für Bremen versiegen. Ich bitte auch nicht zu vergessen, daß das Reich in finanzieller Hinsicht große Aufgaben zu erfüllen hat, daß das Reich zur Deckung des Reichshaushalts jährlich 23 Milliarden mehr aufzubringen hat. Weiter ist zu bedenken, was das Reich gegenüber der Entente in den nächsten Jahren zu leisten hat, wobei offen gelassen werden soll, ob es dazu in der Lage ist: es handelt sich um annähernd 300 Milliarden und vielleicht noch darüber. Und alles das in einer Zeit des tiefsten wirtschaftlichen Niederganges! Da ist es notwendig, da erfordert es unser Pflichtgefühl, neue Forderungen sorgfältig zu prüfen, zu prüfen, wie es möglich ist, den Staat aufrecht und lebensfähig zu erhalten. (Zuruf von links: Das hat-

ten Sie früher bedenken sollen!) Das ist von unserer Partei stets bedacht worden. (Zuruf von links: Sie wollen ja noch keinen Frieden!) Wenn Sie das behaupten, so zeigen Sie hier die gleiche politische Unkenntnis, wie auch auf anderen Gebieten. Wir kommen darauf zurück.

Mit dem Antrage auf Kommissionsberatung ist der einzig mögliche Weg gegeben, der beschritten werden kann. Alle diejenigen, die wahre Freunde der Beamten sind und es mit ihren Pflichten als Volksvertreter ernst meinen, werden ihn mit uns gehen. Deswegen stimmen Sie für unseren Antrag auf Kommissionsberatung. (Lebhafter Beifall.)

Schmidt (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige kurze Ausführungen. Ich möchte zunächst der Versammlung sagen, daß das hohe Lied, welches Herr Senator Donandt der Beamtenschaft gesungen hat, eine alte Melodie ist, die die Beamtenschaft sehr gut kennt. Dieselben Gründe, die Herr Senator Donandt gegen die Forderung der Beamtenschaft geltend macht, sind von ihm schon bei der Gehaltsregulierung im Jahre 1912 geltend gemacht worden. Es sind dadurch auch die Verhältnisse geschaffen worden, unter denen die Beamtenschaft leidet, denn, daß sie auch heute noch leidet, kann Herr Senator Donandt nicht bezweifeln, der sicher nicht zu der Klasse der Niedrigstbesoldeten gehört. Wenn die Beamtenschaft solche Bezüge bekäme wie Herr Direktor Meyer, dann würde sie wahrhaftig nicht mit derartigen Forderungen kommen. Über den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Deichmann muß ich einiges hinzufügen. Ich gehöre dem Ausschuß an, der einige Male mit der provisorischen und auch einmal mit der vorläufigen Regierung verhandelt hat. Die andern Beamten, die mit mir bei Herrn Bürgermeister Deichmann und bei der provisorischen Regierung Deichmann und Dammer gewesen sind, die werden mir zu geben müssen, daß Herr Deichmann uns zugesagt hat, daß man, bevor die Sätze, die am 1. April vom Reich eingeführt werden, für Bremen gezahlt werden, mit der Beamtenschaft verhandeln wolle. Dies ist nicht geschehen. Aus diesem Anlaß heraus sind ja auch die Teuerungszulagen in Bremen nicht so gezahlt worden, wie das Reich sie zahlt. Die Beamtenschaft hätte gern Anlaß genommen, die Auffassung der bremischen Regierung zu korrigieren, daß sie auch nun wirklich die Sätze bekommen hätte, die vom Reich bezahlt werden. Die bremische Beamtenschaft hat außerdem verschiedentlich den Wunsch ausgedrückt, in die Servisklasse A hineinzukommen, das ist ein Wunsch, der auch von der Beamtenschaft des Reiches und Preußens immer vertreten worden ist. Die Beamtenschaft hat dies nicht durchsetzen können. Bisher hat der Ausschuß der Nationalversammlung sich auf den Standpunkt der Beamtenschaft gestellt, daß Bremen zur Servisklasse A gehört, es ist aber nicht zu erlangen gewesen, daß die Regierung

veranlaßt ist, nun tatsächlich die Beträge auszahlen zu lassen. Herr Achelis hat hier von dem warmen Herzen erzählt, daß die Rechte, vor allen Dingen die II. Klasse der alten Bürgerschaft, für die Beamtenschaft gehabt habe. Von diesem warmen Herzen hat keiner weniger zu spüren bekommen, als die Beamtenschaft selbst, und vor allen Dingen die unteren und mittleren Beamten. Wenn meine Fraktion dem Antrag des Herrn Direktor Meyer nicht zustimmt, so aus dem Grunde, weil sie der Meinung ist, die Beamtenschaft soll durch ihre Vertreter mitbestimmend sein auf die Höhe der Sätze, und auch auf die Auszahlung der Sätze. Das ist, wenn dieser Antrag an die Kommission überwiesen wird, nicht möglich, weil diejenigen, die jetzt in der Kommission sitzen, das Vertrauen der Beamtenschaft nicht haben. (Lachen. Zuruf: Warum seid ihr denn ausgetreten?) Keiner der Beamten, die mit der Vertrauensstellung in diesem Sinne befaßt sind, darf von sich behaupten, einen großen Teil der Beamtenschaft zu vertreten. Aus dem Grunde wird meine Fraktion die Kommissionsberatung ablehnen, und ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrage meiner Fraktion zu, die den Senat ersucht, im Benehmen mit der Vertretung der Beamtenschaft das Erforderliche umgehend zu veranlassen, daß die Auszahlungen beschleunigt werden und die Sätze ab 1. Juli in Kraft treten.

Bürgermeister Deichmann: Herr Schmidt hat soeben den Versuch gemacht, meine Ausführungen zu entkräften. Wer dabei genau zugehört hat, wird gefunden haben, daß ihm das nicht geglückt ist und auch nicht glücken konnte. Er hat gesagt, ich hätte die Zusage gegeben, daß erneut verhandelt werden solle. So liegen die Dinge nicht. Ausgemacht ist, daß vom 1. April dieses Jahres an dann als Teuerungszulage für Bremen gelten sollte, was für das Reich festgesetzt würde. Während der Zeit nun, bis zum 1. April, sind wiederholt Beamte und Vertreter der Beamten bei mir gewesen, und wiederholt habe ich mit ihnen verhandelt und auseinandergesetzt, wie die Dinge liegen. Stets habe ich auf den 1. April verwiesen und erklärt, daß, sofern bis zum 1. April nichts vom Reiche zustande gekommen sei, dann mit Bestimmtheit damit zu rechnen wäre, daß jene Sätze gelten sollten, wie sie im Februar und März Geltung hatten. Auch im Gegensatz zu seinem Herrn Kollegen, der gelegentlich ebenfalls die Behauptung aufgestellt hat, die Regierung hätte mit den Beamten überhaupt nicht verhandelt, betone ich, daß laufend mit ihnen verhandelt worden ist. Die Ausführungen des Herrn Schmidt beweisen dies zur Genüge, obwohl er das Gegenteil beweisen wollte. Von Seiten der Regierung wurde getan, was getan werden konnte. Das Reich hat 3 Gruppen geschaffen, darunter eine sogenannte teure Ortsklasse. Wir hätten ja nun schließlich Bremen zu den sonstigen Orten zählen können, da ja Bremen in Servisklasse A überhaupt nicht steht. Wir haben dann aber die Ortsklasse gewählt,

worin Orte rangieren, die als teuer bezeichnet werden, und daher sind die folgenden Sätze bewilligt worden: bei Gehältern bis 1800 M 180 M im Monat, von mehr als 1800 bis 4800 M 170 M, von mehr als 4800 bis 13 000 M 160 M, und dazu allgemein eine Kinderzulage in Höhe von 40 M. Ich wiederhole: der Versuch, den Herr Schmidt unternommen hat, der Regierung eins auszuwischen, ist vorbeigeglückt.

Lüdekning (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst der Behauptung oder Vermutung — zuerst war es Vermutung, dann Behauptung — des Herrn Fauth gegenüber erklären, daß der von ihm angeführte Zeitungsartikel nicht von Herrn Winkler stammt. Von wem er ist, weiß ich nicht, von Winkler jedenfalls nicht. (Zurufe.) Weil ich darüber unterrichtet bin, daß Herr Winkler ihn nicht geschrieben hat, halte ich es für meine Pflicht, das auszusprechen. Dann hat sich eine ganze Reihe von Rednern, voran Herr Wenhold, mit meiner Person und namentlich mit mir als Vorsitzenden des Ortskartells beschäftigt und geglaubt, mir Ratschläge erteilen zu müssen. Ich will mich über diese Ratschläge nicht weiter äußern. Sie sind wahrscheinlich ja auch mehr an die Adresse der Beamtenschaft als an mich gerichtet, um der Beamtenschaft einmal ein Licht darüber aufzustecken, was Geistes Kind ich eigentlich bin. Ich erwarte getrost das Urteil der Beamtenschaft darüber. Aber ich kann nicht umhin, wenn man mir den Vorwurf machen will, ich sei etwas leicht über die Frage der Aufbringung der nötigen Gelder hinweggegangen, doch noch einmal wieder auf die ungeheuren Summen hinzuweisen, die in Bremen vorhanden sind, und es gibt jedenfalls Wege, diese Summen zu erfassen. Herr Bürgermeister Donandt hat ausgeführt, daß der Fehlbetrag von etwa 30 Millionen dadurch gedeckt werden könne, daß man die Einkommensteuer und die Vermögenssteuer erhöhe. Man würde also die von uns geforderten Zulagen für die Beamtenschaft dadurch aufbringen können, daß man diese Zuschläge noch einmal erhöhe. (Gelächter. Zurufe. — Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Meine Damen und Herren! Darüber lachen Sie. Da sehen wir, wie ungeheuer weit wir in dieser Ansicht auseinander gehen. (Wenhold: Welches Verständnis Sie haben!) Einen andern Weg zu dem Ziel weiß ich auch nicht, als daß man die Summen da nimmt, wo sie sind. Man nehme sie dort, wo die großen Einkommen sind. Solange es in Bremen noch Leute gibt, die ein jährliches Einkommen von 7 Millionen haben (Widerspruch. Lachen.) . . . Ja, die gibt es, darüber bin ich genau unterrichtet. Solange es die gibt, sollte es nicht schwer sein, die hier geforderte Summe zu beschaffen. Steuern Sie doch einmal diese Millionen weg, dann haben Sie mehr Geld als hier nötig ist. Aber solche Ratschläge lachen Sie aus, und deshalb können wir uns natürlich niemals verständigen, woher die Mittel zu nehmen sind. Ich betone nochmals: ich will durchaus nicht, daß mit

diesen Ausgaben etwa die Arbeiter oder kleinen Gewerbetreibenden und Handwerksmeister belastet werden sollen, nein, man sollte das Geld von denen nehmen, die jene 70 Millionen Gewinne gehabt haben und im letzten Jahre noch 30 Millionen, so daß also von einem Rückgang noch nichts zu bemerken ist. Das ist doch eine Quelle, an die man nur energisch heranzugehen braucht.

Fiedermann (M. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegt der Antrag vor, diesen Antrag der Kommission für Beamtengehälter zu überweisen. Es ist nun von anderer Seite behauptet worden, das sei eine Begräbniskommission. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß, wenn diese Kommission als Begräbniskommission bezeichnet wird, daß die Vertreter der U. S. die Totengräber der Beamtengehälterforderungen sind, weil sie der Kommission fernbleiben. Denn diese Kommission hat schon 3 Sitzungen gehabt, aber sie hat ihre Arbeiten nicht vollenden können, weil die Vertreter der U. S. sich ferngehalten haben. Wenn also die Beamten ihre Forderungen nicht durchsetzen können, dann wissen sie, woran es liegt. Wenn dann Herr Schmidt meint, daß die Beamten kein Vertrauen zu dieser Kommission hätten, dann besagt er damit doch nur, daß Sie das Vertrauen selbst untergraben haben. Ich möchte dies nur feststellen gegenüber den demagogischen Mitteln, die man anzuwenden beliebt.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind die Herren Schmidt und Klawitter. (Unterstützt.) Wünscht jemand das Wort über den Schluß? Das ist nicht der Fall.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Wahnjaffe (M. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In meinen Schlusss Ausführungen kann ich mich kurz fassen, indem ich namens des Teils der Beamtenschaft, der mir sein Vertrauen schenkt, den Dank zum Ausdruck bringe dafür, daß alle Teile dieses hohen Hauses der Auffassung, daß den Beamten geholfen werden muß, zugestimmt haben. Ich erfülle damit eine ganz selbstverständliche Pflicht. Ich habe aber, trotzdem ich mich kurz fassen will, manche der Ausführungen, die hier gemacht worden sind, unter die Lupe zu nehmen, und zwar in erster Linie muß ich auf die Ausführungen des Herrn Hagedorn antworten, die sich zu einem Teil auf persönlichem Gebiet bewegten. Ich bin nun kein Freund persönlicher Anzäpfungen, im Gegenteil, ich halte solche der hohen Würde dieses Hauses durchaus nicht für angemessen. Aber immerhin muß ich Herrn Hagedorn in einigen Punkten entgegen treten. Er hat der Auffassung Ausdruck gegeben, daß ich die Absicht gehabt hätte, die Casino-Verammlung der Beamten illusorisch zu machen, ich hätte mich als Wettläufer hingestellt, des weiteren hätte ich versucht, in Gemeinschaft mit den Demokraten die Beamten zu schä-

digen und die Beamten durch meinen Antrag der Regierung recht gefügig zu machen. Alle diese Unterstellungen muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Ich kann versichern, daß das, was ich für die Beamten-schaft getan habe, dem Willen entsprungen ist, der Beamten-schaft unbedingt zu helfen; andere Absichten habe ich dabei nicht gehabt, das brauche ich wohl nicht besonders zu betonen. Ich habe auch durchaus keine Knechtung der Beamten im Auge gehabt, wenn ich ihnen empfahl, sie möchten sich dem Vertrauen, welches ich in den Senat setze, anschließen. Knechtung ist überhaupt ein schlechter Ausdruck. Ich glaube, gerade auf der linken Seite sollte man doch froh darüber sein, daß wir der alten Knechtschaft entschlüpf sind. (Lachen links.) Es ist doch in Ihrem eigenen Interesse, daß die Rechte, die uns durch die Revolution gegeben sind, gewahrt werden; ich werde sie jedenfalls stets scharf verteidigen. Ich versichere Sie, in diesem Punkte stehe ich vielleicht einem großen Teil von Ihnen viel näher, als Sie glauben; lassen Sie sich das nur gesagt sein. Wir sind nicht gewillt, der alten Reaktion die Steigbügel zu halten, das sage ich nach rechts und nach links. Wir Beamten wissen wohl, was wir wollen; dabei liegt es aber in unserem Interesse, daß wir uns auf dem Boden des Erreichbaren halten, das ist immer mein Grundsatz gewesen, und ich werde ihn auch in Zukunft vertreten. Die Ausführungen von Herrn Senator Donandt werden jedenfalls denkende Menschen wohl dahin bringen, zu überlegen, ob tatsächlich Forderungen, wie sie in der Casino-Versammlung aufgestellt wurden, durchführbar sind. Es wäre gut, daß sich das alle Beamten klar machen, damit sie nachher keine Enttäuschungen erleben. Wenn gesagt worden ist, die Regierung habe jegliche Verhandlungen mit den Beamtengruppen abgelehnt, so ist das schon widerlegt worden durch die Ausführungen des Herrn Schmidt. Ich möchte aber aus persönlicher Erfahrung noch hinzufügen, daß, so oft ich als Vorsitzender eines Beamtenausschusses mit irgend einem Verlangen an die Regierung herangetreten bin, sie sofort zugestimmt hat, Verhandlungen einzuleiten. Die Regierung hat sich also dahingehenden Verpflichtungen niemals entzogen, und ich habe auch das Vertrauen zur jetzigen Regierung, ebenso wie ich es zur Regierung des Rates der Volksbeauftragten gehabt habe — ich bin seinerzeit auch bei dieser vorstellig gewesen und habe dort Verständnis für die Wünsche der Beamten gefunden —, daß sie ihren Verpflichtungen den Beamten gegenüber nachkommt. Dann hat Herr Hagedorn darauf hingewiesen, daß ein Teil der Beamten heute noch beim Herausrücken in den Gehaltsbezügen von der Gnade der Vorgesetzten abhängig sei. Das trifft nur für einen Teil der Beamten zu, und zwar auf die Schreiber bei einigen Behörden. Wir sind aber auf dem besten Wege, auch diesem Uebelstande abzuweichen. Im übrigen liegt die Gehaltsordnung hier so, daß nach dreijährigem Termin ein automatisches Herausrücken stattfindet, ohne daß dazu ein Vorgesetzter etwas tun oder

verhindern kann. Herr Hagedorn hat dann noch weitere persönliche Bemerkungen gemacht. Er hat angeführt, ich hätte durch Anwendung vieler Worte den Gimpel-sang betrieben, hätte die Beamten einfangen wollen. (Präsident: Das habe ich zurückgewiesen!) Das habe ich nicht gehört. Dann bin ich zufrieden. Aber trotzdem lasse ich mich nicht davon abhalten, auf diese Anwürfe zu erwidern: Man soll doch nicht immer von sich auf andere schließen!

Dann hat weiter Herr Schmidt es für nötig befunden, zu betonen, daß, wenn die Vorlage an die Kommission verwiesen würde, sie dort begraben sei, da die in der Kommission vertretenen Beamten nicht das Vertrauen der Beamten-schaft genöffen. Ich muß betonen, daß doch wohl eine ziemliche Portion Annäherung dazu gehört, wenn Herr Schmidt behauptet, daß die Kommission nichts zutage fördern werde, nachdem er aus ihr ausgetreten ist. Ob Herr Schmidt vielleicht glaubt, daß er allein das Vertrauen der Beamten genießt? In der Kommission sind auch jetzt noch viele, die das Vertrauen weiter Beamtenkreise genießen.

Dann wurde mir vorgeworfen, daß ich den politischen Standpunkt in diese Frage hineingebracht hätte, da doch in der Casino-Versammlung von Politik gar nicht die Rede gewesen sei. Ich sprach aber gar nicht davon, daß in der Versammlung von Politik die Rede gewesen sei. Ich war vor der Versammlung auch gar nicht der Meinung, daß da Politik getrieben werden sollte. Daß das von mir aber ein Irrtum war, haben die Versammlung betreffende Ausführungen in der vorgestrigen Arbeiter-Zeitung bewiesen. Ich muß dabei auf eine Äußerung des Herrn Wenhold zurückkommen. Herr Wenhold hat gemeint, daß in der Versammlung nicht ein einziger der führenden Beamten den Mut gehabt habe, auf die Folgen hinzuweisen, die die Forderungen, die aufgestellt wurden, im Gefolge haben könnten. Ich weiß nicht, wie Herr Wenhold zu dieser Behauptung kommt; er ist doch nicht in der Versammlung gewesen, und es ist darum unvorsichtig von ihm, eine solche Behauptung aufzustellen. Ich selbst habe die Versammlungsteilnehmer, als die bekannten Forderungen aufgestellt wurden, auf die Folgen hingewiesen, die sich aus einer etwaigen Ablehnung der durch eine Resolution festzulegenden Forderungen ergeben müßten. Ich habe den Beamten dort gesagt, wenn sie die äußersten Konsequenzen aus ihren Forderungen ziehen müßten, wenn sie, was schon in der Versammlung angedeutet sei, in den Streik eintreten wollten, sie sich doch vergewissern müßten, ob sie dabei auch die gesamte Beamten-schaft hinter sich hätten; und dieses sei meines Wissens eben nicht der Fall! Herr Wenhold, danach sprechen Sie mir wohl nicht mehr den von Ihnen vermischten Mut ab. (Wenhold: Einverstanden!) Na also.

Zum Schluß, Herr Präsident, meine Damen und Herren, noch eins. Wir Antragsteller teilen mit weiten

Kreisen des Hauses die Auffassung, daß mit Rücksicht auf unsere Finanzlage der Antrag einer eingehenden Prüfung bedarf. In Anbetracht dessen sind wir damit einverstanden, daß der Antrag an die Kommission verwiesen wird, wie es der Antrag Meyer vorschlägt, die dann auch den Antrag Diez zu prüfen haben wird. Wir stimmen dem Antrag Meyer zu unter der Voraussetzung, daß die Kommission wegen Beamtengehälter usw. spätestens innerhalb 14 Tagen hierüber berichtet, so daß die Sache so beschleunigt wird, daß die Auszahlung der Steuerzuschläge noch im Monat Juli dieses Jahres erfolgen kann. Unter dieser Voraussetzung stimmen meine Parteifreunde mit den Genossen der Demokratischen Partei dem Antrage Meyer zu. (Heiterkeit.) — Ich möchte diesen Ausdruck nicht im parteipolitischen Sinne gebraucht haben, ich wollte damit sagen „Arbeitsgenossen“ — wir haben doch eine Arbeitsgenossenschaft — ich wiederhole, mit Hilfe unserer Arbeitsgenossen, den Demokraten, werden wir den Beamten zu helfen suchen und zwar möglichst schnell zu helfen suchen. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Antrag an, wie er vorliegt im Zusammenhang mit dem Antrag Meyer und mit dem Zusatzantrag Diez.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wir müssen den Antrag teilen. Zunächst ist abzustimmen über den Zusatzantrag Hagedorn, in Reihe 4 einzufügen:

„soweit ihr Gehalt unter Einrechnung der Steuerzuschläge z. 8000 M nicht übersteigt“.

Wird dieser Antrag Hagedorn angenommen oder nicht angenommen, so wird über den Antrag Wahnschaffe-Karrenberg abgestimmt sein:

In Anbetracht der andauernden außerordentlichen Steigerung der Preise für Lebensmittel und für sonstige wirtschaftliche Bedürfnisse hält die Nationalversammlung es für dringend erforderlich, daß die Bezüge der bremischen Beamten und Angestellten durch Gewährung einer einmaligen Entschuldungssumme und Erhöhung der laufenden Steuerzuschläge unter Zugrundelegung der in Hamburg für gleiche Zwecke bestehenden Sätze alsbald mit den wirtschaftlichen Anforderungen in Übereinstimmung gebracht werden.

Ueber die Einschaltung: „unter Zugrundelegung der in Hamburg für gleiche Zwecke bestehenden Sätze“ braucht nicht besonders abgestimmt zu werden, da, wie ich vor Beginn der Debatte mitgeteilt habe, dieser Zusatz von den Antragstellern mit in den Antrag aufgenommen ist. Ist dieser erste Teil des Antrages Wahnschaffe-Karrenberg angenommen, so wird abgestimmt über den Antrag Meyer. Wird dieser angenommen, so wird abgestimmt über den Antrag Diez. Wird der Antrag Meyer abgelehnt, so ist der Antrag Diez hinfällig.

Zur Geschäftsordnung

Prof. Diez (L.-B.): Ich glaube, daß trotzdem auch dann über meinen Antrag abgestimmt werden müßte.

Präsident: In dieser Fassung nicht, dann müßte er anders gefaßt werden. Wird der Antrag Meyer abgelehnt, so ist abzustimmen über den zweiten Teil des Antrages Wahnschaffe-Karrenberg, vorher aber über den Zusatzantrag Hagedorn, anstatt „15. Juli“ „1. Juli“ zu setzen.

Der Zusatzantrag Hagedorn (Ausschluß der Gehälter von über 8000 M) wird abgelehnt.

Der erste Absatz des Antrages Wahnschaffe-Karrenberg wird angenommen.

Der Antrag Meyer wird angenommen.

Der Zusatzantrag Diez wird angenommen.

Der ganze Antrag (Antrag Wahnschaffe-Karrenberg, erster Teil, Antrag Meyer, Antrag Diez) wird angenommen.

Präsident: Damit ist der zweite Teil des Antrages Wahnschaffe-Karrenberg mit dem Antrage Hagedorn dazu erledigt.

Lüdeling (U. S.): Es müßte doch noch über den Zusatzantrag Hagedorn abgestimmt werden.

Präsident: Nein, der Antrag ist nur gestellt für den Fall, daß der zweite Teil des Antrages Wahnschaffe-Karrenberg angenommen würde.

Zur Geschäftsordnung

Hagedorn (U. S.): Ich habe den Antrag gestellt, einzufügen: „in Benehmen mit der Vertretung der Beamenschaft“. Ueber diesen Antrag müßte noch abgestimmt werden.

Präsident: Sie haben diesen Antrag ausdrücklich zum zweiten Absatz, Reihe 1, des Antrages Wahnschaffe-Karrenberg gestellt. Dieser zweite Absatz ist hinfällig geworden, darum kann auch über Ihren Zusatzantrag dazu nicht abgestimmt werden.

Außerdem haben Sie beantragt anstatt „15. Juli“ „1. Juli“ zu setzen. Dieser Antrag ist durch den Antrag Meyer erledigt.

Hoskamp (M.-S.): Zur Aufklärung des Tatsächlichen!

Präsident: Ich bedaure, dazu kann ich Ihnen das Wort nicht mehr geben.

Hoskamp: Zur Geschäftsordnung! Ich wollte darauf hinweisen, daß die Kommission verpflichtet ist, sich mit den Beamtenorganisationen ins Benehmen zu setzen.

Präsident: Um so besser.

II. Mitteilung des Senats vom 16. Juni 1919.

2. Haushaltsplan des Armenamts Bremen für das Rechnungsjahr 1919.

H o r m a n n (D.): [für die Budgetkommission]: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Budgetkommission hat sich mit dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1919 beschäftigt und hat, im allgemeinen den gestellten Anträgen zugestimmt. Sie hat allerdings einige Bemerkungen dazu zu machen. Die Steuer zur Aufbringung des Defizits ist in diesem Jahre etwas höher als im vorigen Jahre. Im Vorjahre etwas über 1 400 000 M., in diesem Jahre 1 480 000 M., das gibt zu Bemerkungen keinen Anlaß. Wir haben in der Budgetkommission uns auch mit dem Posten beschäftigt, der für Unterstützung von Haltekindern gefordert wird, und es war die Meinung bei uns vertreten, daß die Unterstützungsgelder nicht ganz den heutigen Preissteigerungen entsprechen. Es gibt eine Reihe von Städten, in denen die Unterstützungen weit höher bemessen sind als bei uns. Es muß notwendigerweise nachgeprüft werden. Wir sehen darüber Mitteilungen seitens des Armenamts entgegen. Ferner ist in der Budgetkommission besprochen worden, daß für Haltekinder, die bei Verwandten in Pflege gegeben sind, ganz geringe Pflegegelder gezahlt werden, in der Regel nicht mehr als 10 M. Meine Damen und Herren! Es ist jedenfalls berechtigt, daß man Kinder bei Verwandten unterzubringen sucht, da man von den Verwandten ein größeres Interesse an den Kindern voraussetzt, so daß sie auch auf einen Teil des Pflegegeldes verzichten. Man muß aber auch berücksichtigen, wie die Vermögenslage der Verwandten ist, und man sollte in dieser Beziehung doch nicht engherzig sein, sondern auch Verwandten von Kindern, welche dieselben in Pflege nehmen, das volle Pflegegeld zahlen. Es ist doch eine Tatsache, daß der alte Modus nicht fortgeführt werden kann. Ich hoffe, daß das Armenamt auch in dieser Beziehung zu anderen Beschlüssen kommen wird.

Dann haben wir Ausstellungen zu machen an der Aufstellung der Verwaltung auf Seite 135. Der Budgetkommission ist mitgeteilt worden, daß das Armenamt anders organisiert werden sollte. Es bestehen im Armenamt vier selbständige Abteilungen, davon sind je zwei Abteilungen je einem Bureauvorsteher unterstellt, während die beiden andern je von einem Kanzlisten geleitet werden. Es ist der Wunsch des Armenamts gewesen, vier selbständige Abteilungen unter je einem Bureauvorsteher zu schaffen. Dieser Wunsch, der bereits in der Beamtenkommission des Senats genehmigt war, ist jedoch im Plenum des Senats abgelehnt, und zwar aus Gründen, denen man sich nicht ohne weiteres verschließen kann. Man hat geglaubt, daß dann aus einer ganzen Reihe von Verwaltungen der Wunsch an die Behörden gebracht werden würde, daß auch dort neue Bureauvorsteherstellen geschaffen werden. Es ist rich-

tig, daß derartige Wünsche kommen werden, aber das kann uns doch, meine Damen und Herren, nicht veranlassen, daß man berechtigten Forderungen nicht nachkommt. Es bleibt späterhin immer zu prüfen, ob die Verhältnisse in andern Verwaltungen ebenso liegen, wie sie hier bei der Armenverwaltung liegen, und wenn das der Fall ist, dann wird die Budgetkommission immer wieder empfehlen, auch dort solche Einrichtungen zu schaffen, und zwar mit Recht. Man sollte sich also hier durch die Konsequenz nicht schrecken lassen. Es ist nicht gerade Aufgabe der Budgetkommission, einen solchen Antrag zu stellen, aber er wird von unseren Freunden in der Nationalversammlung gestellt werden. Ich habe dann darauf aufmerksam zu machen, daß der Antrag gestellt worden ist, daß acht Armenwarte angestellt werden sollen, deren Gehalt auf 2200—3700 M. bemessen werden soll. Diese Armenwarte sollen genommen werden aus den 13 Armenpflegern, die im Budget aufgeführt worden sind. Es bleiben dann 5 Armenaufseher übrig. Von diesen werden zwei infolge hohen Alters pensioniert werden, und einer wird übernommen werden vom Jugendamt als Inspektor, während zwei anderweitig vorläufig beschäftigt werden müssen. Der Budgetkommission ist zur Kunde gekommen, daß für diese Armenwarte ein höheres Gehalt beantragt war und zwar bis 3900 M. Die Budgetkommission hat sich davon überzeugt, daß es berechtigt war, diesen höheren Gehaltsjah zu wählen, weil die Arbeit dieser Armenwarte eine größere sein wird als sie bisher war, daß sie eine größere Verantwortung zu übernehmen haben werden. Und in dieser Beziehung hätten wir gern gesehen, daß nicht im Plenum des Senats eine ablehnende Antwort erfolgt wäre. Wir würden einen Antrag auf Erhöhung des Gehalts gern unterstützen. Des weiteren hat sich die Budgetkommission beschäftigt mit den neuen Botenstellen, die geschaffen werden sollen. Es werden da vier neue Stellen verlangt und zwar zwei Kassenbotenstellen, bei denen 1500—2200 M. verlangt werden, weil Kassenbotenstellen immer etwas höher besoldet worden sind als gewöhnliche Botenstellen. Die Budgetkommission ist der Ansicht gewesen, daß man solche gering besoldete Beamtenstellen überhaupt nicht mehr schaffen sollte. Das hat aber die Konsequenz, daß man auch die beiden schon bestehenden Botenstellen in die höhere Gehaltsklasse einrücken lassen muß, und auch hier würden wir Anträgen entgegensehen. Des weiteren ist bemängelt worden, daß für die Schreiberstellen zum Teil noch ein sehr geringes Gehalt ausgesetzt ist. Daran wird sich zur Zeit nichts ändern lassen. Hoffentlich wird eine generelle Erhöhung dieser niedrig besoldeten Stellen demnächst erfolgen. Im übrigen stimmen wir dem Budget des Armenamts zu.

K n i e f (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hormann hat schon viel von dem vorweg genommen, was ich sagen wollte. Ich halte es nicht für richtig, daß, wenn in der Armenpflege vier Abtei-

lungen bestehen, bei zwei Abteilungen Bureauvorsteher die Leitung haben, bei den übrigen beiden Kanzlisten. Denn wenn hier die vier Beamten die gleichen Pflichten haben, sollten sie auch die gleichen Rechte haben. Deshalb beantrage ich, anstelle der beiden Kanzlistenstellen zwei Bureauvorsteherstellen zu bewilligen. Meine Damen und Herren! Dieses Vorgehen ist nichts neues. Ich weise hin auf die Regierungskanzlei. Da haben wir seit langen Jahren vier Bureauvorsteher. Bei allen andern Behörden hat der Senat sich immer zurückgehalten. Aber ich glaube, die Nationalversammlung wird einverstanden sein, daß wir mit diesem System der verschiedenen Behandlung von Beamten, die dieselben Pflichten haben, aufhören. Wir beantragen, für die Armenwarte, für die ein Gehalt von 2200—3700 M vorsehen ist, das höhere Gehalt bis 3900 M zu bewilligen, wie es offenbar ursprünglich beabsichtigt gewesen ist. Wegen der weiteren Stellen stelle ich den Antrag, sämtliche Boten der Armenpflege in eine Klasse, von 1500—2200 M, zu bringen. Der Unterschied zwischen Klassenboten und gewöhnlichen Boten sollte meines Erachtens nicht mehr gemacht werden. Ob der eine Geld wegbringt und der andere Briefe, die Tätigkeit ist doch an sich dieselbe, und deshalb sollte man sie auch überein besolden. Die kleinen Unterschiede sollten wir beseitigen, soweit es möglich ist. Ich stelle einen entsprechenden Antrag, den ich anzunehmen bitte.

Präsident: Der Antrag Knief-Waigand lautet:

Die Nationalversammlung beschließt:

1. daß die beiden Kanzlistenstellen beim Armenamt in Bureauvorsteherstellen, Gehaltsklasse 16, 2600 bis 4700 M (5 zu 420 M) umgewandelt werden;
2. daß das Gehalt der Armenwarte gemäß Gehaltsklasse 14, 2200—3900 M (5 zu 340 M) festgesetzt wird;
3. daß das Gehalt sämtlicher Boten beim Armenamt gemäß Gehaltsklasse 5 b, 1500—2200 M (5 zu 140 M) festgesetzt wird.

Frau Jungmittag (M. S.): Herr Präsident, meine Herren und Damen! In dem Bericht des Armenamts heißt es, daß zur Zeit ein Mangel an Pflegeeltern für unsere Kinder besteht. Dieser Mangel bestünde nicht, wenn die Entlohnung besser wäre. Jetzt bekommen sie 30 M, für ältere Kinder 25 M mit Kleidung. Da ist es unter den jetzigen Verhältnissen nicht gut möglich, ein Kind heranzuziehen. Und so ein Kind sollte wohl noch ein anderes Kleidungsstück haben, als es die Armenpflege liefert, damit es nicht immer als Armentkind herumläuft. Wir haben Familien mit zwei bis drei Haltekindern. Und es sind nicht immer edle Motive, die diese Leute veranlassen, Haltekinder zu nehmen. (Sehr richtig!) Der Lebensmittelmangel spielt dabei eine große Rolle. Auch sind die Kinder eine billige Arbeitskraft. Morgens vor der Schule und wäh-

rend des ganzen Tages müssen sie die größte Hausarbeit machen, ohne Zeit für die Schularbeit zu haben. An sich ist natürlich nichts dagegen zu sagen, daß die Kinder zur Arbeit angehalten werden, aber es muß doch mit Mäßen geschehen. Wie oft wird den Kindern das Essen vorgeworfen, weil die Pflegeeltern nicht genug dafür bezahlt bekommen. Wie selten bekommen sie ein freundliches Wort zu hören, was wirklich nicht gut für die Kinder ist. Aber ich will nicht sagen, daß alle Pflegeeltern so sind. Es gibt Pflegeeltern, die es wirklich ernst mit ihren Pflichten nehmen. Wir würden mehr Menschen für dieses edle Werk finden, wenn die Bezahlung besser wäre. Ich möchte deshalb folgenden Antrag stellen und bitte, ihn anzunehmen:

Die Nationalversammlung ersucht die Direktion der bremischen Armenpflege, schleunigst Schritte einzuleiten, das Pflegegeld der Haltekinder wesentlich zu erhöhen.

Frau Scharke (M. S.): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Meine Fraktion und ich, wir sind uns darüber klar, daß für die Haltekinder und Kranken weit größere Mittel aufgewendet werden müssen als bisher. Das ist ja auch von der Vorrednerin genügend begründet worden, und ich will deshalb nicht näher darauf eingehen. Es ist von uns am 9. Mai bereits ein diesbezüglicher Dringlichkeitsantrag eingebracht worden. Wir haben derzeit die Regierung um einen Bericht ersucht, der uns aber leider bis jetzt noch nicht erstattet worden ist. Ich möchte an dieser Stelle nochmals daran erinnern. Es sind allerdings die Bezüge der von mir angeführten dringenden Fälle sofort erhöht worden. Ich bin aber augenblicklich nicht im Bilde, ob die Unterstützungen laufende sind, und ob sie ausreichend sind.

Dann hat Herr Rhein in der Sitzung angeregt, daß sich recht viele Männer und Frauen aus allen Kreisen, besonders aus den Arbeiterkreisen, zur Mitarbeit zur Verfügung stellen möchten. Es sind von unserer Partei Adressen aufgegeben worden, bisher ist aber den mir bekannten Personen noch keine Mitteilung gemacht worden. Ich weiß nicht, ob die Sache noch nicht organisiert ist. Jedenfalls möchte ich daran erinnern, daß man uns, und besonders uns Frauen nicht vergißt. Wir haben das größte Interesse daran, daß die Unterstützung der Armen rechtmäßig verteilt wird und auch, daß der Staat nicht unnütz ausgebeutet wird. Wir haben aber auch das Interesse daran, daß dem rigorosen und selbstherrlichen Verhalten vieler Armenwarte Einhalt geboten wird. Seit mehreren Jahren sind in der Armenpflege auch weibliche Kräfte angestellt. Es wird mir mitgeteilt, daß eine angestellte Schwester, die die Fürsorge für das Rote Kreuz, und zwar die Wäsche unter sich hat, einem Antragsteller, der vier Jahre im Felde war, der, wo jetzt das vierte Kind erwartet wird, vorstellig wurde, um für billiges Geld etwas Kinderwäsche zu bekommen, sagte: „Unterlagen sind doch nicht nötig,

da kann doch gut Packpapier genommen werden!" Ich möchte dieser Schwester empfehlen, sich selbst auf Packpapier zu legen. Es ist geradezu eine Brutalität diesen kleinen Würmchen gegenüber, die man doch nicht weich und warm genug betten kann, ganz abgesehen davon, daß die Infektionsgefahr doch außerordentlich groß ist. Dann heißt es im Gesetzblatt vom 3. Oktober 1918 in § 5 — der Herr Präsident wird gestatten, daß ich es vorlese —:

Den Armenpflegern, den Armenpflegerinnen und den Armenwarten liegt die unmittelbare Aufsicht über die Armen und die Fürsorge für sie ob. Sie haben deren Verhältnisse durch persönliche Untersuchungen zu ermitteln oder nachzuprüfen. Die Tätigkeit der Armenpflegerinnen beschränkt sich auf diejenigen Fälle, die ihnen mit ihrer Zustimmung von den Armenpflegern überwiesen werden.

Ich möchte fragen, ob es nötig ist, den Frauen hier eine Ausnahmestellung zu geben. Wenn man schon einmal die Frauen zu dieser ehrenamtlichen Tätigkeit heranzieht, dann soll man ihnen aber auch die gleichen Rechte einräumen wie den Männern, daß sie ihre Tätigkeit genau so selbständig ausüben können wie die Armenpfleger.

Der Voranschlag für 1919 weist für Feuerung nur 500 M auf, und es scheint noch weniger ausgegeben zu werden, denn im letzten Jahre sind nur 89,50 M dafür ausgegeben. Wenn man wirklich die Kohlenlieferung durch Geldgaben deckt, erscheint mir die Summe doch sehr gering, zumal bei den jetzigen Kohlenpreisen. Ich bitte, in Zukunft dafür eine höhere Summe einzusetzen. Demgegenüber finden wir auf der letzten Seite unter 7 die Summe von 218 000 M Zuschüsse an gemeinnützige und Wohltätigkeitsanstalten. Ich bin begierig, zu erfahren, für welche Zwecke diese 218 000 M verwandt werden. Wenn Damen und Herren der besseren Kreise Wohltätigkeitsanstalten schaffen und sich dadurch einen Namen schaffen, dann müßten sie doch auch die Gelder dafür aufbringen. Hier aber soll der Staat dafür Mittel aufwenden.

Frau Bardenheuer (M.-S.): Selten hat ein Punkt auf der Tagesordnung der alten Bürgerschaft gestanden, der das Interesse der Frauen so erweckt hat wie das Budget der Armenpflege. Fast bei keinem anderen Punkt der Tagesordnung haben wir Frauen es so schmerzlich empfunden, daß wir nur als Zuhörerinnen auf der Tribüne der Verhandlung beizuhören und nicht sagen durften, was unser Herz bewegte. Die Neuordnung der Armenpflege ist leider so ausgefallen, daß die wenigen Rechte, die wir Frauen in dieser Beziehung hatten, noch beschnitten worden sind. Frau Scharke hat schon angedeutet, daß die Frauen dadurch sehr enttäuscht worden sind, so daß sie

sich am liebsten ganz von der Armenpflege zurückziehen würden. Hoffentlich wird bei der bevorstehenden Neuordnung der Verwaltung auch eine Neuordnung des Armenwesens erfolgen, eine Neuordnung, die den neuen Geist beweist und die Frauen in ganz anderem Maße zur Mitarbeit heranzieht. Wir wissen sehr wohl, daß eine ganz gründliche Umgestaltung der Grundsätze für die Armenpflege erst möglich ist, wenn wir eine Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz haben. Es handelt sich da um ein Reichsgesetz, das hoffentlich bald einer Revision unterzogen werden wird. Auf einige Unebenheiten, die wir schon jetzt abstellen könnten, möchte ich aber doch hinweisen, indem ich die Ausführungen der Frau Scharke in einigen Punkten ergänze.

Erstens möchte ich darauf aufmerksam machen, daß im Bureau der Armenpflege keine einzige Frau angestellt ist. Die Vernehmungen, die da zu machen sind, sind manchmal derart, daß sie wirklich nicht vor Männerohren abgelegt werden können, und vor allem nicht vor den Ohren so junger Beamter, wie es hier meist der Fall ist. (Sehr richtig!) Immer wieder wird darüber geklagt, und besonders von unehelichen Müttern, die die intimsten Dinge vor der breitesten Öffentlichkeit im Bureau der Armenpflege auskehren müssen. Hierin muß unbedingt eine Aenderung eintreten. Ich stelle den Antrag:

Die Nationalversammlung hält es für durchaus notwendig, daß im Bureau der Armenpflege eine geeignete weibliche Kraft angestellt wird, der insbesondere die Vernehmungen der unehelichen Mütter übertragen werden. Sie ersucht den Senat, das Erforderliche zu veranlassen.

Auch möchte ich bitten, wenn, wie ich gehört habe, die Armenpflege das Polizeihaus verläßt, bei der neuen Einrichtung darauf Rücksicht genommen wird, daß für die Vernehmungen besondere Räume zur Verfügung stehen. Es geht nicht, daß vor den Ohren anderer intime Dinge zur Sprache gebracht werden, dadurch wird nicht nur das Schamgefühl der Frauen und Mädchen verletzt, auch das Gefühl gerade der besten Elemente, die durch die Armenpflege gehen.

Außerdem möchte ich bitten, nicht rigoros vorzugehen, wenn es sich darum handelt, Armen gewährte Beihilfen wieder zurückzufordern, wenn sich ihre Verhältnisse gebessert haben. Es sollten die Personen darüber gefragt werden, was geleistet werden kann, die die Verhältnisse des Betreffenden aus eigener Anschauung kennen, die Armenwarte und Pfleger, aber es sollte nicht am grünen Tisch entschieden werden. Die Zeit für die Vorladungen ist recht unglücklich. Sie ist von 9—2 Uhr angesetzt. Die Leute verlieren einen ganzen Arbeitstag, wenn sie der Aufforderung Folge leisten. Wenn eine Aenderung auch für die Beamten unangenehm ist, so sollte doch für diese Vernehmungen eine Zeit außerhalb der Arbeitszeit angesetzt werden.

Dann ist noch ein Wort zu sagen in Bezug auf das Abschieben nach dem Unterstützungswohnsitz. Das ist besonders hart für die Frauen und Mädchen, die vor der Entbindung stehen. Wenn man sich nicht vergewissert hat, ob der Ort, wohin man sie abschiebt, auch wirklich ihr Unterstützungswohnsitz ist, stellt sich häufig heraus, daß das nicht der Fall ist, und so sind die Frauen und Mädchen gerade in der allerschwersten Zeit der Landstraße ausgeliefert. Es ist doch besser, wenn die Armenpflege mal eine kleine Summe verausgabt an einen nicht dazu berechtigten, als daß ein Menschenleben gefährdet wird. (Sehr richtig!) Unter dem alten Regiment ist sogar die Rede davon gewesen, Vereinigungen, die es solchen Mädchen ermöglichen, noch länger in Bremen zu bleiben, als die Armenpflege anordnet, gerichtlich zu belangen. (Hört, hört!) Dann die Eilfälle. Es muß möglich sein, in Eilfällen eine Unterstützung ohne lange Feststellungen zu geben, ein Mittagessen, eine kleine Geldsumme, ein Arztbesuch. Erweist sich nachher, daß der Unterstützte hier nicht unterstützungsberechtigt war — nun, wir geben soviel Geld aus, da wird Bremen diese kleinen Summen auch noch tragen können.

Im übrigen hoffe ich, daß mit der Revision der Verwaltung auch das ganze Unterstützungsweisen einer Umwandlung unterzogen wird, die aus der Armenpflege eine Wohlfahrtspflege macht. (Beifall.)

Senator Rhein (M.-S.): Meine Damen und Herren! Ein ganzes Buttel Wünsche ist über die Armenpflege ausgeschüttet worden. Vor allem möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Haushaltsplan, wie er vorliegt, noch aus der Zeit der früheren Armenverwaltung stammt, wie schon die Unterschrift zeigt. Auch die Stellungnahme des Senats zu den einzelnen Positionen des Haushaltsplanes entstammt noch aus dieser Zeit. Viele der vorgetragenen Beschwerden werden in der nächsten Zeit ganz von selbst ihre Erledigung finden. Auf einige der vorgetragenen Wünsche aber möchte ich doch kurz eingehen.

Was die Entschädigung für die Haltekinder betrifft, so ist darüber schon in der Budgetkommission gesprochen. Die Sätze sind vor nicht langer Zeit erhöht auf Grund einer Enquete, die in einer Reihe von Städten vorgenommen war, wobei sich herausgestellt hat, daß anderswo die Sätze nicht höher sind als hier. Aber auch ich bin der Meinung, daß die Sätze nicht ausreichen. Das Hauptgewicht muß ja darauf gelegt werden, daß die Kinder gut untergebracht werden.

Hinsichtlich der Unterbringung der Kinder bei Verwandten liegt es meist so, daß es sich um Stiefeltern handelt, wenn die Frau eine zweite Ehe eingegangen ist, (Zuruf.) auch um Großeltern. Da ist es bisher usus gewesen, 10 M. zu geben, da man davon ausgegangen ist, daß diese Verwandten doch eine gewisse moralische Verpflichtung haben, für die Kinder zu sorgen. Aber ich gebe zu, daß die Vermögensverhältnisse etwas

in Berücksichtigung gezogen werden müssen und daß man da besonders der jetzigen Zeit Rechnung tragen muß. Allgemein die Sätze in die Höhe zu setzen, halte ich aber nicht für zweckmäßig, da es Stiefeltern usw. gibt, die sehr wohl in der Lage sind, ohne Unterstützung die Kinder zu unterhalten.

Was die Reorganisation der Bureautätigkeit anlangt, so war seitens der Armenpflege der Antrag gestellt, vier Bureauvorsteherstellen zu schaffen. Im Senat wurden dagegen grundsätzliche Bedenken geäußert, weil die Bewilligung dieser Posten ohne weiteres die Folge haben würde, daß bei einer großen Reihe ähnlicher Kanzleien die Schaffung von Bureauvorsteherstellen beantragt werden würde. Die Folgen davon wären für unsere Finanzlage außerordentlich ungünstig und unabsehbar gewesen. Ich muß anheim geben, ob die Nationalversammlung ihrerseits es für zweckmäßig erachtet, heute den Beschluß dennoch zu fassen, die beantragten Bureauvorsteherstellen einzurichten.

Ich bin Frau Scharke dankbar, daß sie mir Gelegenheit gegeben hat, auf die Frage der Bewilligung höherer Unterstützungssätze der Armenpflege einzugehen. Der Bericht wäre schon erstattet, er ist es nur wegen eines Irrtums noch nicht: er war an eine unrichtige Stelle gegangen. Der Bericht ist nur kurz. Er sagt, daß bestimmte Erhöhungen der Sätze nicht festgesetzt werden könnten, da feste Sätze bei der hiesigen Armenpflege nicht vorgesehen sind. Es ist aber richtig, daß bei Gewährung von Unterstützungen heute in weitherziger Weise verfahren werden müsse. Es ist auch nicht nur in den Fällen, die Frau Scharke uns unterbreitet hat, eine Erhöhung der Bezüge eingetreten, sondern darüber hinaus sind vielfach höhere Unterstützungssätze festgesetzt worden als bisher. Es wird den Verhältnissen Rechnung getragen werden müssen, aber die Sätze sollen, wie gesagt, keine festen sein. Es kann der Fall sein, daß die Leute gar keine höheren Ansprüche stellen wollen, und da ist es vom Standpunkt der Armenpflege schwer, wenn wir z. B. sagen wollten, wenn jemand 50 M. erhält: Nein, es müssen 150 M. sein, das ist unser Satz, weil ja an sich die Armenunterstützung nur eine vorübergehende sein soll und die Rückzahlung vorläufig vorgesehen ist. Die Neuorganisation der Armenpflege ist bekanntlich durch Gesetz vorgesehen. Ich habe mich dieserhalb mit den zuständigen Stellen der Arbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt. Die Zahl der Hilfsbereiten für die Tätigkeit als Armenpfleger ist heute noch nicht so groß, daß wir die Organisation darauf aufbauen konnten. Ich habe mich wiederholt mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt, um die Organisation so bald wie möglich in die Wege zu leiten. Leider ist tatsächlich durch das Gesetz den Frauen bei der Armenverwaltung eine untergeordnete Stellung angewiesen worden; es ist bestimmt worden, daß die Armenpflegerinnen nicht den Pflegern gleich stehen. Wir sind bei der Schaffung des Gesetzes mit aller Energie dagegen angegangen, das ist aber leider damals nicht

von Erfolg gewesen. Aber heute nach den Erfahrungen des Krieges ist es erst recht in keiner Weise mehr gerechtfertigt, den alten Zustand beizubehalten, es muß versucht werden, so bald wie möglich das Gesetz in dieser Richtung auszubauen, und die Nationalversammlung wird dem ja auch ohne weiteres zustimmen. Und ich möchte die Frauen dringend bitten, daß gerade sie sich besonders an den Arbeiten der Armenverwaltung beteiligen und sich nicht dadurch abschrecken lassen, daß sie hier so behandelt worden sind. Wir werden die Möglichkeit schaffen müssen, daß sie in gleicher Weise wie die Männer in der Armenpflege ihre Tätigkeit ausüben können. Was die Vernehmungen betrifft, so ist es in der Tat ein Mangel, der in den räumlichen Verhältnissen seine Ursache hat. Eine Aenderung ist aber von der Armenverwaltung bereits in Erwägung gezogen. Wir müssen ohnehin unser Domizil wechseln, und wir werden dabei darauf sehen müssen, daß wir solche Räume bekommen werden, die gestatten, daß Frauen bei diffizilen Vernehmungen für sich allein mit den einzelnen Beamten sein können. Das ist ein berechtigter Anspruch, dem wir Rechnung tragen müssen. Es ist dann gesprochen worden von selbstherrlichem und rigorosem Vorgehen der Armenwarte. Ich möchte demgegenüber die Armenwarte aber doch in Schutz nehmen. Allgemein kann man diesen Vorwurf jedenfalls nicht machen. Wenn man den Eindruck gewinnt, daß hier und dort zu scharf vorgegangen ist, so ist bei der Untersuchung der Fälle in der Regel festzustellen, daß die Schuld nicht einseitig verteilt ist, sondern daß der andere Teil den Anlaß gegeben hat. Wenn das Verhalten der Armenaufseher den Unterstützungsbedürftigen gegenüber als rigoros erschienen ist, dann hat das weniger an dem Aufseher als an der Festsetzung der Unterstützungssätze gelegen. Der Armenaufseher bildet eben das Bindeglied zwischen dem Unterstützungsuchenden und der Verwaltung, und er hat die Puffer auszuhalten. Ich glaube, daß Sie das Empfinden haben werden, daß bei Aenderung der Verhältnisse auch die Armenaufseher in der Lage sein werden, den Vorwurf zu entkräften, daß sie selbstherrlich und rigoros vorgehen, und daß sie den Beweis erbringen werden, daß sie sich dem Publikum gegenüber und besonders den Unterstützungsbedürftigen in einer Weise verhalten, wie es ihr Beruf erfordert. Selbstverständlich muß auch das Recht bestehen, gegenüber einem ungebührlichen Verhalten von Leuten, wie es ja häufig vorkommt, entsprechend aufzutreten. Nun noch ein Punkt; er betrifft die Zeiten, zu denen die Leute zur Armenpflege kommen. Das ist allerdings ein wunder Punkt, der ja mit unserer Bureauzeit zusammenhängt und auch bei anderen Büreaus in Erscheinung tritt. Wir haben jetzt die durchgehende Arbeitszeit, und sie steht natürlich oft nicht im Einklang mit den Wünschen der Unterstützungsuchenden. Man wird erwägen, ob nicht besondere Sprechstunden eingerichtet werden, vielleicht nachmittags. Wie weit das ausreichend möglich sein wird, wird die Zeit lehren müssen.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige kurze Worte, zunächst zum Haushaltsplan. Wir finden in der Vorlage Gehaltsätze von 1450—1950 M. Es ist jetzt von Herrn Knief beantragt worden, die Bureauvorsteher in die erhöhte Liste 5a hinüber zu setzen. Diesem Antrage werden wir zustimmen. Wir wollen den ganzen Haushaltsplan nicht zu Fall bringen dadurch, daß wie diese niedrigen Gehaltsätze ablehnen, wir werden uns den bestehenden Verhältnissen im Augenblick fügen. Aber wir rechnen auf eine baldige Neuordnung der Besoldung im allgemeinen. Meine Fraktion wird auch dem Antrage zustimmen, die Armenwarte in die nächst höhere Klasse zu nehmen. Wenig Interesse hat meine Fraktion für die Schaffung der weiteren Bureauvorsteherstellen, und zwar deshalb, weil diesen Herren das Vertrauen des Bureaupersonals fehlt. Diese Bureauvorsteher, die vielfach mit Günstlingen besetzt werden, bieten uns solange keine Gewähr dafür, daß sie mit fähigen Kräften besetzt werden, solange sie nach der bisherigen Uebung besetzt werden. Im übrigen möchte ich bemerken: es sind verschiedentlich Klagen geäußert über wenig soziales Verständnis der Armenpflege. Es müßte den neuen Männern des Armenamts doch viel daran liegen, die Armenwarte nach sozialen Gesichtspunkten auszuwählen und nicht wieder wahllos zu übernehmen. Bei der Anstellung dieser Beamten wie überhaupt höher besoldeter Beamten ist ja vielfach die Günstmaßgebend. Und dieser Gesichtspunkt ist ja beim Armenwesen besonders ein Gesichtspunkt, der absolut nicht der Zeit entspricht. Deshalb möchte ich auch in dieser Beziehung dem Leiter des Armenwesens empfehlen, die Armenwarte mehr nach sozialen Gesichtspunkten auszuwählen. Im übrigen wird meine Fraktion dem Antrage Bardenheuer selbstverständlich zustimmen.

Frau Koch (D.): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Als langjährige Leiterin einer Armenpflege möchte auch ich hier ein Wort sagen. Das, was von Frau Jungmittag gesagt worden ist in bezug auf das Haltekinderwesen, möchte ich doch ein wenig einschränken. Ich habe immer die Erfahrung gemacht, daß die Haltekinder ganz gut untergebracht sind. (Widerspruch links.) In langjähriger Arbeit habe ich niemals gesehen, daß die Kinder ausgenutzt worden sind, daß sie zu hart behandelt worden sind. Sie haben es oft besser, als sie es zuhause inmitten einer zahlreichen Kinderchar hätten. Aber selbstverständlich erfordert die jetzige Zeit, daß die Gehaltsätze erhöht werden. Ich muß ferner meine Freude aussprechen, daß für die Organisation der Armenpflege festere Formen in Aussicht genommen werden, und ich danke Frau Bardenheuer, daß sie Worte der Empörung gefunden hat, die uns alle erfüllt, daß vor dem Kriege diese Organisation in rückschrittlicher Weise geändert worden ist. Ich möchte daran erinnern, wie Herr Dr. Paetow sich damals dagegen erklärt hat, was uns herzlich erfreute. Diese

Umänderung, die vorgenommen wurde, stellte die Frau in ein geringeres Licht, sie gab der Frau weniger Rechte als dem Manne. Und wenn ferner gesagt wurde, daß die Frauen noch nicht aufgefordert wurden, wieder in der Armenpflege zu arbeiten, so ist das gut, denn unter den Frauen, die in der Armenpflege mitgearbeitet haben, war nur eine Meinung: „unter diesen Bedingungen werden wir nicht wieder in die Armenpflege gehen!“ Das beweist, wie notwendig es ist, daß eine Neuorganisation kommt, denn es ist notwendig, daß die Frauen mitarbeiten. Ich darf vielleicht auch daran erinnern, daß, als wir Frauen zuerst in die Arbeit eingetreten sind, wir in der Armenpflege darauf hingewirkt haben, daß der häßliche Name „Armenhaus“ in „Altenheim“ geändert wurde. Wenn wir weiter so arbeiten, werden wir für den Namen Armenpflege auch einen schöneren und würdigeren Namen finden.

Hormann (D.): Ich möchte noch eine kleine Aufklärung geben über eine Anfrage, die von Frau Scharle gestellt worden ist. Es handelt sich um Punkt 7: Zuschüsse an gemeinnützige und Wohltätigkeitsanstalten. Es handelt sich um Zuschüsse, die seitens der Armenpflege bzw. des Armenamts zu zahlen sind an gemeinnützige und Wohltätigkeitsanstalten für Pflinglinge, die von der Armenpflege dorthin geschickt werden, und für die von hier aus die Gelder zu zahlen sind. Das sind ganz beträchtliche Posten, zusammen etwa 218 000 M.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir können zunächst über die Anträge der Damen abstimmen.

Der Antrag Jungmittag wird angenommen.

Der Antrag Bardenheuer wird angenommen.

Dr. Künzler (U. S.) zur Geschäftsordnung: Wir müssen bitten, über die einzelnen Punkte des Antrages Knief besonders abzustimmen. Nach den Ausführungen des Herrn Schmidt sind wir nur für die beiden letzteren.

Der erste Punkt des Antrages Knief (Bureauvorsteherstellen) wird mit 35 gegen 34 Stimmen angenommen.

Der zweite Punkt des Antrages Knief (Gehalt der Armenwarte) wird angenommen.

Der dritte Punkt des Antrages Knief (Gehalt der Boten) wird angenommen.

Das Budget wird mit diesen Anträgen angenommen.

4. Jahresbericht des Tonnen- und Batenamts.

Der Bericht wird dankend zur Kenntnis genommen.

III. Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1919.

2. Notariatsordnung.

Präsident: Hat die Juristische Kommission eine Erklärung abzugeben?

Von der Juristischen Kommission ist niemand anwesend.

Der Antrag wird angenommen.

IV. Mitteilung des Senats vom 17. Juni.

Gewerbegericht.

Wenhold (D.): Wir möchten bitten, diesen Punkt für heute von der Tagesordnung abzuheben. Gestern abend hat eine Versammlung sämtlicher Mitglieder des Gewerbegerichts stattgefunden, und diese Versammlung hat einstimmig einen Beschluß gefaßt. Die Sitzungen der Fraktionen haben aber bereits Mittwoch stattgefunden, so daß sie noch nicht in der Lage gewesen sind, zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen. Da die Sätze rückwirkende Kraft vom 1. Januar ab haben sollen, hat es auch keinen Nachteil, wenn die Beschlußfassung acht Tage später stattfindet.

Fauth (M.-S.): Wir werden dem Vertagungsantrage zustimmen.

Präsident: Ich nehme ohne weiteres an, daß die Nationalversammlung der Vertagung zustimmt.

Ebenso ist mir mitgeteilt worden, daß die Wahlen unter V und VI der Tagesordnung noch um 8 Tage hinausgeschoben werden möchten. Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

VIII. Antrag Bahnsen-Hormann, betreffend Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes.

Die Nationalversammlung hält die Ausübung der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege durch die Polizei nicht mehr für angängig. Sie fordert die Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes, das alle Zweige der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege zusammenfaßt. Zum Zwecke der Beratung der Einzelheiten beschließt sie die Einsetzung einer 13gliedrigen Kommission.

Frau Bahnsen: Herr Präsident, meine Herren und Damen! In den letzten Jahrzehnten hat sich die Erkenntnis immer mehr Bahn gebrochen, daß jedes einzelne Menschenleben wertvoll sei und volkswirtschaftlich geradezu ein Kapital bedeutet. Aber natürlich ist nur ein gesunder, arbeitsfähiger, kräftiger Mensch eine Bereicherung des Staates, der franke, schwache dagegen nur eine Belastung für ihn. Es ist für den Staat nicht einerlei, ob ein Mensch jährlich nur 200 oder 250 oder 300 Tage arbeitsfähig ist. Folgerichtig sind daher alle Einrichtungen zum Schutz und zur Erhaltung des Lebens des einzelnen Menschen immer mehr ausgebaut

worden. Die Frauen haben auf diesem Gebiet vielleicht instinktiv seit Jahrzehnten Pionierarbeit geleistet. Sie haben durch die verschiedensten Vereine ausgedehnte Fürsorgemaßnahmen geschaffen, die, wenn die Zeit reif dafür war, vom Staat ausgebaut und pekuniär unterstützt worden sind. Ich erinnere nur an Krippen, Wöchnerinnenasyle, Mütter- und Säuglingsheime, Kinder- und Jugendhorte, Zentrale für Jugendfürsorge und ähnliches. Für alle diese Vereine, die bisher fast ausnahmslos von der privaten Wohltätigkeit geschaffen, unterstützt und erhalten wurden, hat sich namentlich während des Krieges die Notwendigkeit ergeben, daß sie wegen der Ernährungsschwierigkeiten dem Gesundheitsrat angegliedert wurden, daß sie aber auch möglichst enge Fühlung untereinander suchten, um den betreffenden Menschenkindern die beste Hilfe zuteil werden zu lassen. Ein Zusammenarbeiten mit den Behörden, die Oberaufsicht des Staates und damit seine geldliche Unterstützung ist heute notwendiger als je, denn einmal werden die Anforderungen, die an diese Anstalten gestellt werden, immer größer in Bezug auf die Anzahl der die Anstalten in Anspruch nehmenden, dann auch, weil die gesundheitlichen Anforderungen fortwährend steigen in betreff der Räume, der Heizung usw. Als Schreckgespenst aber steht an den Pforten unserer Anstalten immer die schwierigere Beschaffung der erforderlichen Geldmittel. Der Verarmung der bisher wohlhabenden Kreise steht das völlig unsoziale Verhalten der Kriegsgewinnler gegenüber, das muß einmal scharf betont werden, denn keiner von Ihnen wird davon gehört haben, daß von diesen gemeinnützigen Anstalten unterstützt worden wären. (Zuruf von links: Da laur up!) Ich will nicht weiter darauf eingehen.

Der Wunsch der Radikalen von ganz links ist ja, das Kapital ganz auszurotten und den staatlichen Zwang an die Stelle der privaten Wohltätigkeit zu setzen. Selbstverständlich können diese Anstalten nicht von der Erde verschwinden, sondern es handelt sich darum, sie mit Vorsicht zusammenzufassen unter Beibehaltung der bisherigen Tätigkeit der ehrenamtlichen Kräfte, wie es in einem Volkswohlfahrtsamt das Gegebene wäre. Ich nehme an, daß an das Volkswohlfahrtsamt auch die Schulärzte und — für die weiblichen Schulen — die Schulärztinnen angegliedert werden. Aber auch die Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege erfordern den engsten Anschluß und Zusammenhluß in einem solchen Volkswohlfahrtsamt. Ich denke da hauptsächlich an die Tuberkulosefürsorge, die Bekämpfung des Alkoholismus und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Diese drei furchtbarsten Seuchen, die am Mark unseres Volkes zehren, müssen einer ärztlichen Kontrolle unterstellt werden, wenn der Kampf dagegen überhaupt wirksam durchgeführt werden soll. Die Wissenschaft lehrt uns, daß die Geschlechtskrankheiten und der Alkoholismus am besten und wirksamsten durch Aufklärung und Heilbehandlung bekämpft werden können. Darum fordern wir, daß diese Heilbehandlung

und Aufklärung sich in gleicher Weise auf Mann und Frau erstrecken, denn die Wissenschaft, der Arzt darf und muß nur das eine Ziel verfolgen, den Ansteckungs-herd zu vernichten, gleichviel bei wem er ihn aufdeckt. Darum fordern wir nicht nur die Bekämpfung der Seuche bei dem einzelnen, sondern wir fordern, daß die besten Mittel und Wege zur Verhinderung und Verhütung eingeschlagen werden. Wir fordern, daß diese Heilbehandlung und Aufklärung nicht erst denen zuteil werde, die bereits erkrankt sind, sondern schon denen, die physisch und moralisch gefährdet sind, damit sie die Ansteckungsgefahr verstehen und diese verhütet werde.

Meine Herren und Damen! Alle Parteien dieses Hauses haben in ihr Programm den Grundsatz aufgenommen „Gleiches Recht für Mann und Frau“. Und doch ist auf dem ganzen Gebiet der sogenannten Sittlichkeit der Frau noch niemals das gleiche Recht, die gleiche Behandlung wie dem Manne, zuerkannt worden. Sie leben unter einem besonderen Recht oder besser gesagt Unrecht, unter einem erbarmungslosen Ausnahmegesetz. Nur in den nordischen Ländern sind neuerdings für die Frau bessere Rechte geschaffen. In diesem dunkelsten Gebiet der Menschheitsgeschichte gibt es eine wirkliche, eine internationale Gemeinschaft, die sich nur, aber auch nur gegen die Frau richtet. Ich verweise auf die Bestrebungen der Internationalen Föderation zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution, die nicht nur seit Jahren in diese Abgründe hineinleuchtet, sondern, soweit es in ihren Kräften stand, dafür kämpfte, um auch diesen Frauen und Mädchen wenigstens einen Schimmer ihrer Menschenrechte zu erobern. (Zuruf von links: Internationale Sozialdemokratie!) Die Sozialdemokratie hat meines Wissens an dieser Internationalen Föderation nicht mitgearbeitet. Wir haben auf diesem Gebiet in Bremen ein besonderes System, das in gesundheitlicher Hinsicht wohl vielleicht Fortschritte gegenüber den früheren Zuständen bedeutet und wenigstens den Versuch gemacht hat, den Unglücklichen menschenwürdige Zustände in den Wohnungsverhältnissen zu gewährleisten. Aber auch hier waltet die Sittenpolizei unnachsichtlich ihres Amtes, wer mit ihr in Berührung gekommen ist, ist ihr verfallen. Wir haben in Bremen allerdings auch eine Polizeiaffistentin, der die Fürsorge für die kriminellen und die bereits der Strafe ganz verfallenen weiblichen Personen obliegt. Sie hat sich auch stets der sittlich Gefährdeten so weit als möglich angenommen. Aber was will da eine einzelne Kraft bedeuten! Und sie bleibt tatsächlich als Polizeiaffistentin der Polizei unterstellt und wird in dem Sinne arbeiten müssen. Leider müssen wir heutzutage zugeben, daß die Verwahrlosung der Jugend zweifellos eine bedenkliche Höhe erlangt hat, was bei der weiblichen Jugend zu ernststen Besorgnissen Anlaß geben muß. Aber würde es denn nun nicht eine ungeheure Härte und Ungerechtigkeit bedeuten, wenn diese Mädchen und Frauen, die vielleicht erst einen Schritt vom Wege abgegangen sind, nun gleich der Sittenpoli-

zei unterstellt werden und ihnen dadurch sozusagen der Stempel des Dirnentums aufgedrückt wird, vor dem man sie doch gerade bewahren will? Wir fordern daher, daß so schnell wie möglich die polizeiliche Kontrolle im weitesten Maße durch sanitäre und Fürsorgemaßnahmen ersetzt wird, die einmal eine weitere Verbreitung der Geschlechtskrankheiten verhindern, andererseits aber auch diese Mädchen vor einem weiteren Hinabgleiten schützen, indem sie ihnen die Rückkehr in ein geordnetes Leben ermöglichen. Die Fürsorgeerziehung, wie wir sie seit einigen Jahren haben, kommt nur für diejenigen unter 18 Jahren in Betracht; sie bedeutet zudem eine so harte Maßnahme, daß man sie wirklich nur im äußersten Falle in Anspruch nehmen sollte. Wir Frauen — ich glaube, ich darf da im Namen der Frauen aller Parteien sprechen — fordern darum für unsere sittlich gefährdeten Mitschwestern, daß auch in Bremen ein Pflegeamt gegründet wird, das dann einem solchen Volkswohlfahrtsamt anzugliedern wäre. Ich möchte darauf hinweisen, daß dieses Pflegeamt eigentlich der Ausgangspunkt meines heutigen Antrages gewesen ist. Wir sind von unsern Parteifreunden aus andern Städten darauf hingewiesen worden, daß dort derartige Pflegeämter gegründet wurden. Wir haben Erhebungen angestellt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß auch hier ein solches Pflegeamt geschaffen werden müsse, dem eine oder zwei Fürsorgerinnen vorzustellen seien. Für diese Fürsorgerinnen müssen wir selbstverständlich eine entsprechende Vorbildung fordern. Es wird nicht genügen, daß sie nur ein warmes Herz für ihre Schützlinge haben und vielleicht Kenntnisse auf dem Gebiete der Kranken- und Säuglingspflege, sondern sie müssen auch sozial geschult sein und eine besondere Ausbildung als Fürsorgerinnen haben. Wir können diese Forderung um so eher aufstellen, da es in Bielefeld schon derartige Kurse für Polizeiaffistentinnen und Fürsorgerinnen gibt. Um nun diese Mädchen also sozusagen vor der Sittenpolizei zu schützen, müssen alle aufgegriffenen, alle verdächtigten, alle angezeigten Mädchen zuerst dem Pflegeamt zugeführt werden, nicht der Sittenkontrolle. Auch alle bei der Sittenpolizei einlaufenden Anzeigen müßten zuerst dem Pflegeamt überwiesen werden. Es darf nicht mehr vorkommen, wie es hier immer noch passiert ist, daß, wenn z. B. ein Mann, ein Soldat usw. anzeigt, von einem Mädchen angesteckt zu sein, diesem Mädchen oder den Eltern dieses Mädchens Beamte der Sittenpolizei ins Haus kommen und Erhebungen anstellen. Wir wissen doch, daß ein Verdacht leicht erhoben ist, daß es aber unmöglich ist, einen guten Leumund wiederherzustellen, wenn er einmal untergraben ist. Auf die weiteren Einzelheiten einer solchen Fürsorgetätigkeit — Unterbringung, Arbeitsbeschaffung, Versorgung mit der nötigsten Kleidung, Aufbringung der Kosten für die ärztliche Untersuchung — will ich hier nicht weiter eingehen. Selbstverständlich müßten einem solchen Pflegeamt alle die hierfür benötigten Mittel auch wirklich zur Verfügung

gestellt werden, so daß es die erforderlichen Maßnahmen treffen kann. Um nun ein einheitliches Zusammenarbeiten aller dieser privaten und öffentlichen Schutz- und Fürsorgebestrebungen zu ermöglichen, wünschen meine Parteifreunde, daß auch in Bremen, wie in vielen anderen Städten Deutschlands, ein Volkswohlfahrtsamt geschaffen werde, das sich eben mit allen Zweigen der öffentlichen Fürsorge und Wohlfahrt zu befassen hat. Ich glaube, daß diese kurzen Ausführungen schon dargetan haben dürften, daß es nicht angängig ist, daß ein solches Volkswohlfahrtsamt oder einzelne Zweige davon, wie es der Fall gewesen ist, der Polizei unterstellt werden, denn der Polizei liegt noch immer eine gewisse verbotende, bestrafende Tätigkeit zugrunde. Das ist doch auch in den Anschauungen des Volkes fest verankert. Kein Mensch will gern etwas mit der Polizei zu tun haben. Niemals aber kann die Polizei eine fürsorgerische, erzieherische, gesundheitliche, soziale Tätigkeit ausüben, das ist ein Widerspruch in sich selbst. Das ganze große Gebiet des Säuglingschutzes, des Schutzes der unehelichen und der ehelichen Mutter, der Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten muß einen fürsorgerischen, erzieherischen, sanitären, sozialen Charakter tragen und darf, wenn die angestrebten Ziele erreicht werden sollen, niemals mit der Polizei in Verbindung gebracht werden. Es muß eine völlige Loslösung von der Polizei, eine völlige Vermeidung aller polizeilichen Maßnahmen stattfinden. Ich bitte Sie also, diesem Antrage zuzustimmen, ein solches Volkswohlfahrtsamt hier in Bremen zu schaffen und eine dreizehngliedrige Kommission einzusetzen, um schleunigst die Einzelheiten für ein solches Volkswohlfahrtsamt zu beraten und festzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Schmidt (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag bezweckt, einen Teil der Neuordnung der bremischen Verwaltung vorweg zu nehmen. Wie Sie wissen, haben wir am 23. Mai eine Kommission gewählt mit der Aufgabe, die bremische Verwaltung neu zu ordnen. Wenn wir auch grundsätzlich der Meinung sind, daß die Verwaltung erst neu zu ordnen ist, wenn die Gestaltung der Verfassung zu übersehen ist, so haben wir damals doch dem Antrage zugestimmt und haben die Kommission wählen helfen, weil es galt, das sehr umfangreiche Material zu sammeln und zu sichten. Diese Kommission hat inzwischen ja auch schon die Zusammenlegung mehrerer Behörden beraten. Es ist ein Unterausschuß eingesetzt, der sich mit dieser Frage befaßt, und der Unterausschuß hat auch die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes schon besprochen. Die Eile, mit der man jetzt diesen Teil der Neuordnung der Verwaltung vorweg nehmen will, zeugt davon, daß man bestrebt ist, die Neuordnung der Verwaltung vor vollendete Tatsachen zu stellen, und es erscheint mir notwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade dieses dasjenige ist, für das Herr Dr. Tjaden seine ganze Kraft eingesetzt

hat. Und, meine Damen und Herren, den Bestrebungen der höheren Verwaltungsbureaucratie gegenüber bin ich äußerst mißtrauisch. Wir wissen recht gut, daß man auf der andern Seite des Hauses die Volkswohlfahrt für das öffentliche Interesse nur dann als ausschlaggebend angesehen hat, wenn es galt, daraus Nutzen zu ziehen, oder wenn es sich als bequemes Mittel für die Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes ausnützen ließ. (Unruhe rechts. Sagemeyer: So etwas darf man nicht unterstellen!) Wir wissen ganz genau, daß die Herren Beamten, sie mögen es auch mit noch so schönen Worten abstreiten, sehr gut die Konjunktur auszunutzen verstanden haben. Und um diese Bestrebungen auch jetzt nicht in den Vordergrund sich drängen zu lassen, darum lehnt meine Fraktion diesen Antrag ab, weil ja auch andererseits die Kommission wegen Neuordnung der Verwaltung dazu beauftragt ist, sich mit diesen Fragen eingehend zu befassen. Im übrigen sind wir der Meinung, daß wir zwei Kommissionen nebeneinander und durcheinander nicht brauchen, da sie die Sache an sich sicher nicht fördern würden. Ich will auf die Auffassung über die Bestrebungen der radikalen Seite, wie Frau Bahnson sagte, nicht weiter eingehen, da eine Verständigung zwischen ihr und uns ja doch nicht möglich ist. Wir wissen sehr gut, daß die Bestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung mit der sozialdemokratischen nur ganz geringe Gemeinschaft haben. Wir sind aber auch sehr wohl uns bewußt, daß nur die Abschaffung des Kapitalismus die Prostitution aus der Welt schaffen kann. Und es ist unser Bestreben, daß wir mit aller Kraft dahin kommen, daß der Kapitalismus als das Grundübel der Prostitution eben aus der Welt geschafft wird.

Vizepräsident K l e n t e: Herr Schmidt, Sie haben in Ihren Ausführungen Worte gebraucht, die dem Sinne nach einigen Herren des Hauses zum Vorwurf machen, daß sie durch derartige Anträge für sich persönlich einen Vorteil zu erlangen suchten. Ich habe diese Ausführungen zurückzuweisen.

K l e m a n n (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz der trüben Aussichten in die Zukunft, die hier heute Abend gemacht worden sind, werden wir mehr als bisher eine zielbewußte Wohlfahrtspolitik treiben müssen. Es besteht, wie Frau Bahnson ausgeführt hat, eine Reihe mehr oder minder gut arbeitender staatlicher bzw. städtischer Wohlfahrtsstellen. Ich erinnere an das Armenamt, das Jugendamt, das Medizinalamt, an das Wohnungsamt, an das Heimstättenamt usw. Daneben gibt es eine Anzahl privater Wohlfahrts-Einrichtungen. Auch an diesen wird das Wohlfahrtsamt nicht achtlos vorbeigehen können. Der Antrag redet allerdings nur von der öffentlichen Wohlfahrtspflege, aber Frau Bahnson hat in ihren Ausführungen gesagt, daß sie auch an die privaten Wohlfahrts-Einrichtungen denke. Gewiß, es ist Pflicht des Staates, eine umfassende Wohlfahrtspflege zu treiben,

und es ist das Recht jedes Staatsbürgers, Wohlfahrtspflege zu verlangen, den Gedanken der Solidarität wirklich zu sehen: einer für alle, aber auch alle für einen! Der Eintritt der Gesamtheit für jeden einzelnen in allen Lebenslagen wird immer mehr eine Lebensaufgabe der Gesellschaft und eine Sache des Staates. Die privaten Wohltätigkeitseinrichtungen entwickeln sich zu öffentlich-rechtlichen Organisationen, sie werden von der gesetzlichen Regelung erfaßt und in die öffentlich-rechtliche Verwaltung eingeführt. Die charitative Wohlfahrtspflege wird in eine soziale umgewandelt. Das ist die Entwicklung. Aber weil wir noch nicht am Ziel dieser Entwicklung stehen, können wir im Augenblick auch die privaten Wohltätigkeitsvereine nicht entbehren. Auch die bestehenden, eine freiwillige Liebestätigkeit ausübenden Organisationen arbeiten überdies bereits in Verbindung mit den Gemeinden und den Kommunalverbänden. Diese Verbindung mit den privaten Wohltätigkeitseinrichtungen sollte, wie auch Frau Bahnson es wünscht, auch das Wohlfahrtsamt pflegen. Die große Zahl der Wohlfahrts-Einrichtungen bedeutet nun eine Gefahr insofern, als diese Stellen nicht miteinander, sondern nebeneinander und ist sogar gegeneinander arbeiten, als sie das gleiche tun, ohne daß die eine Stelle von der anderen etwas weiß. Und das führt zu einer im Interesse der Allgemeinheit zu beklagenden Vergewandlung menschlicher Arbeitskraft, menschlicher Intelligenz, zu einer Vergewandlung auch von Mitteln. Es muß eine Stelle geschaffen werden, von der die gesamten Wohlfahrts-Einrichtungen einheitlich geleitet werden. Damit rede ich nicht einer bureaukratischen Zentralisation das Wort, sondern ich fordere eine Zentralisation mit einer weitgehenden Dezentralisation. Man kann auch die einzelnen Fragen nicht für sich behandeln, ohne die Gesamtheit der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Wie wollen Sie beispielsweise Jugendfürsorge treiben ohne Handinhandarbeiten mit Wohnungsfürsorge, wie wollen Sie Gesundheitspflege treiben ohne Wohnungsfürsorge, ohne Jugendfürsorge und ohne Volksaufklärung! Unsere Wohlfahrtspflege wird Stückwerk bleiben, solange wir ein Nebeneinanderarbeiten und nicht ein Miteinanderarbeiten der Wohlfahrtsstellen haben, und das erhoffen wir von dem Wohlfahrtsamt. Ein Volkswohlfahrtsamt erstreckt sich vielleicht, weil sämtliche Einrichtungen des Staates im Interesse der Gesamtheit, des Volkes, getroffen werden. Ohne der Kommission vorzugreifen, denke ich mir die Organisation so: dieses Wohlfahrtsamt bildet die Spitze, ihm unterstehen eine Reihe selbstständiger Ämter, wie ich sie vorhin schon aufgeführt habe. Die Aufgabe dieses Wohlfahrtsamts würde sein, Anregungen der einzelnen Ämter entgegenzunehmen, auszubauen, selbst solche Anregungen zu geben und allgemeine Richtlinien für die gesamte Wohlfahrtspflege festzulegen. Wenn ich eine Bitte hätte, so wäre es die, daß man dem Wohlfahrtsamt keinen städtischen Charakter

ter verleihen, sondern den Wirkungskreis auf das ganze bremische Staatsgebiet ausdehnen möge. Soviel in kurzen Worten zur Sache selbst.

Gegen die Fassung des Antrages haben wir allerdings einige Bedenken, die sich zum Teil mit denen des Herrn Schmidt decken. „Die Nationalversammlung hält die Ausführung der öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtspflege durch die Polizei für nicht mehr angängig“. Diese Begründung ist nicht stichhaltig, weil sie nicht den alleinigen, für uns maßgebenden Gesichtspunkt enthält. Nicht von der Trennung der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege von der Polizei, sondern von dem Wunsche nach einer Vereinheitlichung, der notwendigen Vereinheitlichung der gesamten Wohlfahrtspflege kommen wir dazu, dem Antrag im Kern zuzustimmen. Ob und wie weit überhaupt die Trennung der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege von der Polizei möglich ist, können wir im Augenblick nicht entscheiden. Darüber Erhebungen anzustellen, wird Sache der Kommission sein. Wir können diese Trennung nicht als begründet ansehen.

Bedenken hatten wir vor allen Dingen dagegen, die Erledigung dieser Angelegenheit einem neuen Ausschuß zu übertragen. Als ich in der vorvorigen Sitzung den Antrag auf Vertagung dieser Angelegenheit stellte, wies ich darauf hin, daß die praktische Durchführung überwiegend eine Sache der Verwaltung sei, daß das Wohlfahrtsamt eine weitgehende Vereinheitlichung der gesamten bremischen Verwaltung mit sich bringen würde. Nun haben wir einen Ausschuß, der sich mit der Vereinfachung der bremischen Verwaltung befassen soll, und so könnte allerdings die Möglichkeit eintreten, daß diese beiden Ausschüsse miteinander kollidieren. Ich fasse es allerdings nicht so auf, wie Herr Schmidt, daß die zu bildende Kommission jener bestehenden in die Arme fallen müsse. Es würde vielleicht zur Beschleunigung dienen, wenn wir diesen Ausschuß belieben und dieser Ausschuß seine Arbeiten eben jener Kommission für die Neuordnung zur Verfügung stellte. Es könnte allerdings diese Kommission so ganz selbständig nicht arbeiten, weil ja das Wohlfahrtsamt in die öffentliche Verwaltung eingefügt werden muß. Wir würden dadurch, daß wir der Kommission zustimmen, jener bereits bestehenden Kommission ein Stück Arbeit abnehmen, im Interesse beschleunigter Erledigung. Aus diesem Grunde stellen wir unsere formellen Bedenken, die wir gegen den Antrag haben, zurück, und deshalb wird unsere Fraktion für den Antrag stimmen.

Pastor Bode (L.-V.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen unserer Fraktion habe ich zu erklären, daß auch wir dem positiven Inhalt des Antrages gern und freudig zustimmen, nämlich ein eigenes Volkswohlfahrtsamt zu errichten und eine Kommission mit der Beratung darüber zu beauftragen. Wir haben allerdings gegen die Begründung des Antrages

Bedenken wie der Herr Vorredner. Auch nach unserer Ueberzeugung ist die Begründung keineswegs ausreichend. Es liegen unzweifelhaft derart viele Einzelgründe für eine solche Neugründung vor, daß ich gewünscht hätte, diese eine Begründung wäre in diesem Antrage nicht zur Sprache gekommen.

Vor allen Dingen ist es außerordentlich erfreulich, daß vorhin bereits gesagt worden ist, ohne die freie Liebestätigkeit wäre einfach nicht auszukommen. So wünschenswert die Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes ist, ohne jede derartige freiwillige Liebestätigkeit ist auch dabei nicht auszukommen. In diesem Wohlfahrtsamt müßten vielmehr paritätisch die behördlichen und staatlichen Wohlfahrts Einrichtungen, sowie aber auch diejenigen Unternehmungen, die freie Wohlfahrtspflege treiben, vertreten sein. Auf die ganze Liebestätigkeit, über die vorhin häßliche Worte gesprochen sind, will ich hier selbstverständlich nicht eingehen. Wer aber, wie ich, auf diesem Gebiete der Liebe tätig ist, weiß, welche ungeheuren Wohltaten gerade im Stillen erwiesen werden, und wie schön es ist, daß nicht alles an die Öffentlichkeit dringt, was da zum Wohl der Allgemeinheit oder des Einzelnen geschieht, wie im Stillen das Leid — nicht der Unverschämten, sondern besonders der Verschämten — gelindert wird. Es war sehr erfreulich, zu hören, daß die freie Wohltätigkeit als unbedingt notwendig angesehen wird.

Man verweist mit Recht auf die ungeheuren Kosten, die mit der vorgeschlagenen Einrichtung einer Verstaatlichung verbunden sind. Ich erinnere an die in Hamburg gemachten Erfahrungen, wo die Kinderhorte kommunalisiert werden sollten. Es handelte sich da nicht nur um einmalige bedeutende Ausgaben anlässlich der Verstaatlichung, sondern auch um die Unterhaltungskosten, die der Staat zu übernehmen hatte. Für die freie Liebestätigkeit spricht vor allem, daß zum Ausüben der Wohltätigkeit eine ungeheure Feinheit gehört, von der schon Frau Bahnsen und Frau Bardenheuer gesprochen haben, die sich gerade in solcher Liebestätigkeit bemerkbar macht, von der diese in all ihren Verzweigungen und Verwurzelungen erfasst ist. Diese Feinheiten wahrzunehmen, dazu ist nur berufen, wer sich aus freiem Herzensdrange mit Liebestätigkeit beschäftigt. Es genügt dazu nicht, daß jemand Beamter ist, es gehören dazu Persönlichkeit, Initiative, Bewegungsmöglichkeit, freie, individuelle Betätigung. Alles dieses würde fehlen, die feine, individuelle Behandlung würde nicht mehr möglich sein, wenn nur Beamtenkräfte die Arbeiten besorgen sollten. Und noch ein Drittes kommt hinzu: der sogenannten öffentlichen Wohltätigkeit haftet allemal ein gewisses Odium an. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die eine staatliche Unterstützung einfach deshalb ausschlagen, weil sie trotz ihrer großen Not sich nicht belasten wollen mit diesem der öffentlichen Wohltätigkeit anhaftenden Odium.

Gegen die private Wohltätigkeit läßt sich eines einwenden, und es wundert mich, daß diese Einwendung noch von keinem Redner erhoben ist: daß nämlich die privaten Wohltätigkeitsanstalten nicht imstande sind, die von ihnen beschäftigten Kräfte menschenwürdig zu bezahlen. Man sehe sich einmal die Besoldungsverhältnisse an! Alle aber, die einen Einblick haben, sagen, daß es bei den sonstigen hohen Verwaltungskosten nicht gut möglich ist, noch mehr in dieser Beziehung zu tun. Es könnte durch eine Kombination erreicht werden, daß die Verwaltungskosten sinken. Aus den rein privaten Wohltätigkeitsanstalten könnte ein Mittelglied geschaffen werden, ein kommunaloides Gebilde, also freie Wohltätigkeitsanstalten mit einem kommunalen Einschlag, bei denen der Staat oder die Kommune die ganzen oder einen Teil der Verwaltungskosten übernimmt, während sie sonst in ihrer Tätigkeit unbehindert bleiben.

Es ist zu bedauern, daß bisher unsere Bremer Wohltätigkeitsanstalten kein Sprachrohr bei der Regierung hatten. Wir wissen ja, daß die beiden Senatoren Hildebrandt und Jeuß auf diesem Gebiet immer sehr eifrig gearbeitet haben, aber diese beiden Vertreter des Senats stellen keine offizielle Vertretung der Wohltätigkeitsanstalten dar. Die ist eben nicht vorhanden.

Ich möchte bitten, wenn die Kommission zusammengefaßt ist, daß sie außerordentlich gründlich und umsichtig vorgeht und sich vor allem die Materialsammlung genau ansieht, die sich die Stadt Frankfurt a. M. beschafft hat. Dort hat sich als besonders sachverständig erwiesen der Professor Klumker. Man kann ihn auf diesem Gebiet als eine Autorität Deutschlands ansprechen. Es würde unratfam sein, wenn wir an den Erfahrungen, die man dort gesammelt hat, achtlos vorbeigehen wollten.

In Frankfurt kommen für die zur Besprechung stehende Einrichtung drei Faktoren in Betracht: die Regierung (das ist dort der Magistrat), das Parlament (die Stadtverordnetenversammlung) und Fachleute, also Menschen, die Erfahrungen gesammelt haben, die Menschenverstand, daneben auch ein menschlich fühlendes Herz haben und zu den Beratungen mitbringen. So wünsche ich, daß bei uns Senat, Bürgerchaft und Fachleute in diesem Wohlfahrtsamt zu gemeinsamer Arbeit zusammengebracht werden.

Aber wenn ich einen Sonderwunsch aussprechen darf, so ist es der, daß die Fachleute nicht etwa von der Regierung ernannt oder berufen oder vom Parlament hineingesandt werden, sondern daß diese Fachleute ohne behördlichen Einfluß hineingesandt werden, damit sie nicht nur als wirkliche Vertreter der Wohlfahrtsanstalten dastehen, sondern damit sie in jeder Beziehung z. B. bei gutachtlicher Tätigkeit wirklich unabhängig sind. Genau so, wie es seit langem die beiden Handelskammern und die Gewerbekammer, wie es seit kurzem auch eine Lehrer- und Beamtenkammer gibt, so würde auch eine Wohlfahrtskammer zu gründen sein, die die

Wünsche der beteiligten ohne jede behördliche Beeinflussung durch die von ihnen gewählten Fachleute geltend macht. Bei der Heranziehung der Objekte der Wohlfahrt allerdings würde Vorsicht ratsam sein. So gewiß man gegen die Heranziehung von Vertretern der Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigten keine Bedenken zu erheben brauchte, so läßt sich dieser Einzelfall der Heranziehung der Wohlfahrtsobjekte ohne Schaden nicht verallgemeinern.

Es ist nun nicht nötig, daß jede Körperschaft auf dem Gebiet der freien Liebestätigkeit ihre Vertretung innerhalb dieses Wohlfahrtsamtes hat. Dazu würde die Schaffung von Unterausschüssen durchaus ausreichen, in die hinein dann alle Körperschaften ihre Vertreter entsenden. So wird auf der einen Seite das demokratische Prinzip gewährleistet, und auf der andern Seite würde der Weg gewiesen, daß immer wieder Fachleute mitreden können und dürfen.

Wir auf der rechten Seite des Hauses sind davon überzeugt, daß man die beiden Ämter, Wohlfahrtsamt und Gesundheitsamt, von einander trennen sollte. Denn beide haben ein derartig weites Arbeitsgebiet, daß sie beide reichlich zu tun haben innerhalb ihres Wirkungsbereichs. Wenn man z. B. bedenkt, wie ungeheuer mächtig das Gebiet ist, das die Gesundheitspflege umfaßt, so wird man mir zugeben, daß dieses Gesundheitsamt völlig für sich bestehen und arbeiten muß. Da ist — um beim Kinde anzufangen — die Säuglingsfürsorge, die Körperpflege des Kindes, die Schulhygiene, die Zahnpflege. Da fallen auch in dieses Arbeitsgebiet die allgemeine Gesundheitspflege, die Wasserfrage, die Abwässerungsfrage, die Kanalisation, die Ernährungsfrage, das Baugesundheitswesen. Dann kommen die besonderen Krankheiten hinzu, die Arbeiten zu deren Verhinderung und Einschränkung. Denken Sie nur an Tuberkulose, Typhus, Diphtherie, Scharlach, Geschlechtskrankheiten, über die Frau Bahnsen gesprochen hat. Und da kommt noch die besondere Bedeutung Bremens in Betracht. Bremen wird doch hoffentlich einmal wieder ein Import- und Exporthafen werden. Es wird dann zu sorgen sein für Schiffshygiene, es wird dann nicht nur zu sorgen sein für die Gesundheitspflege der Ein- und Auswanderer, sondern auch dafür, daß durch unsern Importhafen nicht irgend welche Seuchen ins deutsche Land hinein getragen werden. Wir gehen also von der Ueberzeugung aus, daß es ein ungeheures Arbeitsgebiet ist, das dieses Gesundheitsamt hat. Wenn Sie dann noch weiter die Menge der Einrichtungen bedenken, die das Gesundheitsamt geschaffen und als Aufsichts- und Verwaltungsorgan unter sich hat, also die Krankenhäuser, die Quarantäneanstalt, das Hygienische Institut, die Tuberkulosefürsorge, die Licht- und Luftbadeanstalten, die Hebammenausbildung, so sehen wir, daß wir ein Amt haben müssen, in welchem alle diese Arbeiten zusammengefaßt und einheitlich erledigt werden. Wir hoffen, daß, wenn das geschieht, wir noch mehr Er-

folge haben werden auf dem Gebiet der Gesundheitspflege als bisher. Bereits jetzt ist es so, daß die Gesamtsterblichkeit seit dem Jahre 1872 von 253 auf 133 im Jahre 1914 für je 10 000 Einwohner zurückgegangen ist, eine überaus erfreuliche Tatsache, die beinahe ebenso erfreulich ist wie die, daß die Tuberkulosesterblichkeit seit 1872 von 57 für 10 000 Einwohner auf 17 zurückgegangen ist, die Typhuserkrankungen von 104 auf 27. Das sind Erfolge, die mit der besseren Wasserversorgung und der Einrichtung einer einwandfreien Kanalisation zusammenhängen, so daß man sagen muß: wenn auf diesem Gebiet noch mehr geschaffen wird in Zukunft, so werden wir vielleicht etwas von den ungeheuren Verlusten an Leben und Gesundheit nachholen können, welche in den letzten Kriegsjahren leider eingetreten sind. Wenn Sie auch weiter bedenken, daß die Gesamtzahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen Kinder noch im Jahre 1904 in Bremen 1066 betrug, und daß Bremen damals etwa 200 000 Einwohner hatte, daß aber 1913 diese Zahl nur 698 betrug bei 260 000 Einwohnern, so werden Sie zugeben müssen: gerade auf diesem Gebiet ist die Arbeit bisher so erfreulich, daß wir nur alle wünschen können, daß sie fortgesetzt und noch erweitert und vertieft wird. Und das um so mehr, als augenblicklich die Zahlen wieder sehr unerfreulich sind, die den allgemeinen Gesundheitszustand unserer Stadt kennzeichnen. Die durchschnittliche Zahl der monatlichen Gesamtsterbefälle betrug im Jahre 1914 noch 275, im Jahre 1918 bereits 328 und jetzt, 1919, 355. Meine Damen und Herren! Wir müssen auf diesem Gebiet wirklich ernsthafte Arbeit tun. Das kann aber das Gesundheitsamt nur, wenn es in seiner Tätigkeit auf sein eigentliches Gebiet beschränkt ist. Die Lebendgeburten betrugen durchschnittlich 1914 522, sie gingen 1918 auf 269 zurück und betragen jetzt 292 monatlich, so daß ein monatlicher Geburtenüberschuß entstand im Jahre 1914 von 247, im Jahre 1916 aber nur von 42, und im Jahre 1917 hatten wir schon einen Ueberschuß der Sterbefälle von monatlich 15, der im Jahre 1918 auf monatlich 59 gestiegen ist und im Jahre 1919 gar auf monatlich 63. Das sind geradezu erschreckende Zahlen, ebenso erschreckend wie die Durchschnittszahlen der monatlichen Tuberkulosesterblichkeit, die im Jahre 1914 noch 34 betrug, 1918 schon 62 und jetzt, 1919, 79. Alles dies veranlaßt uns, zu wünschen, daß das Wohlfahrtsamt und das Gesundheitsamt von einander getrennt werden und jedes für sich selbständig arbeitet, zumal für die Wohlfahrt gewiß die Hygiene eine Grundlage ist, aber nicht die einzige. Vielmehr ist auch die Gesundheitspflege fraglos eine Aufgabe der Wohlfahrtspflege. Es muß also auch das Wohlfahrtsamt seine Selbständigkeit nach unserer Auffassung unbedingt haben. Ich meine doch auch, daß sich uns gerade jetzt die Erkenntnis aufdrängt, daß Armutsfälle in alle Kreise der Bevölkerung hineingekommen sind. Das sollte uns veranlassen, die Wohlfahrtspflege so sachmännisch und zugleich so taktvoll zu leiten, wie es nur irgend geht.

Desgleichen ist uns die Trennung von der Polizei erwünscht, obgleich uns die Trennung vom Gesundheitsamt ebenso erwünscht ist. Meine Freunde stimmen unter solchen Erwägungen dem Antrag zu. (Lebhafter Beifall.)

Blanke (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Neugestaltung der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege begrüße auch ich. Aber der erste Satz des Antrages, der dahin geht, daß die Polizei von der Ausübung der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege völlig ausgeschlossen werden soll, läßt erkennen, daß die Antragsteller sich über den Begriff und das Wesen und die Aufgaben der Polizei und über das Wesen der Gesundheitspflege nicht völlig im klaren sind. Unter Polizei versteht man bekanntlich die Sicherung der Person und des Eigentums und die Fürsorge für die Wohlfahrt des Staates und seiner Angehörigen. Deswegen ist die Wohlfahrtspflege, wie Sie sich vorstellen, von der Polizei nicht zu trennen. Die Polizei ist mit der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege eng verbunden. Ich erinnere nur an die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten, wie auch Frau Bahnsen sie sich denkt, an die Wohnungsaufsicht, an das Schlachtvieh- und das Fleischbeschaugesetz, ferner an die Nahrungsmittelkontrolle, an die Milchkontrolle und an die Beschlagnahme von verdorbenen und verfälschten Nahrungsmitteln. Das alles ist ohne Polizei gar nicht denkbar, und deswegen möchte ich vor allem dem Zusatzantrag von Herrn Pastor Bode zustimmen, daß dieses nicht zu zentralisieren ist, wie Frau Bahnsen denkt. Die Polizei wird man nicht ausschalten können, weil ohne Exekutivgewalt die Wohlfahrts- und Gesundheitspflege nicht denkbar ist. Es scheint auch so, als wenn der erste Satz von jemand eingefügt worden wäre, der eine gewisse Antipathie gegen die Polizei hat, und der vielleicht Zwecke verfolgt, die nicht im Sinne der Neugestaltung der Wohlfahrtspflege liegen. Deswegen möchte ich vor allem bitten,

daß dieser erste Satz aus dem Antrage gestrichen wird, weil offenbar ohne Exekutivgewalt die Wohlfahrtspflege in allen Teilen gar nicht durchführbar ist. Wenn Frau Bahnsen die Sittenpolizei anführt, so gebe ich gern zu, daß diese neugestaltet werden muß. Aber unter den heutigen Verhältnissen ist auch da ohne Exekutivgewalt nicht auszukommen. Wenn man die Prostitution bekämpfen will, muß man das Uebel an der Wurzel fassen, und das ist die wirtschaftliche Notlage. Solange man die wirtschaftliche Not nicht beseitigt, kann man ohne Exekutivgewalt nicht gegen die Prostitution vorgehen.

Präsident: Herr Blanke wünscht, daß der Antrag folgende Fassung erhält:

Die Nationalversammlung fordert die Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes, das alle Zweige usw.

H o r m a n n (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Vertreter sämtlicher Parteien dem Grundgedanken des Antrages wohlwollend gegenüberstehen. Selbst Herr Schmidt von den U. S. hat sich dem Gedanken an sich sympathisch gegenübergestellt, nur hat er ein gewisses Mißtrauen gegen die Rechte. Alles, was von der Rechten kommt, ist ihm von vornherein verdächtig. Diesem Gedankengang können wir nicht folgen, aber wir können ihn auch nicht widerlegen, wir müssen ihn eben hinnehmen. Wenn Anstoß genommen worden ist an dem ersten Satz, so sollte dieser erste Satz „die Nationalversammlung hält die Ausübung der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege durch die Polizei nicht mehr für angängig“ nicht die alleinige Begründung sein für den ganzen Antrag auf Errichtung eines Wohlfahrtsamtes, sondern der Satz sollte nur zeigen, was den Anstoß gegeben hat. Nach der Anregung, die von Frau Bahnson ausgegangen war in der Fraktionsitzung, haben wir uns in der Budgetkommission mit einer Neuordnung innerhalb des Rahmens der Polizei beschäftigen müssen. Es waren im Polizeibudget gefordert worden ein Polizeiinspektor, zwei Gesundheitsaufseher, zwei Aufseherinnen und eine Laborantin, das sind sechs neue Beamtenstellen, und zwar für die Wohlfahrtspolizei und für die Gesundheitspolizei, die Abteilung II der Polizeiverwaltung. Nun haben wir Antragsteller darauf hinweisen wollen, daß es jetzt gerade Zeit ist, die Sache in Angriff zu nehmen, das selbständige Wohlfahrtsamt zu gründen. Das ist also der Grund, warum dieser erste Satz da hineingebracht worden ist. Ob der Satz da steht oder wegfällt, ist gleichgültig. Der Kern der Sache ist, daß die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes gefordert, und daß eine dreizehngliedrige Kommission eingesetzt wird, die Einzelheiten zu prüfen. Daß diese Prüfung eine sehr eingehende sein muß, das ist ganz selbstverständlich, denn das Material ist, wie Frau Bahnson nachgewiesen hat, ganz ungeheuer weitschichtig und kann nicht in einigen Tagen ergründet werden. Es muß unser aller Wunsch sein, wie auch von den Mehrheitssozialisten begründet worden ist, daß der Zerpfütterung auf dem Gebiete der freien Wohltätigkeit eine gewisse Zusammenfassung folgt. Daß die freie Wohltätigkeit mit der staatlichen Wohlfahrtspflege möglichst gleich unter einen Hut gebracht werden muß, das liegt im Interesse der Sache ganz gewiß. Es ist auch unsere Meinung, daß der neue Entwurf sich auf das ganze Staatsgebiet erstrecken soll, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Gegen den Vorschlag des Herrn Pastor Bode, das Wohlfahrtsamt ganz von der Gesundheitspflege zu trennen, bestehen doch mancherlei Bedenken. Es gibt viele Sachen, deren Bearbeitung durch verschiedene Ämter nicht wünschenswert ist, weil die Arbeiten ineinandergreifen und übergreifen. So die Tuberkulosefürsorge und die ärztliche Bekämpfung der Tuberkulose.

Erstere ist eine reine Wohlfahrts Einrichtung, letztere würde dem Medizinalamt zugewiesen werden müssen. Die Materie Schutz gefährdeter Mädchen würde unbedingt eine Wohlfahrts Einrichtung genannt werden müssen, wie Frau Bahnson schon ausgeführt hat, die Bekämpfung der Prostitution aber würde Sache der Medizinalabteilung sein, ein Teil müßte sogar Sache der Polizei bleiben, nämlich die Bekämpfung der gewerbmäßig betriebenen Unzucht und des Zuhälterwesens; hier hätten wir also sogar eine Dreiteilung. Der Wohnungsnachweis würde dem Wohlfahrtsamt zufallen, die Wohnungsinspektion Polizeisache sein oder auch Sache der Medizinalabteilung. Die Bedenken, die Herr Blanke wegen des Fehlens der Exekutive beim Wohlfahrtsamt geäußert hat, sind nicht zutreffend: diese Exekutive könnte ja jeden Augenblick dem Amt verliehen werden. Die für das Amt notwendigen Beamten müßten ihm eben gestellt werden. Wenn wir die Meinung ausgesprochen haben, daß die für die Polizei angeforderten Beamten der Polizei nicht bewilligt werden sollten, so haben wir damit nicht sagen wollen, daß wir die angeforderten Beamten für überflüssig hielten: sie sollten nur der Polizei nicht bewilligt werden. Wenn die Kommission zu dem Schluß kommt, daß die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes erfolgen sollte und daß dafür Beamte erforderlich seien — es kann sich um diese Beamte, vielleicht auch um andere handeln — so haben wir selbstverständlich gar nichts dagegen, daß diese bewilligt werden.

Meine Damen und Herren! Wenn wir alle bezüglich der Kernfrage, der Errichtung eines Wohlfahrtsamtes, einig sind, so werden wir uns leicht darüber einigen können, ob die Frage in einer 13gliedrigen oder einer anderen Kommission beraten werden soll. Jedenfalls muß sie gründlich geprüft werden, da es sich um eine wichtige und umfangreiche Materie handelt. Daß durch diese Kommission den Arbeiten der Kommission für eine Vereinfachung der Verwaltung oder wie sie heißt, vorgegriffen wird in diesem einen Punkte, ist ohne Belang. Eine so wichtige Frage darf man ruhig aus den allgemeinen Arbeiten jener Kommission herausnehmen, und wenn diese Kommission etwas gutes geschaffen hat, so wird auch die andere Kommission sie dazu beglückwünschen. Es bleibt ja für sie auch so noch Arbeit genug übrig. Ich bitte Sie, der Niederlegung einer 13gliedrigen Kommission zuzustimmen. (Lebhafte Beifall.)

Präsident: Herr Blanke hat seinen Antrag auf Streichung der Worte „hält die Ausübung der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege durch die Polizei nicht mehr für angängig“ zurückgezogen.

Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Schmidt, Lüdeking und Blanke.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Lüdefing (U. S.): Ich wollte noch einen Antrag stellen. Da offenbar, namentlich nach den Worten des Herrn Hormann, damit zu rechnen ist, daß der Antrag mit den beanstandeten Worten hinsichtlich der Polizei angenommen werden wird, möchte ich vorschlagen,

vor die Worte „durch die Polizei“ das Wörtchen „nur“ zu setzen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Präsident: Frau Bahnson, wünschen Sie das Schlußwort?

Frau Bahnson: Nachdem sich Herr Hormann ausführlich geäußert hat, kann ich verzichten.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf annehmen, daß Sie mit der Einfügung des

Wortes „nur“, wie es Herr Lüdefing beantragt hat, einverstanden sind. Widerspruch erfolgt nicht.

Der so abgeänderte Antrag wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung

Wenhold (D.): Ich möchte bitten, die Sitzung zu vertagen. Wir haben noch eine Reihe von Anträgen, wie Feuerungszulage für Kriegsbeschädigte, Zustände in den bremischen Gefängnissen, Beschlagnahme verfügbarer Wohnräume, auf der Tagesordnung, die zweifellos von großer Bedeutung sind und eine ausgiebige Besprechung veranlassen werden. Ich glaube aber, daß die Mitglieder der Nationalversammlung so ermüdet sind, daß sie den Anträgen nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit schenken können.

Präsident: Es bedarf keiner Abstimmung. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 9 Uhr 5 Minuten.